

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Ministerpräsident Dr. Markus Söder  
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn  
Abg. Klaus Holetschek  
Erster Vizepräsident Tobias Reiß  
Abg. Andreas Jurca  
Abg. Johannes Becher  
Abg. Florian Streibl  
Abg. Florian von Brunn  
Abg. Kerstin Schreyer  
Abg. Johannes Meier  
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher  
Abg. Bernhard Pohl  
Abg. Martin Stümpfig  
Abg. Holger Gießhammer  
Abg. Dr. Harald Schwartz  
Abg. Martin Wagle  
Abg. Toni Schuberl  
Abg. Florian Köhler  
Abg. Franc Dierl  
Abg. Barbara Fuchs  
Abg. Michael Hofmann  
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

## **Regierungserklärung**

### **des Ministerpräsidenten zum Thema: "Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030"**

Das Wort hat der Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger! Deutschland steckt – leider – mitten in einer Wirtschaftskrise. Während die Wirtschaft im Ausland wächst, stagniert sie bei uns. Die Zahlen sind in der Tat alarmierend: 2023 ist die deutsche Wirtschaftsleistung gesunken. Deutschland ist mittlerweile Schlusslicht in der Eurozone. Auch für 2024 wird nur ein Mini-Wachstum erwartet. Laut IWF hat nur Argentinien unter den G20-Ländern eine noch schlechtere Prognose als Deutschland. Ich kann nur eines sagen: Das darf nicht der Anspruch unserer großen Wirtschaftsnation sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Energiepreise sind mittlerweile völlig aus dem Ruder gelaufen, Strom ist in Deutschland fast dreimal so teuer wie in den USA, gut ein Drittel der deutschen Unternehmen erklären sogar, die Investitionen im Inland deutlich senken zu wollen. Die "New York Times" schrieb jüngst: Deutschland, das einstige Kraftwerk, befindet sich im Stillstand. – Die "Financial Times" schrieb: Die deutsche Wirtschaft gleicht einem Autounfall in Zeitlupe. – Das ist die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ist dies hausgemacht oder einfach durch internationale Krisen bedingt? – Leider hausgemacht. Natürlich ist Putins Überfall auf die Ukraine eine große Herausforderung – eine Herausforderung für alle. Warum kommen aber alle anderen Länder in Europa besser durch die Krise als wir? – Wir müssen bitte ehrlich sein: Die Ampel hat Deutschland in eine Sackgasse manövriert, findet keinen Ausweg mehr. Anstatt Kon-

zepte vorzuschlagen, ist sie heillos zerstritten. Selbst am Tag der Europawahl kommt eine Meldung nach der anderen, dass eine Ampel-Partei der anderen etwas vorwirft. So kann man kein Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland erzeugen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Statt dass Hoffnung erzeugt wird, macht sich Resignation breit. Die Bundesregierung selber sagt zu den zukünftigen Wirtschaftshoffnungen: Na ja, man sei halt nicht mehr Weltspitze – Christian Lindner –; oder: Die Zahlen seien schlecht, aber die Lage sei besser – der Wirtschaftsminister –. Solche Aussagen klingen nicht nach einem optimistischen Wirtschaftsminister, sondern eher nach einem Trainer einer Fußballmannschaft, die kurz vor dem Abstieg steht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ihr Wirtschaftsminister ist nicht einmal da!)

– Ich bin da, von euch sind Leute nicht da, ganz nebenbei bemerkt.

Bayern stemmt sich erfolgreich gegen diesen Bundestrend – noch. Aber auch wir leben mittlerweile wirtschaftlich von der Substanz. Während Bayern letztes Jahr noch gewachsen ist, ist der Bund – übrigens genauso wie unsere Nachbarn Baden-Württemberg oder NRW – geschrumpft. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sind wir um 5 % stärker als Baden-Württemberg – übrigens sogar 25 % stärker als das starke Nordrhein-Westfalen. NRW steht heute bei der Wirtschaftskraft auf dem Stand, den wir in Bayern 2017 hatten. Bayern hat immer noch bundesweit die geringste Arbeitslosenquote und – ich sage das, weil jüngst Wahlen zum Europäischen Parlament waren – die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. In Bayern gibt es die meisten börsennotierten Unternehmen, die meisten Industriearbeitsplätze – sogar mehr als im alten Industrieland NRW. Bayern hat zudem die geringsten Schulden, insgesamt fünfmal niedriger als beispielsweise NRW, und trotzdem mit 15 % die höchste Investitionsquote aller Flächenländer. Das ist einmalig in Deutschland. Danke auch dem Landtag für diese Unterstützung!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch wenn es uns besser geht als allen anderen, ist die Wahrheit aber auch: Wir können uns von der gesamtdeutschen Entwicklung nicht einfach abkoppeln. Zum einen liegt das daran, dass die zentralen Rahmenbedingungen für Steuern und Energie natürlich im Wesentlichen von Bund und EU gestaltet werden. Zum anderen aber verstärkt sich der Verdacht, dass die Ampel bewusst den Norden bevorzugt und den Süden Deutschlands benachteiligt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch eine Verschwörungstheorie!)

Was meinen wir? – Der Chef der Bundesnetzagentur, ein ehemaliger grüner Minister, meinte schon 2022 – ich zitiere –: Die im Süden werden sich jetzt mal wundern und nicht mehr so breitbeinig dastehen. – Nahezu alle norddeutschen Länder oder Länder mit Beteiligung der GRÜNEN wie in Nordrhein-Westfalen bekommen zum Beispiel Wasserstoffinfrastrukturprojekte mit IPCEI-Förderung. Bayern wurde aber bislang nicht berücksichtigt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist ja lächerlich!)

Mehr als 16 Milliarden Euro Bundesgeld gehen für Chipfabriken nach Magdeburg, Dresden oder Saarbrücken, aber null nach Bayern. Dabei hatte Intel auch bei uns Interesse gezeigt, und wir haben verhandelt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach!)

Denken Sie nur an die Batterietechnik! Das schwedische Unternehmen Northvolt bekommt in Schleswig-Holstein Subventionen in Höhe von 700 Millionen Euro, aber unser heimischer, deutscher, bayerischer Player BMW geht bei einem Investitionsvolumen von über 1 Milliarde Euro in Straßkirchen trotz Antrags, trotz zugesagter bayerischer Kofinanzierung aus irgendwelchen formalen Gründen leer aus.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist unglaublich!)

Das sind eindeutige Indizien: Unfair und ungerecht!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Liste ließe sich deutlich verlängern. Mich wundert es jedoch, und die Bayern bewegt es, dass all diese Bundesförderungen überproportional, lieber Herr Finanzminister, aus bayerischen Steuergeldern bezahlt werden. Ich frage mich manchmal: Wo bleibt eigentlich der Einsatz und der Protest der Ampel-Parteien in Bayern dagegen? – Es hat schon seinen Grund, dass bei der Europawahl niemand von den Oppositionsparteien hier überhaupt noch überregional eine Rolle spielt. Niemand hat da Einfluss auf die Entscheidungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Ministerpräsident gebe ich Ihnen heute mein Versprechen für die ganze Staatsregierung: Wir werden nicht tatenlos zusehen. Wir werden den Finger in die Wunde legen. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass es einen fairen Umgang mit dem wirtschaftlichen Herzen und Motor der Republik gibt; denn Bayern finanziert schließlich die halbe Bundesrepublik über den Länderfinanzausgleich. Mit über 9 Milliarden Euro tragen wir die Hälfte des gesamten Finanzausgleichs. Niemand hat je mehr bezahlt als wir Bayern. Alle reden von einer Reform der Schuldenbremse. Wir brauchen zuerst einmal eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Wir sind und bleiben solidarisch, aber wir sind nicht der Goldesel der Nation, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir können das Geld selber bei uns brauchen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie kommt jetzt also Deutschland aus der Krise? Was kann Bayern dabei auch selbst leisten? – Natürlich braucht Deutschland eine völlig andere Wirtschaftspolitik. Meine Damen und Herren, das grüne Wirtschaftsmodell ist definitiv gescheitert. Aber keine Sorge: Heute geht es nicht darum, sämtliche Versäumnisse der Ampel aufzuzählen. Das will ich nicht tun.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich nenne beispielsweise den obskuren ideologischen Ausstieg aus der Kernenergie, zu dem es einen Untersuchungsausschuss geben wird. Ich verweise auf das unrühmliche Heizungsgesetz, das nur Ölheizungsbauer erfreut und das zum großen Experiment am deutschen Volk erklärt wurde. Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie hat es einen Wortbruch gegeben. Ich erinnere ebenfalls an die einseitige Streichung des Agrardiesels zugunsten der Landwirtschaft sowie das völlig verkorkste Bürgergeld, das Milliarden kostet, Fehlanreize setzt und die Fleißigen bestraft. – Nein, das werde ich nicht tun, aber wahr ist es trotzdem.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es auch sehr deutlich: Allein darauf zu warten, bis eine neue Bundesregierung im Jahr 2025 die Versäumnisse löst, dauert uns zu lange. Warten auf Godot ist nicht Bayern-like. Stattdessen krempeln wir die Ärmel hoch, konzentrieren uns auf uns und stemmen uns mit allem, was wir einsetzen können, gegen den nationalen Abwärtstrend. Heute geht es nicht um Ampel-Bashing, sondern Bayern-Pressing.

(Ruth Müller (SPD): Hat sich aber irgendwie anders angehört!)

Was tun wir bisher?

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

– Hören Sie zu, und setzen Sie sich später damit auseinander.

Wir investieren wie nie zuvor in Forschung und Entwicklung. Das haben wir letzte Woche beim Doppelhaushalt deutlich dokumentiert. Mit der Hightech Agenda haben wir das größte Forschungsprogramm aufgelegt, das es je in einem Bundesland in Deutschland gab. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unzählige Gespräche mit ausländischen Staatspräsidenten – gestern mit dem chilenischen Präsidenten – drehen sich übrigens immer um das Kernthema Künstliche Intelligenz. Wir haben die meisten KI-Lehrstühle in Deutschland. Wir als Bundesland investieren in die KI so viel wie beispielsweise ein großes Land wie Spanien. Wir haben dreimal so viele Supercomputer wie Baden-Württemberg, 50 % mehr als Nordrhein-Westfalen oder mehr als Taiwan, Schweden, Australien und, und, und. Obwohl wir noch vor fünf Jahren dafür verlacht wurden, boomen die Raumfahrtindustrie und das Thema "Spacecraft in Bayern". Die Entscheidung der ESA, der Europäischen Raumfahrtagentur, für das Mondkontrollzentrum in Oberpfaffenhofen macht uns froh; denn künftig – das will ich an dieser Stelle einmal berichten – werden nicht nur die Mondflüge der ESA dort koordiniert, sondern auch in Kooperation mit der großen NASA-Marsmissionen begleitet. Künftig wird es somit heißen: Houston, wir haben ein Problem – Oberpfaffenhofen, wir sind die Lösung. – So ist die Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser Ziel ist, über die gesamte Legislatur hinweg mehr als 50 Milliarden Euro zu investieren, unter anderem sehr stark in die Bereiche Bauen und Infrastruktur. Welches andere Bundesland kann das schaffen? – Das wirkt übrigens. Wenn woanders eine Firma mal eine Entscheidung trifft, ist das groß in den Medien. Wie ist das bei uns? – Weltkonzerne wie Apple, Amazon, Meta, Google oder Microsoft wertschätzen unsere Investitionen und haben ihre Deutschland- oder sogar Europazentralen in Bayern. Aber auch unsere heimischen Global Player wie Siemens, BMW, MAN, Audi oder MTU investieren weiter kräftig in Bayern. Das geschieht nicht, weil wir ihnen Geld hinterherschmeißen – das dürfen und können wir gar nicht –, sondern weil die Rahmenbedingungen und das Ökosystem für Technologie, für Forschung und Modernität bei uns gut sind.

Ist das schon alles? – Nein, darauf ruhen wir uns nicht aus. Monatelang haben wir und ich persönlich unzählige Gespräche mit Vertretern aus Industrie, Mittelstand und

Handwerk geführt. Ich habe auch persönliche Gespräche geführt. Aus diesen Gesprächen und einer langen Vorbereitung erfolgt heute die Vorlage eines Standort- und Motivationsprogramms für den Wirtschaftsstandort Bayern. Das läuft unter der Überschrift "Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030". Dies ist ein Prozess, in dem nicht einfach irgendwie Geld verteilt wird, sondern bisherige Strukturen überarbeitet, entschlackt und modernisiert werden. Das ist keine politische Lyrik, sondern Inhalt pur. Im Grunde genommen ist es ein umfassendes Bayern-Update, das wir vornehmen, eine Fülle von Einzelmaßnahmen, die am Ende wirken wie ein Blick durch ein Mosaikfenster in die Zukunft.

Heute starten wir den Prozess dazu. Es geht um Entbürokratisierung, Digitalisierung, Energie, Fachkräftemangel und Mittelstandsfinanzierung. Heute werden zum Start fast 50 Neuerungen und über 100 Entbürokratisierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Wir wollen damit eine positive Hebelwirkung entfalten. Dies ist nicht mit einer Regierungserklärung getan. Wir müssen einen großen Mitmachprozess initiieren, mit dem Partner in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch ganz besonders Parlament, Abgeordnete und Fraktionen stimuliert werden sollen. Fangen wir an.

Erstens. Bürokratieabbau. Deutschland ächzt unter der Last von Vorschriften. Das spürt jeder. Früher war die Standortstärke die Verwaltung und die Bürokratie. Die Wahrheit ist: Heute wird es genau anders gesehen. Meine Damen und Herren, das können wir uns in Deutschland nicht mehr länger leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen einen schlankeren Staat, damit sich unternehmerische, aber auch bürgerliche und ehrenamtliche Kräfte wieder besser entfalten können und nicht behindert werden. Wir planen einen ersten Schritt, weitere werden folgen. Es handelt sich um ein Entbürokratisierungspaket mit deutlich über 100 Entlastungs- und Beschleunigungsmaßnahmen nur für Bayern. Es geht nur um Bayern. Die Vorbereitungen sind lange getätigt worden. Unzählige Gespräche mit Innungen, Handwerkskammern, IHK,

Wirtschaft, Ehrenamtsorganisationen und Bürgerallianz sowie vielen anderen wurden geführt. Für die Begleitung und Ausarbeitung in der Vorbereitung danke ich vor allem Staatskanzleichef Florian Herrmann und Walter Nussel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dabei gab es bis heute insgesamt 700 Anregungen zum Bürokratieabbau. Das meiste davon – das sind rund 80 % – betrifft Bundes- und Europarecht. Natürlich werden wir über den Bundesrat tätig werden. Sollte es eine neue Bundesregierung geben, an der Parteien unserer Regierungsfractionen beteiligt sind, dann werden wir uns dort auch einsetzen. Bei den restlichen 20 % waren sehr viele kleine Sorgen dabei; die arbeiten wir alle ab. Heute wollen wir aber vor allem die großen Dinge in den Mittelpunkt stellen, die grundsätzlichen Maßnahmen.

Was tun wir also? – Wir legen dem Landtag noch vor der Sommerpause ein Modernisierungsgesetz vor, das umfangreiche Erleichterungen bringt, als Erstes, grundsätzlich Bürokratie im System abzubauen. Wir streichen mindestens 10 % aller Verwaltungsvorschriften, und wir verschärfen die Paragrafenbremse: Für jedes neue Gesetz müssen künftig zwei alte weg.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Übrigens wirkt die alte Paragrafenbremse: Der Freistaat hat in den letzten zehn Jahren entgegen dem Trend im Bund und in Europa die bayerischen Regelungen um circa 15 % reduziert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Bei der Europäischen Union gilt leider das Gegenteil: Für einen gestrichenen Rechtsakt kommen dreieinhalb neue dazu. Ein Vorgehen wie bei uns durch die Paragrafenbremse soll auch im Bund und in Europa die Regel werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neue Gesetze, die wir beschließen, sollen dann künftig nur noch auf Bewährung gelten. Wenn sie ihren Sinn binnen fünf Jahren nicht bewiesen haben, laufen sie aus.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Warum machen Sie Regeln, wenn Sie sie dann abschaffen?)

– Herr Schuberl, ich verstehe, dass Sie, seit Sie hier nicht mehr Drogen nehmen können, etwas unentspannter sind, aber hören Sie heute einmal zu. Hören Sie heute einmal zu!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Die Gesetze, die wir beschließen, sollen künftig auf Bewährung gelten. Das heißt, wenn sie ihren Sinn binnen fünf Jahren nicht bewiesen haben, laufen sie automatisch aus.

Außerdem wollen wir ein Statistikmoratorium einführen, gerade in Bayern. Viele unserer Handwerker, auch Bäcker und Metzger, empfinden diese ganzen Statistikpflichten häufig als eine echte Belastung im Alltag. Wir werden für jede Statistik im Landesrecht ein Moratorium für zwei Jahre machen. Wir setzen uns übrigens auch dafür ein, dass auf Bundes- und Europaebene ein generelles Statistikmoratorium vorankommt. Zum Beispiel werden wir eine neue Bundesratsinitiative starten zum Anlauf der Abschaffung der Bonpflicht. Wir überprüfen noch einmal detailliert und entschlacken auch die bayerischen Regelungen zum Datenschutz. Wir sind für Datensicherheit, aber gegen überzogenen Datenschutz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem aber entschlacken wir das Baurecht massiv mit circa 30 Maßnahmen im Gesetz, damit alles schneller und günstiger geht. Danke auch an Christian Bernreiter und den Arbeitskreis für die Vorarbeiten gerade zum Thema Wohnungsbau.

Nur ein kurzer Exkurs an der Stelle: Der Wohnungsbau ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben für Bayern. Herr Finanzminister, lieber Herr Wohnungsbauminister, in den nächsten fünf Jahren investieren wir auch über 5 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Bayern ist mit über 4.000 neuen Sozialwohnungen tatsächlich führendes Land in Deutschland. Das muss übrigens noch mehr werden. Wir bauen auch selbst Wohnungen. Alle drei bayerischen Wohnungsbaugesellschaften haben Voll-dampf aufgenommen und haben bislang über 27.800 Wohnungen auf den Weg gebracht. Um das zu beschleunigen, wird noch vor der Sommerpause der Gründungsprozess der neuen Wohnungsbauholding gestartet, um dem Ganzen zusätzlich Schub zu geben.

Ich will an der Stelle auch sagen, dass für mich trotz mancher Versuche, das zu dis-kreditieren, gilt, dass Jürgen Baumgärtner dafür der geeignete Mann ist und auch bleibt. Ich will das an der Stelle dem Bayerischen Landtag einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe zu, dass der Wohnungsbau noch viel schneller und besser laufen müsste und könnte. Wir werden in Bayern ja dafür kritisiert, dass das bei uns besonders schwierig ist. Ich will nur an der Stelle, um die Kritik auch vernünftig einordnen zu können, einfach noch mal sehen, wie es denn woanders aussieht. Ist Bayern schlechter als andere? – Die Wahrheit ist: Die Ampel hat ihr Ziel – ihr eigenes, selbst gestecktes Ziel, unabhängig von uns – von 400.000 neuen Wohnungen in Deutschland um die Hälfte verfehlt. Selbst die grün-rote Koalition in der bayerischen Landeshauptstadt ist von ihrem Planziel, 2.000 Wohnungen im Jahr zu bauen, ganz weit weg.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Sie schafft nicht mal 800. Das sind 60 % weniger als angekündigt. Also sollten Sie zunächst mal den Besen in die Hand nehmen und vor der eigenen Haustür kehren, statt ständig anderen Vorhaltungen zu machen. Es bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Geld ist aber nur die halbe Miete beim Wohnungsbau. Es scheitert meistens nicht am Geld. Die andere Hälfte, die so unendlich nervig ist, ist die Bürokratie beim Bauen. Hier greifen wir an.

Was wollen wir tun? – Wir schaffen viele Erleichterungen. Wohngebäude sollen ohne zusätzliche rechtliche Anforderungen künftig leichter aufgestockt werden. Es soll keine Baugenehmigung mehr für den Dachgeschossausbau nötig sein und keine Baugenehmigung mehr nötig sein bei Nutzungsänderungen, zum Beispiel von Büro- auf Wohnraum. Abstandsflächen sollen deutlich flexibilisiert werden. Es soll keine gesetzlich vom Freistaat Bayern verordnete Stellplatzpflicht mehr geben. Die Kommunen können das selber entscheiden. Über Blumen, Bäume oder Vogelhäuschen im Garten soll nicht die Behörde mit ihren Satzungen, sondern sollen wieder die Eigentümer entscheiden. Indem wir Bagatellgrenzen einführen, entfallen langwierige Verfahren für Kinderspielplätze, Fahrradstellplätze, Werbeanlagen oder Freischankflächen. Das wird das Bauen in Bayern erleichtern und enorm beschleunigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer Bereich ist die Landesplanung. Hier haben wir auch fast 30 Erleichterungsmaßnahmen vorgesehen, zum Beispiel einen Verzicht auf ewig neue Umweltberichte selbst bei kleinsten Planänderungen, Fristverkürzungen, Vereinfachungen in der Raumverträglichkeitsprüfung und am Ende digitale Planungsprozesse sowie vieles mehr.

Ich muss Ihnen mal ehrlich sagen: Ich erlebe das jetzt seit über 15 Jahren, dass für jede kleine LEP-Änderung in der Regel eine ganze Legislaturperiode notwendig ist. Das ist ein echter Treppenwitz der LEP-Geschichte. Wir müssen das endlich ändern und beschleunigen, meine Damen und Herren. So kann es doch nicht bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein großes Ärgernis für unsere Wirtschaft ist auch das Vergaberecht. Übrigens wird das Vergaberecht in Bayern – das muss man zugeben – bislang strenger ausgelegt, als es selbst die EU vorschreibt. Das ändern wir. Wir wollen zum Beispiel für die Dauer von fünf Jahren die Grenzen für Direktaufträge verzehnfachen, auf 250.000 Euro netto für Bauleistungen. Damit hat Bayern die bundesweit höchste Wertgrenze. Die freihändige Vergabe – für die Experten – soll künftig auch für weite Teile der kleinen Baumaßnahmen möglich sein. Wir verzehnfachen hier die Wertgrenze, von bislang 100.000 Euro netto auf eine Million. Das ist eine kleine Revolution im bayerischen Vergaberecht. Diese Maßnahmen ersparen uns endlose Ausschreibungen und Antragstellungen, beschleunigen vor allem das Bauen und helfen vor allem dem heimischen Mittelstand. Es mag nicht sexy klingen, hat aber eine unglaubliche Wirkung für Mittelstand und Handwerk in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Daneben wollen wir auch unsere Beamten im Staat und vor allem in den Kommunen stärken und zu mehr Eigenverantwortung ermuntern. Bei den ganzen Dokumentationspflichten – und bei manchen auch bei dem Klagerisiko – kann es durchaus sein, dass der eine oder andere sagt: Da warte ich mit Entscheidungen mal ab.

Wir wollen sie ermuntern. Deswegen wird, wer schneller und mutig entscheidet, künftig durch das Beurteilungs- und Disziplinarrecht belohnt; denn wir müssen unseren Beamten auch die Rückendeckung geben, damit sie vor Ort Entscheidungen treffen und nicht endlose Verzögerungsschleifen drehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben den Gesetzen, die hier im Landtag ja ausführlich diskutiert werden, sollen die Ministerien künftig auch ihre Vollzugsschreiben und die Zahl der Rechtsverordnungen auf ein Minimum beschränken. Dazu soll in jedem Ministerium ein eigenes Controlling eingerichtet werden, um Transparenz und Nachprüfbarkeit zu schaffen. Der Normenkontrollrat wird sich damit auch regelmäßig beschäftigen. Wir müssen auch unterhalb der Ebene der Gesetze einen neuen Geist finden, mit weniger Bürokratie und mit weniger detaillierten Vorschriften. Mit weniger kleinteiliger Prüfungsdichte müssen wir insgesamt die Menschen zu mehr Eigenverantwortung ermuntern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen prüfen wir, ob Genehmigungsfiktionen wie im Baurecht – das heißt, wenn bis zu einer bestimmten Zeit nicht entschieden wird, gilt das Vorhaben als genehmigt – nicht auch auf das Umwelt- und Naturschutzrecht übertragen werden können; denn die Wahrheit ist, endlose Gutachten über lange Zeit verzögern Investitionsentscheidungen und müssen deswegen beschleunigt werden. Der Beschleunigungsprozess gilt für alle, auch für Umwelt- und Naturschutzrecht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auf EU- und Bundesebene braucht es dringend – das ist eine grundsätzliche Einschätzung – eine Modifizierung, sogar eine Abschaffung des Verbandsklagerechts. Es kann nicht sein, dass ortsfremde NGOs in jeder Gemeinde das Vorankommen behindern, meine Damen und Herren. Das lähmt jeden Entscheidungsprozess.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Stichwort Ehrenamt. Das Ehrenamt ist in Bayern besonders wichtig. Die Wahrheit ist aber, hier nerven mittlerweile unzählige Kleinauflagen unsere Vereine und Verbände.

Niemand von uns erlebt, wenn er draußen ist, keine entsprechenden Klagen über die Genehmigungsverfahren. Das ist kein Vorwurf an die zuständigen Genehmigungsbehörden, sondern die Frage, ob wir es verbessern können. Wir gehen das jetzt an.

Bei Veranstaltungen soll nach zweimalig erfolgreicher Durchführung keine Genehmigung mehr nötig sein; es reicht eine Anzeige. Normale Zelte und Tribünen sollen ohne langwierige Genehmigungsverfahren aufgestellt werden können. Wir wollen Haftungs-erleichterungen für Vereinsvorstände, deutlich weniger Dokumentationspflichten, und wir werden durch eine Änderung im Kostengesetz und im Feuerwehrgesetz dafür sorgen, dass Umzüge von Schützen, Trachtlern, Sportlern, Heimat- und Brauchtumsvereinen weitgehend kostenfrei erfolgen können. Dies ist ein Signal an unser Ehrenamt in Bayern, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies sind nur einige Bereiche, die wir angehen wollen, aber sicherlich die auffälligsten. Wir laden weiterhin alle Ministerien, aber auch alle Fraktionen ein, diesen Prozess zu begleiten. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass die Regierungsfractionen gemeinsam die Initiative für eine Enquete-Kommission Bürokratieabbau ergreifen. Das wird einen zusätzlichen Impuls, eine zusätzliche Stärkung des Themas "Verschlankung des Staatswesens" geben. Ich sage das hier sehr deutlich. Das ist eine der Leitideen, die wir in dieser Legislaturperiode gemeinsam verfolgen wollen; denn die Stärkung der Eigenverantwortung, die Motivierung von eigenen Kräften und damit am Ende mehr Freiheit statt Regulation ist eine der Grundphilosophien dieser Bayerischen Staatsregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

PS: Manches wird nicht durch die Bürokratie, sondern auch von den Bürgern selbst gern gebremst. Die direkte Demokratie ist in Bayern wichtig und ein hohes Gut. Die Wahrheit ist, über 50 % aller Bürgerbegehren in ganz Deutschland kamen in 2023 aus Bayern. Warum? – Weil wir viel weitergehende Regelungen haben als alle anderen

Bundesländer, egal unter welcher Regierungsbeteiligung. Bürgerentscheide können befrieden, aber sie werden zunehmend auch gerne als Blockade eingesetzt. Das gilt für Solar- und Windparks, Energieanlagen, aber auch für ganz wichtige Projekte der Daseinsvorsorge, zum Beispiel Krankenhäuser.

Ich finde, wir müssen die richtige Balance finden zwischen Allgemeinwohl und Partikularinteressen. Daher gehen wir einen Schritt weiter. Wir werden nach dem Vorbild des Runden Tisches beim Volksbegehren zu einem ähnlich breit angelegten gesellschaftlichen Runden Tisch zur Weiterentwicklung von Bürgerentscheiden unter Leitung von Dr. Günther Beckstein einladen, der sich mit dem Thema extrem gut auskennt. Bis Jahresende soll ein konkreter Vorschlag an Landtag und Staatsregierung folgen. Wir laden dazu kommunale Spitzenverbände, Wirtschafts-, aber auch Umweltorganisationen ein, um darüber mitzudiskutieren. Ich bitte ausdrücklich, wie wir es beim Volksbegehren gemacht haben, auch die Opposition, sich daran zu beteiligen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns einfach mal die grundsätzliche Frage stellen: Ist die Balance von Einzelinteressen und Allgemeinwohl richtig austariert? – Ich finde, wir haben da Veränderungs-, Diskussions- und Verbesserungsbedarf. Daher ein Runder Tisch, der dem Landtag Vorschläge unterbreiten kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Entbürokratisierung.

Zweitens. Digitalisierung. Bayern ist – manch einer will es gar nicht glauben, aber es ist die Realität – im bundesdeutschen Vergleich schon heute sehr gut unterwegs. Über 90 % aller Haushalte haben einen Breitbandanschluss. Mit den laufenden Baumaßnahmen werden am Ende sogar 80 % gigabitfähig sein. Kaum ein anderes Bundesland ist im ländlichen Raum, und zwar in der Breite und Tiefe, so gut mit schnellem Internet versorgt wie wir. Jede Gemeinde in Bayern hat schnelles Internet.

Ich will übrigens in der Diskussion mal eines klarmachen. Wir haben das oft diskutiert – Albert Füracker, der dafür die Hauptverantwortung trägt, Herr Mehring und viele andere –: Es kommt nicht darauf an, ob es Glasfaser ist, sondern es kommt darauf an, ob die Bandbreite da ist und ob ein jeder, dem sie angeboten wird, sie nutzt.

Wir sind nicht nur da gut. Wir sind in der Schuldigitalisierung bundesweit führend. Lieber Herr Piazzolo, Sie haben das in den letzten Jahren vorangebracht. Frau Stolz führt das fort. Wir sind bei der digitalen Verwaltung – auch da gibt es viele, die es kaum glauben – bundesweit mit vorn dabei. Mit 250 Onlinediensten haben wir die meisten landesweit verfügbaren digitalen Verwaltungsleistungen. Das ist damals von Judith Gerlach in ihrer Zeit als Digitalministerin vorangebracht worden und wird jetzt von Herrn Mehring fortgesetzt.

Aber das reicht uns nicht. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten mehr. Sind wir ehrlich: In der Realität gibt es immer noch zu viele digitale Insellösungen im Staatsbereich. Daher müssen wir gemeinsam – Staat und Kommunen – überlegen, wie wir ein einheitliches Angebot schaffen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Finanzministers gegründet, die bis zum 01.01.2025 Ergebnisse vorlegen und umgesetzt haben soll.

Was planen wir? – Wir wollen flächendeckend KI in der Verwaltung einsetzen. Wir nehmen 15 Millionen Euro in die Hand, um die Kommunen bei der Digitalisierung ihres Verwaltungsangebots zu unterstützen, und, was das Wichtigste ist, wir entwickeln jetzt. Wir entwickeln einheitliche Standards für den gesamten Staatsbereich – für Staatsregierung, Landkreise, Städte und Gemeinden – für Verfahren, Prozesse und Programme. Wir wollen endlich in ganz Bayern, von Aschaffenburg bis Berchtesgaden, von Lindau bis Hof, ein einheitliches, standardisiertes digitales Angebot machen, meine Damen und Herren. Das ist die Aufgabe, der wir uns verschrieben haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Drittens. Energie. Sichere und bezahlbare Energie ist ein zentraler Standortfaktor. Unsere Betriebe leiden. Ich verstehe nicht, warum das in Deutschland ignoriert wird. Sie leiden unter den viel zu hohen Energiepreisen. Deutschland ist mittlerweile Energiehöchstpreisland. Der Industriestrompreis in Deutschland liegt deutlich über dem in Asien und Nordamerika. Selbst innerhalb Europas ist der deutsche Industriestrom immer noch beinahe doppelt so teuer wie etwa in Frankreich.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Da kann man es nicht ersparen: Die energiepolitische Hauptverantwortung für den Strompreis liegt in Berlin bei der Ampel. Ich verzichte erneut darauf, über den unseriösen Atomausstieg und die gravierenden Folgen für unser Land zu berichten. Nur so viel: Man kann ja über Kohle, man kann ja über Atomkraft reden. Aber wir sind das einzige Industrieland der Welt, das gleichzeitig aus den zwei wichtigsten grundlastfähigen Energien aussteigt. Das ist industriepolitischer Selbstmord, meine Damen und Herren. Anders kann man das leider nicht mehr nennen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber zurück zu Bayern, und um keine Missverständnisse entstehen zu lassen: Natürlich sind erneuerbare Energien die Zukunft, und wir müssen sie massiv voranbringen. Ich wundere mich allerdings immer, wie darüber berichtet und gesprochen wird nach dem Motto, in Bayern sei gar nichts los, da würde gar nichts passieren, man sei rückständig.

Das erinnert mich übrigens an die zum Teil unanständigen Fake News, die es während des Hochwassers gegeben hat. Ich will das mal sagen. Ich war entsetzt darüber, dass mitten in einer solchen Krise, in der Menschen um Hab und Gut und Leib und Leben bangen, aus politischen Gründen vor einer Europawahl versucht wurde, eine solche Krise zu instrumentalisieren. Ich kann nur sagen, das hatten weder die Rettungskräfte noch die Verantwortlichen verdient, und ich freue mich sehr, dass sich die

Bürgerinnen und Bürger davon nicht haben irritieren lassen. Das will ich an der Stelle mal ausdrücklich sagen und ansprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei den erneuerbaren Energien liegt Bayern bei der gesamten installierten Leistung, also mit PV, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft einschließlich der Windkraft, auf Platz eins in Deutschland, so bestätigt durch das Bundeswirtschaftsministerium. Wir sind beim Wind zwar nicht ganz vorne, aber besser, als immer wieder behauptet wird. Wir belegen Platz acht in Deutschland, sind bestes Südländchen und liegen sogar vor dem grün regierten Baden-Württemberg.

Natürlich – das stimmt, das ist faktisch richtig – gibt es seit der Änderung der 10-H-Regel noch nicht so viele Genehmigungen. Warum? – Ist ja klar: Selbst beschleunigte Verfahren, die im letzten Jahr begonnen wurden, dauern aufgrund der immer noch aufwendigen Analysen einige Jahre. Aber all das kommt jetzt. Wir haben in Bayern derzeit über 500 Planungen und Initiativen für neue Windräder. Ich will es an der Stelle ansprechen und auch meinen Dank sagen: Nach heutiger Absprache der Wirtschaftsminister bei der unter Vorsitz von Hubert Aiwanger tagenden Wirtschaftsministerkonferenz liegt die Verantwortung beim Land. Deswegen akzeptieren wir das sehr. Wir haben auch alles abgesprochen. Aber ich will Hubert Aiwanger an der Stelle danken. Der jüngste Einsatz für den Wind in Markt I ist vorbildlich und lobenswert. Das will ich an der Stelle dem Landtag deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man die Erneuerbaren in der Gesamtbilanz betrachtet, meine Damen und Herren, dann erkennt man die Dynamik, die Bayern hat. Seit 2020 hat Bayern seine Leistung hierbei um fast 60 % gesteigert. Wir haben sie doppelt so schnell ausgebaut wie das starke Nordrhein-Westfalen. Dieses Land liegt übrigens bei seiner Gesamtleistung bei erneuerbaren Energien im Vergleich zu Bayern auf dem Stand, den wir 2020 hatten. Im letzten Jahr hat Bayern für über 20 % des gesamten Zubaus in Deutschland

gesorgt. Das ist mehr als alle fünf Nordländer zusammen. Selbst bei der Batteriespeicherkapazität ist Bayern führend in Deutschland: 22 % befinden sich im Freistaat. Man muss Bayern zwar nicht immer loben; aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ständig zu behaupten, in Bayern geschehe nichts, ist schlicht Unsinn. Das will ich an der Stelle mal deutlich sagen. Wir sind gut und stark unterwegs.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch da gilt: Ausruhen, stillstehen heißt zurückfallen. Politik ist immer der Bau eines Hauses, das nie fertig wird, meine Damen und Herren. Man muss immer auf die Zukunft reagieren. Wir wollen eine deutliche Schippe zulegen, gerade beim Wind. Auch wenn wir keine Offshore-Möglichkeiten haben, geht noch was in Bayern.

Wie? – Genehmigungsverfahren müssen schneller werden. Dazu planen wir eine kleine Revolution. Künftig sollen für Windparks in der Regel die Regierungen als zentrale Genehmigungsbehörden zuständig sein, natürlich unter Beteiligung der Landratsämter. Wir sind da im Gespräch mit dem Landkreistag. Der Vorteil liegt auf der Hand: Es geht schlicht und einfach viel schneller. Übrigens können streitbehaftete Verfahren in der Regierung sachlich besser entschieden werden, als dies häufig vor Ort geschieht. Es gibt ein gebündeltes fachliches Know-how, schnelle Abstimmungswege und eine einheitliche, beschleunigte Genehmigungspraxis.

Wir wollen die Akzeptanz vor Ort durch einen Windkraftbonus erhöhen. Da der Bund bis heute leider kein einheitliches Modell für Deutschland hat, gehen wir unseren eigenen Weg und werden ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen. Windkraftbetreiber müssen sich künftig mit Kommunen über eine angemessene Beteiligung einigen, entweder über vergünstigte lokale Stromtarife oder eine direkte Beteiligung der Bürger vor Ort an der Gesellschaft oder sogar am einzelnen Windrad.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wollen so die Akzeptanz erhöhen, sodass Windräder die Windräder der Bürger und der Gemeinden werden, meine Damen und Herren. Das ist das Ziel von bürger-naher Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei den Bayerischen Staatsforsten werden die Vergaben beschleunigt. Die direkte Vergabe an Kommunen soll deutlich erleichtert werden im Vergleich zu jetzt. Bürgerentscheide werden künftig – Hubert Aiwanger hat es dieser Tage schon verkündet – keine alleinige bindende Wirkung mehr gegenüber den Staatsforsten haben. Die Bayern Wind, also der eigene Betrieb der Bayerischen Staatsforsten, setzt sich zum Ziel, selbst oder im Joint Venture bis 2030 100 Windenergieanlagen voranzubringen. Alle diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, werden Bayern im Onshore-Bereich beim Wind zu einem der führenden Länder machen.

Ich sage es hier sehr deutlich: Wir haben keine Vorbehalte. Wir nehmen allerdings die Sorgen der Bevölkerung ernst. Wir wollen aber etwas voranbringen. Das gilt für alle Erneuerbare-Energien-Anlagen, aber auch beim Wind. Auch Wind wird in Bayern gepusht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wasserkraft. Auch bei der Wasserkraft gehen wir unseren Weg. Die Wasserkraft ist für Bayern wichtig. Wir produzieren schon jetzt rund 60 % der deutschen Stromerzeugung aus Wasserkraft. Das ist mehr als Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zusammen. Wir bauen die Wasserkraft zum Beispiel an der Salzach durch eine große Anlage weiter aus.

Ich verstehe aber nicht, warum wir in Deutschland – das ist ein Vorwurf, der in Richtung Berlin geht – immer erneuerbare Energien erster und zweiter Klasse haben. Ich sage: Alle erneuerbaren Energien sind wichtig. Daher muss diese ständige Ideologisierung und Bekämpfung der Wasserkraft endlich aufhören; denn die Wasserkraft ist

eine grundlastfähige Form der erneuerbaren Energien und für Bayern ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um aber nicht nur neue, sondern auch bisherige Wasserkraftwerke zu sichern, haben wir gegenüber dem Bund ein Übernahmeangebot abgegeben für die bayerischen Uni-per-Wasserkraftwerke. Bislang kam keine Reaktion, was uns wundert; denn offenkundig fehlt Geld in Berlin. Aber gut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen werden wir auf Vorschlag des Umweltministers Thorsten Glauber ab 2030 unsere Heimfallrechte ziehen. Das betrifft über 85 Wasserkraftanlagen vor allem an Lech, Isar und Main und ungefähr 40 % der gesamten Wasserkraft in Bayern. Wir folgen einem Grundsatz. Dieser Grundsatz muss immer mehr lauten: Heimatenergie in Heimathand, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ein schwierigeres Thema für uns alle ist der Leitungsbau. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren brauchen wir hier dringend mehr Tempo. Das ist wahr. Wir kommen in ganz Deutschland, in Bayern, aber auch in ganz Deutschland viel zu langsam voran. Die planerische Verantwortung bei den großen länderüberschreitenden Hochspannungsleitungen liegt eindeutig nicht in Bayern, sondern beim Bund.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Die Bundesnetzagentur ist dafür zuständig. Hören Sie zu. – In Bayern wurden in der bisherigen Zuständigkeit bislang null Kilometer neue Leitungen gebaut und elf Kilometer genehmigt.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Warum wohl? – Weil Sie es blockieren!)

Das ist gerade einmal so weit wie vom Maximilianeum zur Allianz Arena.

(Ruth Müller (SPD): Geschichtsklitterung!)

Der Vorwurf der Generalverhinderung trifft insofern nicht zu, als es viele Bundesländer gibt, die an dem Prozess beteiligt waren. Übrigens: Den Spatenstich für den Sued-Link – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Blockiert hat Bayern!)

– Jetzt hören Sie doch mal zu!

(Toni Schuberl (GRÜNE): Blockiert hat Bayern!)

– Ich frage mich, wie man so frei von Ahnung immer so laut dazwischenbrüllen kann. Das ist mir echt ein Rätsel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber es irritiert mich nicht. Wir machen weiter.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Erst vor wenigen Wochen fand der Spatenstich für den SuedLink wo statt? – In Hamburg.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Weil Bayern blockiert hatte!)

Da sind wir circa 350 Kilometer von der bayerischen Landesgrenze entfernt. Bei den Übertragungsleitungen in Bayern, für die wir verantwortlich sind, sieht es übrigens deutlich besser aus. Da sind die Regierungen zuständig. Von den bislang 1.263 vorgesehenen Kilometern sind immerhin 253 Kilometer gebaut und weitere 60 Kilometer genehmigt.

Ich gebe allerdings zu: Wenn wir das Tempo nicht beschleunigen, wird es noch sehr lange dauern, bis alle Leitungen gelegt sind. Deswegen will ich an der Stelle eines klar sagen: Wir müssen uns auf eine Beschleunigung beim Leitungsausbau einstellen.

Denn wenn das nicht geschieht und der Leitungsausbau von Nord nach Süd nicht beschleunigt wird, dann besteht die Gefahr, dass Bayern abgehängt wird.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Seit Jahren sagen wir das! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sage es hier sehr deutlich: Das kann und darf eine Staatsregierung niemals zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um das Tempo zu beschleunigen, haben wir bereits über 40 neue Stellen bei der Regierung geschaffen. Es gibt jetzt zusätzlich eine neue EU-Richtlinie, nach der auch beim Leitungsbau sogenannte Beschleunigungsgebiete vorgesehen werden. Wir nutzen diese Chance, um Beschleunigung zu erreichen, und verstärken zusätzlich noch einmal das Personal, um am Ende dabei stark zu sein; übrigens nicht einfach mit neuen Stellen, sondern wir werden sie aus dem vorhandenen Stellenportfolio im Ministerium zusammenziehen.

Aktuell gibt es auch Diskussionen über die großen Gleichstromleitungen im Sinne einer maximalen Beschleunigung. Wie ist da unsere bayerische Position? – Vor zehn Jahren – ich will das ausdrücklich sagen – war die Lage nicht vergleichbar dringlich. Warum? – Damals gab es als Ersatz für die Kernkraft – das war die Diskussion – billiges Gas aus Russland. Das war damals die Geschäftsgrundlage. Jetzt sind wir durch deren Wegfall als Südländer noch viel stärker auf den Strom aus den Leitungen angewiesen. Daher ist der beschleunigte Bau tatsächlich dringlicher – das ist Fakt, das ist die Wahrheit –, zumal Bayern nach den Schätzungen, die wir haben, bis 2030 durch die Digitalisierung und Elektromobilität eher mehr als weniger Strom braucht. Ich sage es ganz klar: Strom darf auf keinen Fall zu einem Standortrisiko werden. Also muss es schneller gehen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Späte Einsicht!)

Es hilft uns leider nichts: Das muss schneller gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Einige fordern jetzt, die Erdverkabelung ganz aufzugeben. Ich sage hier sehr deutlich: Bei den bisherigen Vorgaben muss es natürlich beim Grundsatz der Erdverkabelung bleiben. Da stehen wir zu unserem Wort. Übrigens würde auch eine Änderung jetzt zu teuer und zeitaufwendig werden. Da würde man noch mal neu mit dem Planen anfangen. Das wäre ein Schildbürgerstreich.

Bei neuen Vorhaben müssen wir jedoch mehr Tempo machen. Daher gilt: überirdisch, wo möglich, unterirdisch, wo nötig. Das heißt: In belasteten Gebieten ist Erdverkabelung da, aber in allen anderen Gebieten müssen wir die Möglichkeit nutzen, schneller zu werden. Damit wird der Bau schneller, günstiger, das Netzentgelt wird entlastet, und es macht den Strom billiger. Das ist keine leichte Entscheidung, aber ich sage sehr deutlich: Wenn wir uns insgesamt der Debatte verschließen, werden wir als Bayern zurückfallen, und Zurückfallen ist keine bayerische Option, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir müssen uns an der Stelle der Herausforderung stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wasserstoff. Neben den Stromleitungen ist das Wasserstoffnetz das mögliche künftige Rückgrat einer modernen Energieversorgung. Während die Ampel-Regierung zu Beginn das Netz im Wesentlichen von Norden entwickeln wollte, haben wir schon immer gesagt: Wir brauchen auch den Anschluss an den Süden und in alle Himmelsrichtungen, die möglich sind. Jetzt ist es uns nach langem Drängen und Dringen gemeinsam gelungen, das im aktuellen Vorschlag für ein Wasserstoffkernnetz zu verankern. Nach Süden erfolgt die Anbindung auf bayerischem Boden über die HyPipe Bavaria an Österreich und Italien. Zur Absicherung, Bestätigung und Erklärung der Dringlichkeit war übrigens auch mein Besuch bei der italienischen Ministerpräsidentin Meloni notwendig. Das hat sich gelohnt.

Gerade hat die Bundesregierung – das begrüßen wir – mit Österreich und Italien eine Absichtserklärung für einen Wasserstoffimportkorridor zugunsten Bayerns und der süddeutschen Länder unterschrieben.

(Zuruf: Ja, ja!)

– Das haben Sie doch gar nicht gewusst, seien Sie mal ehrlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nach Westen erfolgt die Anbindung an Frankreich, nach Osten in Richtung Tschechien über das Projekt H<sub>2</sub>ercules, nach Norden an die Ostsee über Thüringen durch die Ferngas GmbH. Wir haben uns zur Beschleunigung entschieden, weil die gesamte Finanzierung dieser Netze sehr wackelig und unsicher ist und weil auch die bisherigen Investoren eher zurückhaltend sind. Wir werden uns, um diese Grundsatz- und Daseinsvorsorge zu verstärken, als Freistaat an der Ferngas GmbH beteiligen. Wir glauben, dass sich der Zeitplan mit dem Staat als Investor beschleunigen wird. Sollte es für die Südanbindung eine ähnliche Möglichkeit geben, werden wir das auch nutzen. Die Beteiligung muss natürlich grundstockkonform erfolgen. Daraus ergeben sich auch Erträge: Aber ich finde, meine Damen und Herren, bei einer solch zentralen Frage wie den Netzen der Zukunft, wo unklar ist, ob wir mit rein privatwirtschaftlichen Investitionen die Zeitkorridore erfüllen, ist es zumindest für den Anschub wichtig, dass der Freistaat Bayern im Sinne der Daseinsvorsorge für Energie einen Beitrag leistet. Der Grundsatz lautet: Heimatnetze in Heimathand, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben Wasserstoffleitungen braucht es aber auch Kraftwerke. Die brauchen wir übrigens generell, weil sie die Versorgungslücken bei den erneuerbaren Energien verringern. Dafür braucht man die Kraftwerke, weil wir keine grundlastfähigen anderen Energien in Deutschland mehr haben wollen. Wir haben einen Bedarf bis 2030, vom

Wirtschaftsministerium ermittelt, von rund 6 Gigawatt neuer Kraftwerksleistung in Bayern. Das entspricht ungefähr einem Dutzend neuer Kraftwerke, die auf den Weg gebracht werden müssen. Dafür ist der Bund zuständig. Bislang – sind wir ganz ehrlich – gibt es nur ein Grobkonzept. Details fehlen leider immer noch. Deutschland läuft tatsächlich etwas die Zeit davon, und zwar nicht nur beim Bau, sondern auch bei der Technologie; denn diese grundlastfähigen Gaskraftwerke sollen nicht nur für den Moment, sondern für die Zukunft gebaut werden. Was heißt das? – Sie müssen nicht nur erdgas-, sondern auch wasserstofffähig sein, also fähig sein, den Wasserstoff zu verarbeiten.

Das Problem ist aber: Mit der jetzigen Generation der Gasturbinen ist das technisch nur zu etwa 50 % möglich. Das heißt: Wir brauchen jetzt rasch die Entwicklung von größeren Turbinen, die zu 100 % Erdgas und Wasserstoff gleichzeitig verbrennen können. Was machen wir da jetzt? – Wir schlafen nicht. Wir verstärken unsere Energieforschungsmittel um 10 Millionen Euro aus den bisherigen Wasserstoffmitteln und werden zusammen mit einem Industriepartner neue Turbinen und Speichertechnologien und ein Pilot- und Demonstrationsvorhaben bei uns in Bayern entwickeln, um die Wasserstoff- und Gaskraftwerkstechnologie entscheidend voranzubringen. Nach meinem Wissen macht das nur ein einziges Bundesland, und das ist Bayern. Nur wir können das, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne Entbürokratisierung, Digitalisierung, Energie und viertens den Fachkräftemangel. Bayern ist eigentlich immer das Land der Leistung, und das soll es auch bleiben. Den Wunsch nach Work-Life-Balance teile ich, und der ist auch verständlich; aber wir entwickeln uns in Deutschland eher in Richtung einer Life-Life-Balance, meine Damen und Herren. Aktuell sind in Bayern so viele Menschen wie noch nie in Arbeit, aber die geleisteten Stunden pro Arbeitnehmer werden eher weniger. Unter den Industriestaaten liegt die Bundesrepublik Deutschland bei der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigtem auf dem letzten Platz. Ich muss Ihnen eines sagen:

Ich habe für alles Verständnis; aber wer glaubt, mit immer weniger Leistung immer mehr Wohlstand zu bekommen, der irrt grundlegend. Wir müssen auch wieder dem Grundsatz folgen: Ohne Fleiß kein Preis, meine Damen und Herren. Anders wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt für die Wirtschaft, aber auch für uns als Staat. Auch wenn es unbequem ist: Nur mit Teilzeitarbeit, nur mit der Vier-Tage-Woche oder Homeoffice werden wir unser Staatswesen nicht in der Leistungsfähigkeit erhalten und im internationalen Wettbewerb bestehen können.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Natürlich stehen wir als Freistaat Bayern zu den grundsätzlichen Möglichkeiten. Die werden nicht gestrichen; aber wir spüren doch gemeinsam, dass diese Grenzen erreicht sind. Insgesamt nutzen in den Ministerien rund 36 % derzeit Homeoffice und im gesamten staatlichen Bereich 42 % die Teilzeitarbeit. Liebe Frau Stolz, im Schuldienst haben wir zum Teil über 50 % Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit, obwohl die Wahrheit ist, dass wir in einigen Bereichen auch einen Personalmangel haben. So richtig passt das nicht zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich: In dieser Dimension mit der einfach linearen Erhöhung von Homeoffice und Teilzeitarbeit wird es auf Dauer nicht funktionieren. Wir müssen behutsam, aber konsequent Anreize schaffen, Anreize für mehr Vollzeitarbeit und Arbeit vor Ort. Wir bitten den Bayerischen Beamtenbund, dabei konstruktiv mitzuarbeiten. Wir stehen zu unseren Beamten; wir wissen aber auch: Nur mit Teilzeitarbeit und Homeoffice wird Bayerns Verwaltung als die beste Verwaltung in Deutschland nicht bestehen bleiben, meine Damen und Herren. Da müssen wir andere Ansätze bedienen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es aber auch deutlich – das gilt für das ganze Land, auch für Bayern –: Selbst wenn wir unser Arbeitskräftepotenzial noch besser motivieren und ausreizen, wird es insgesamt aufgrund der demografischen Entwicklung nicht reichen. Wir brauchen Fachkräfte durch Zuwanderung aus dem Ausland.

(Zuruf)

Ich will Ihnen aber mal unsere grundlegende Philosophie erklären: Wir brauchen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme und sicher keine unkontrollierte Schleuserkriminalität. Den Schleusern legen wir in Bayern mit der Grenzpolizei das Handwerk, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Leider werden aber in der administrativen Realität diese Unterschiede zu wenig sichtbar, meine Damen und Herren. Häufig stehen Wirtschaftsingenieure oder Handwerker am selben Schalter wie Menschen, die Schutz suchen. Beides ist nicht vergleichbar. Beide Gruppen brauchen eine besondere Fürsorge; aber von der Geschwindigkeit her wird uns das herausfordern.

Deswegen brauchen wir eine generelle Fast Lane für ausländische Fachkräfte. Übrigens gibt es so etwas in einem Fall, nämlich in der Pflege. Dort haben wir damit begonnen, damals noch unter dem Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Hier konnten die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten um über ein Drittel reduziert werden, obwohl es deutlich mehr Bewerber gibt als früher.

(Zuruf)

Wir wollen jetzt die Fast Lane für alle anderen Berufe einführen. Dazu werden wir – und das ist jetzt wichtig – alle aufenthaltsrechtlichen Verfahren künftig bei einer zentralen Stelle, nämlich der Regierung von Mittelfranken am Standort Nürnberg, bündeln.

Sie ist dann der erste Ansprechpartner für die Wirtschaft. Warum? – Weil es dort bereits eine entsprechend erfolgreiche Stelle gibt, die sich bei der Wirtschaft einen Namen gemacht hat. Wir werden sie deutlich aufstocken. Ich danke auch dem Innenminister für die bisherigen Vorbereitungen.

Meine Damen und Herren, das ist ein klares Angebot an die Wirtschaft: Auf der einen Seite haben wir zwar Skepsis bei unkontrollierter Zuwanderung und wenden uns dagegen, aber auf der anderen Seite bei Fachkräften tun wir alles dafür, dass unsere Wirtschaft dauerhaft ihre Leistung erbringen kann. Das ist der bayerische Weg, den wir an der Stelle gehen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ähnlich kompliziert ist die Anerkennung von Berufsabschlüssen, was übrigens manchmal zu sehr skurrilen Situationen führt. Bei Menschen aus der Ukraine, die zu uns kamen und einen Lkw-Führerschein haben, wurde die Fahrerlaubnis nicht anerkannt. Sie sind dann nach Österreich gegangen und fahren jetzt mit dem österreichischen Führerschein auf bayerischen Straßen. Das ist ein Beispiel, bei dem man merkt: Hier liegt manches im Argen. Es gibt einen Flickenteppich an Zuständigkeiten und Verfahren. Die Experten wie Thomas Pirner als Präsident der Handwerkskammer Mittelfranken wissen, es gibt für jeden Beruf zig verschiedene Voraussetzungen, und vor allem sind regional unterschiedliche Stellen zuständig. Dies führt übrigens auch zu unterschiedlichen Bearbeitungszeiten. Wussten Sie das?

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir schon!)

Beim Kfz-Mechatroniker variieren diese von Region zu Region von 6 Wochen bis zu 20 Wochen, beim Elektroniker von 6 Wochen bis 16 Wochen und beim Radiologie-Assistenten von einer Woche bei einer Regierung bis zu 11 Monaten bei einer anderen. Sorry, das ist total absurd, das muss man abstellen und vereinheitlichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hier ist es unser Ziel, für jeden Beruf eine zentrale Ansprechstelle zu haben. Die Umsetzung wird jetzt durch ein Konzept erfolgen, das das Arbeits-, das Innen- und das Wirtschaftsministerium bis zur Sommerpause vorlegen werden. Durch diese beiden Maßnahmen zusammen wird die Erwerbsmigration in Bayern beschleunigt, Behörden vor Ort werden entlastet, und die Wirtschaft wird unterstützt. Ich möchte dies als echtes Signal an die gesamte Wirtschaft, an die IHKs, die Handwerkskammern, die Vbw und alle, die dabei sind, verstanden wissen, dass wir die Probleme verstanden haben und ernst nehmen. Wir können nicht alles ändern. Wir warten auf das, was in Berlin immer noch nicht funktioniert. Dafür haben wir Konzepte. In Bayern gehen wir aber den Weg, dass wir all die Hemmnisse, die es in Bayern geben könnte, jetzt beseitigen, dass wir beschleunigen, voranbringen und entschlacken, meine Damen und Herren. Das ist das Ziel.

(Zuruf: Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter und letzter Punkt: Moderne Finanzierung für Mittelstand und Handwerk. Betriebsübernahmen, Neugründungen, Umstrukturierungen oder auch sehr wichtige Transformationsvorhaben erfordern mittlerweile viel, viel Geld. Meist reicht der Kapitalmarkt von Sparkassen und Genossenschaftsbanken gerade im ländlichen Raum nicht aus. Die Banken können aufgrund der strengen Regularien zum Teil auch nicht in Vorleistung oder ins Risiko gehen. Deswegen gibt es dort häufig große Zurückhaltung. Gerade für innovative Geschäftsideen oder Unternehmen fehlen dann finanzielle Perspektiven. Sie werden deshalb auch immer häufiger von chinesischen oder anderen ausländischen Fonds übernommen und weitergeführt. Aber seien wir ehrlich, eigentlich sollten doch bayerische Unternehmen besser in bayerischer Hand bleiben.

Wir haben jetzt genau überlegt und geprüft und bauen unsere bisherigen Finanzinstrumente deswegen mit drei grundlegenden Entscheidungen deutlich aus und passen sie den neuen ökonomischen Realitäten und Gegebenheiten an. Für Mittelstand und

Handwerk entwickeln wir unsere LfA zu einer Art Bayern-KfW weiter. Für unsere Start-ups bringen wir einen neuen Superrisiko-Kapitalfonds bei der Bayern Kapital an den Start. Für die gesamte Wirtschaft bieten wir einen neuen Transformationsfonds an, um bestehenden Unternehmen Unterstützung bei großen Transformationsprozessen zu gewähren. Was heißt das im Detail? – Bei der LfA-Förderbank verdoppeln wir die Höchstbeträge für Darlehen von 10 auf 20 Millionen Euro. Wir werden die sogenannte Risikoentlastung – das ist der Teil des Risikos, der bei der Hausbank liegt – um 100 % aufstocken. Die LfA wird auch für große Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 500 Millionen Euro geöffnet. Gezielt sollen auch Unternehmensübergaben, zum Beispiel im Handwerk, begleitet und gefördert werden. Schließlich rücken wir im Einzelfall noch stärker als bisher vom traditionellen Hausbankprinzip ab, wenn es um neue strategische Technologien geht.

Meine Damen und Herren, dies ist ein völlig neues Mindset. Das ist die größte Reform der LfA seit ihrer Gründung vor fünfzig Jahren. Schätzungsweise werden damit Investitionen bayerischer Unternehmen von 1,5 Milliarden Euro zusätzlich ausgelöst. Dass das nicht über Nacht geht, ist klar – bis Ende des Jahres muss der Strukturprozess abgeschlossen werden –, aber es ist ein klares bayerisches Signal, das wir an den Mittelstand, an die Wirtschaft und an Technologieunternehmen senden, dass sie eine andere, bessere Alternative zum Kapitalmarkt oder zur KfW haben. Das ist unser bayerischer Auftrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei Start-ups ist der Markt extrem dynamisch. Sie haben es vielleicht gelesen: Bayern ist mittlerweile Start-up-Land Nummer eins, und München ist jetzt in einem harten Wettbewerb mit Berlin und Hamburg die Hauptstadt der Start-ups geworden. Aber die Konkurrenz schläft nicht, übrigens weniger in Deutschland. Vor allem die USA und China, aber selbst unsere Partner aus Frankreich oder Norwegen locken unsere Start-ups mit enorm hohen Finanzierungsversprechen. Unsere bisherige Strategie war, dass die Bayern Kapital in Landshut in den letzten dreißig Jahren ein gutes Ergebnis

erzielt hat. Wir haben mit privaten Geldgebern mehr als 320 bayerische Hightech-Start-ups finanziert, doch wir glauben, dass wir eine neue Stufe der Rakete zünden müssen. Wir legen jetzt einen Superrisiko-Kapitalfonds beim Wirtschaftsministerium auf. Dieser soll eine Hebelwirkung von über einer Milliarde Euro erzielen. Der Fonds startet 2025 und wird bis 2030 laufen. Der staatliche Finanzierungsanteil soll künftig bis zu 50 Millionen Euro pro Unternehmen betragen können. Das sind 100 % mehr als bisher.

Dies, meine Damen und Herren, ist ein sehr starkes Signal an Start-ups, dass sie nicht nur bei der Gründung, sondern vor allem – und das ist das Entscheidende – bei der zweiten und dritten Finanzierungsrunde nicht allein auf internationale Geldgeber angewiesen sind, sondern dass Bayern ein Angebot unterbreitet, damit Start-ups, die bei uns gegründet worden sind, am Ende auch in Bayern bleiben und sich weiterentwickeln können. Das ist das Ziel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich gründen wir – ganz neu – einen Transformationsfonds. Er richtet sich an bestehende Unternehmen, die jetzt schwer im Umbruch der Transformation stehen. Für sie soll künftig sogar, was es bislang nicht gab, eine direkte finanzielle Förderung möglich sein. Wie soll das funktionieren? – Uns geht es hier um industriennahe Forschungsprojekte für das Unternehmen, die wir begleiten, vor allem in den Bereichen Automobilzulieferer, Maschinenbau, Werkstoffe und Materialien, Lifesciences oder Digitalisierung. Wir haben einen vergleichbaren Fall beispielsweise mit MAN in Nürnberg, wo wir mit Forschungsbegleitung am Ende eine Standortentscheidung zugunsten einer Batteriefabrik in Nürnberg herbeigeführt haben, oder mit Roche in Penzberg, wo durch das Fraunhofer-Institut zusätzliche Arbeitsplätze und eine Standortentscheidung generiert wurden.

(Zuruf von der AfD)

Dies ist wichtig, damit die Unternehmen in der Lage sind, die Transformation zu bewältigen, neue Produkte zu entwickeln und Produktionsverfahren zu transformieren. Das hilft gerade in Bayern Regionen wie Bamberg, Schweinfurt oder auch Rhön-Grabfeld, die besonders betroffen sind. Wir wollen auch diesen Regionen und den Unternehmen dort ein Angebot unterbreiten, um nicht einfach Geld zu geben, sondern bei der Transformation und Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft zu helfen. Das ist die Strategie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Finanzierung erfolgt nicht über Geld aus dem Haushalt – deswegen kein Fresh Money –, sondern wir nutzen den Kapitalstock der bisherigen Forschungsstiftung. Unsere Forschungsmittel haben wir enorm erhöht. Damit werden jedes Jahr 8 bis 9 Millionen Euro Ertrag erzielt, die an die Forschung gegeben werden. Wir haben die Forschungsleistung, Markus Blume, ja immens erhöht. Wir nutzen diesen Kapitalstock in Höhe von 350 Millionen Euro, widmen ihn um und setzen ihn dann gezielt für die Transformationsprozesse ein.

Der Dreiklang, meine Damen und Herren, lautet: Die LfA wird stärker für Übergaben und Neugründungen für ganz normale Unternehmen; Start-up-Förderung durch einen völlig neuen Risikokapitalfonds; und ein Transformationsfonds, der Unternehmen hilft, die von einer Bank kein Geld mehr erhalten würden, weil sie jetzt vielleicht gerade ein Problem haben, und entscheidet, damit man neue Technologien und eine Perspektive entwickeln kann. Häufig stehen hier übrigens Betriebsräte mit an erster Stelle, die dabei helfen sollen, neue Ideen zu entwickeln. Das ist moderne Industrie, moderne Wirtschaft und Landespolitik pur. Wir können nicht wie andere einfach Subventionen verteilen, aber wir setzen Geld ein, nicht um es zu verbraten, sondern um eine neue Klasse der Wettbewerbsfähigkeit in Bayern für unsere Unternehmen auch in den Regionen zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So, das war es jetzt vorläufig. Das ist das "Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030". Insgesamt enthält es über 50 Neuerungen und rund 100 Entbürokratisierungsvorschläge. Das ist viel, meine Damen und Herren, aber es ist notwendig und ein Prozess. Finanziert wird das Ganze, wenn man es zusammenfasst, übrigens im Wesentlichen aus vorhandenen Mitteln, Umschichtungen und Resten. Wir rechnen netto mit einer Größenordnung von circa 200 Millionen Euro in 2025. Es geht nicht um die Verteilung von Geld, sondern tatsächlich um Struktur. Das gesamte Maßnahmenpaket ist eine grundlegende Richtungs- und auch Richtlinienentscheidung für den Erhalt eines starken und dynamischen Wirtschaftsstandorts Bayern. An die Spitze zu kommen, ist leicht. An der Spitze zu bleiben, erfordert auch, sich immer zu verändern. Nur wer sich verändert, erhält das Niveau, das er hat.

Die Umsetzung wird jetzt durch die zuständigen Ministerien, durch den Bayerischen Landtag und die Fraktionen ausgestaltet. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung werden übrigens noch viele Details zusätzlich ergänzt und geändert werden und zu verbessern sein. Das wäre gut und ist normal. Ich bitte nur, dass nicht schon ab nächster Woche Anfragen laufen, warum die Maßnahmen nicht bereits vorgestern umgesetzt wurden. Das Ganze ist ein Prozess.

Wir modernisieren das Land, wir entschlacken alte Strukturen, wir beschleunigen das bayerische Staatswesen und senden ein Signal an den Wirtschaftsstandort Bayern, übrigens ganz besonders an unseren Mittelstand; denn ich bin der festen Überzeugung: Bei aller Bedeutung der Großindustrie, die wir dringend brauchen, ist der Kernunterschied – damit tut sich übrigens auch die deutsche Wirtschaftspolitik so schwer –, dass wir in China Staatskapitalismus und in den USA Börsenkapitalismus haben. So finanzieren sich die Großen. Unser internationales Wettbewerbsmodell ist der Mittelstand. Deswegen muss unsere erste und prioritäre Aufgabe sein, nicht nur den Großen Subventionen zu geben, sondern auch den regionalen und mittelständischen Unternehmen Möglichkeiten an die Hand zu geben, damit sie am Ende erfolgreich sind.

Der Mittelstand ist die Zukunftsstrategie Bayerns. Dafür ist das Ganze da, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Bitte an die Opposition: Schauen Sie es sich einfach mal im Detail an. Lehnen Sie nicht einfach wieder alles grundlegend ab und verteidigen anderes, sondern setzen Sie sich – –

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

– Sie brüllen ja schon dazwischen, wenn ich Ihnen einen Vorschlag mache. – Arbeiten Sie an der Stelle einmal konstruktiv mit. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie nach einer Bewertung am Ende sagen, das gefällt Ihnen nicht, das passt Ihnen nicht, Sie haben ein anderes Modell, in Berlin läuft es viel, viel besser. – Das ist dann Ihr gutes Recht. Aber ich finde, es lohnt sich, über viele dieser Vorschläge nachzudenken und viele mit zu begleiten. Sie müssen nicht alles gutheißen, aber Sie werden nicht umhinkommen zu sagen, dass manches tatsächlich den Standort voranbringt. Ich lade Sie ehrlich gesagt dazu ein, das zu tun, und bin auch gespannt, was nachher in den Redebeiträgen kommt.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Können Sie uns Ihre Regierungserklärung vorher mal zuschicken? Dann können wir sie auch vorher bewerten!)

An die Bayerinnen und Bayern: Wir haben einen Modernisierungs- und Beschleunigungsplan 2030. Er startet jetzt und wird uns die ganze Legislaturperiode begleiten. Das ist, wie es bei uns die junge Gruppe einmal formuliert hat – und der Begriff hat mir gut gefallen –, ein echtes Update Bayerns in schweren Zeiten.

All denjenigen in Deutschland, die immer wieder hoffen, dass Bayern schwächer wird und der Norden alles übernimmt, will ich nur eines sagen: Wir freuen uns auf jeden Wettbewerb. Ich darf aber auch sagen: Das weiß-blaue Imperium schlägt zurück. Gott

schütze den Freistaat Bayern! Lassen Sie uns gemeinsam für unser wundervolles Land arbeiten. Herzlichen Dank und alles Gute!

(Standing Ovationen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das haben Sie sich aus China abgeschaut! – Zurufe von der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die Aussprache wurden 150 Minuten vereinbart. Die Redezeit für die Fraktionen verlängert sich jetzt, und zwar für die CSU um 9 Minuten, für die FREIEN WÄHLER um 4 Minuten, für die AfD und die GRÜNEN jeweils um 3 Minuten und für die SPD um 2 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Bürgerinnen und Bürger! Um es vorweg zu sagen: Eine Initiative, um den Mittelstand zu entlasten, ist heute notwendiger denn je. Dass Sie sich dies mit der heutigen Regierungserklärung auf die Fahne schreiben, ehrt Sie, Herr Dr. Söder. Bei Modernisierung und Wirtschaftsbeschleunigung selbst zu handeln und nicht auf die Ampel zu warten, ist ebenfalls richtig. Da könnte man ja auch lange warten.

Sie haben heute ein tolles Programm vorgestellt, das Sie allerdings all die Jahre selbst nicht umgesetzt haben, und Sie sind ja schon ein paar Jahre hier im Landtag. Ich glaube, Sie sind seit dreißig Jahren in Verantwortung bei der Regierungspartei. Jetzt wollen Sie das in fünfeinhalb Jahren bis 2030 umsetzen. Ob Ihrer langen Rede also jetzt mehr als ein Strohfeuer folgen wird, bleibt abzuwarten; denn genauso schnell, wie Sie nach der Europawahl nun diese Parlamentsinitiative hier anberaumt haben, genauso schnell könnten Sie wieder in den grün gefärbten Merkel-Kurs verfallen. Ist ja noch nicht lange her, dass Sie diese Dame hier in Bayern hofiert, über den See geschippert und mit Preisen ausgezeichnet haben. Hoffentlich läuten Ihre Alarmglocken

deshalb langfristig; denn bei der Europawahl am Sonntag wurde ganz Europa für fünf Jahre konservativer.

(Beifall bei der AfD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: 40 % EU!)

Besonders auch in Deutschland gewann die AfD dazu, trotz konzertierter Kampagnen gegen uns; 5 % Zugewinn, mehr als jede andere Partei in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Zuruf von den GRÜNEN)

Wir sind hier die zweitstärkste Kraft, im Bund auch, im Osten die stärkste Kraft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Alle etablierten Parteien haben verloren. Selbst die Union konnte aus ihrer Oppositionsrolle keinen Gewinn generieren, sondern nur den nächsten Verlust. Deshalb brauchen Sie eigentlich bei SPD und GRÜNEN nicht so schadenfroh zu sein. Die Söder'sche Bilanz ist nämlich nur negativ. Bei den zwei Landtagswahlen ab 2018 haben Sie insgesamt ein Minus von 10,7 % eingefahren, Herr Dr. Söder, und bei der Bundestagswahl 2021 ein Minus von 7,1 %. Jetzt also auch bei der Europawahl ein weiterer Führungsverlust für die CSU, für seine CSU. Es ist doch so schön warm und weich in den schwarzen Parlamentssesseln hier, dass Sie gar nicht merken, wie sich das Land blau färbt, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es ist so schön warm und weich in den schwarzen Parlamentssesseln, und nächsten Monat gibt es wieder eine saftige Diätenerhöhung hier, wozu weder der Bürger befragt wird noch worüber hier im Parlament wenigstens debattiert würde, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Nur leider kann sich unser Mittelstand sein Gehalt nicht selbst erhöhen. Daher diese Sympathiebekundung hier und heute.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Mehrheit wird hier eben nicht aus China und Russland finanziert!)

Aber was können Sie denn überhaupt noch für den Mittelstand tun? Sind Ihnen die Hände nicht längst gebunden? – Ein Recht nach dem anderen hat die CSU freiwillig an Brüssel abgetreten, eine Zuständigkeit nach der anderen von Bayern und Deutschland weg an die EU geschenkt. Jetzt wundert sich ein Herr Söder, dass der Berliner Staatssozialismus wieder ausufert, dass die Brüsseler Planwirtschaft Vorgaben zur Abschaffung des Verbrenners macht und man machtlos ist.

Wenn man ein blühendes Bayern zurückhaben will, meine Damen und Herren, muss man die Rahmenbedingungen dafür schaffen: für freien Handel, Industrie und generell Marktwirtschaft. Aber wie frei ist dieser Freistaat überhaupt noch? – Alle europäischen Länder haben am Sonntag für mehr Eigenständigkeit votiert, und das sollten wir auch in Bayern umsetzen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD macht es vor. Die Lichtblicke der letzten fünf Jahre waren allesamt unsere Positionen, die Sie zwar spät, aber letztlich dann doch aufgegriffen haben: Etwa die Rückkehr zur Kernenergie – zumindest dem Wortbekenntnis nach. Etwa die Rehabilitation des Verbrennungsmotors in Kraftfahrzeugen – zumindest zaghaft. Außerdem das Verbot von Gendersprache in Behörden – auch wenn es nicht überall umgesetzt wird, Herr Minister Florian Herrmann.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren, werter Herr Ministerpräsident, die AfD wirkt bei Ihnen leider nur sehr langsam. Beschleunigen Sie die Umsetzung unserer Forderungen. Unsere Forderungen für die Zukunft sind folgende:

Erstens. Finanzieren Sie nicht den Mittelstand so, wie Sie es am Montag getwittert haben, sondern entlasten Sie ihn! Senken Sie die vorhandenen Steuern, und erheben Sie keine neuen Steuern, Herr Söder. Streichen Sie die Grunderwerbsteuer auf die erste selbst genutzte Immobilie. So können junge Familien wieder leichter ein Eigenheim erwerben, und Menschen, die ihr Mietdasein in einem überteuerten Wohnungsmarkt satt haben, können wieder leichter bauen und sich damit eine private Altersvorsorge schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Zweitens. Bürden Sie den Bayern nicht mit dem sogenannten Wassercent eine weitere Steuer auf!

(Beifall bei der AfD)

Beim Wassercent handelt es sich keineswegs um einen einzelnen Cent, sondern es entstehen pro Haushalt Zusatzkosten in Höhe von 50 bis 150 Euro. Haben wir denn heutzutage kein gutes Trinkwasser? – Wenn sich alle etablierten Altparteien wie hier beim Wassercent einig sind, meine Damen und Herren, dann ist meistens etwas faul. Lassen Sie die Finger von der nächsten Steuer. Kassieren Sie die Bayern nicht noch weiter ab.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Senken Sie die Energiekosten, und zwar für Privatkunden und Unternehmen! Setzen Sie in unserem energiearmen Land Bayern technologieoffen auf einen breiten Mix aus günstigen Energieträgern. Dazu gehören nicht nur heimische Kohle und russisches Gas, sondern auch neue Kernkraftwerke in Bayern. Setzen Sie sich für das Reparieren der von feindlichen Mächten gesprengten Nord-Stream-Pipeline ein, und beenden Sie vor allem die elendig teure Energiewende!

(Beifall bei der AfD)

Keine einzige Industrienation lässt sich mit Windmühlen und Solarplatten antreiben, besonders dann nicht, wenn wertvolle Wälder dafür abgeholzt und bäuerliche Wiesen zugestellt werden.

Viertens. Stärken Sie die Meinungsfreiheit in Bayern; denn sie ist auf dem Rückzug. Ohne die Freiheit der Meinung wird langfristig keine Gesellschaft prosperieren. Schaffen Sie deshalb die einseitige Bevorteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegenüber den privaten Medien ab! Zwingen Sie die Menschen nicht länger zu GEZ-Pflichtbeiträgen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gar nicht hören und sehen wollen. Ein Grundfunk für Bildung und Information reicht. Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht länger den finanziell aufgeblähtesten Staatsfunk der ganzen Welt.

(Beifall bei der AfD)

Neutrale Berichterstattung für selbst denkende Menschen statt links-grüner "Tageschau", die jeden Abend auch über den BR-Äther flimmert, ist das Ziel.

Fünftens. Sorgen Sie für die Ausbildung eigener Fachkräfte, statt illegale Armutseinwanderer über die Grenze zu lassen! Schützen Sie die bayerischen Grenzen zu Tschechien und Österreich. Merkwürdig ist: Zur Fußballeuropameisterschaft ist es der roten Frau Faeser auf einmal doch möglich, die Außengrenze wegen Terrorgefahr zu kontrollieren. Sonst ist ihr das, liebe SPD, nach eigener Aussage immer unmöglich. Meine Damen und Herren, welch eine Heuchelei zulasten der deutschen Bevölkerung!

(Beifall bei der AfD)

Fachkräfte gewinnt man übrigens nachhaltig nur, indem man sie selbst ausbildet, Herr Dr. Söder, und zwar in Behörden und Unternehmen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die ausgewanderten Deutschen zurückgeholt würden, bevor man unser ohnehin dicht besiedeltes Land mit weiteren kulturfremden Migranten füllt.

(Beifall bei der AfD)

Sechstens. Machen Sie unser schönes Bayern wieder zu einem sicheren Land für seine Einwohner und auch seine Ureinwohner. Schieben Sie endlich die illegal hier eingeschleusten Straftäter ab, Herr Innenminister Herrmann. Ihre Bilanz ist übrigens eine einzige Katastrophe.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der Regierungsbank: Bayern ist das sicherste Bundesland!)

Gerade einmal 7 % der nicht asylberechtigten und ausreisepflichtigen Immigranten werden in Bayern abgeschoben. 93 % werden hier auf unser aller Kosten geduldet. Mit "Kosten" meine ich nicht nur die x Milliarden an Steuergeld für deren Wohnung, Unterhalt und Krankenversorgung, sondern explizit auch den Blutzoll bei Messerdelikten und anderen Gewalttaten, wie gerade in Mannheim gesehen. Meine Damen und Herren, Sicherheit und Unversehrtheit sind auch wirtschaftlich höchst bedeutsam.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie gaben heute eine Regierungserklärung zum Ressort Ihres Wirtschaftsministers Aiwanger ab. Wo ist eigentlich Herr Aiwanger? – Herr Aiwanger ist nicht hier.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört!)

Ist er mittlerweile überflüssig?

(Thomas Huber (CSU): Sie haben nicht zugehört!)

Herr Glauber ist auch sehr spät gekommen und nicht zum Klatschen aufgestanden. Da kriselt wohl etwas.

(Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Mein Gott! – Michael Hofmann (CSU): Typisch AfD! – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Wir Bayern brauchen keine solchen Hardliner an der Spitze, Herr Ministerpräsident. Wir brauchen kein rhetorisches Aufrüsten nach dem Motto: "Wir bekämpfen die AfD bis aufs Messer"; denn die Angriffe auf eine demokratische Partei werden immer auch die ganze Demokratie treffen. Wir brauchen eher einen Ministerpräsidenten, der die Messerstecher bekämpft.

(Beifall bei der AfD)

Meine Empfehlung für Sie zum Abschluss lautet: Setzen Sie wieder auf diejenigen Menschen, die schon länger hier leben. Die Fußballeuropameisterschaft, die ich als erste bewusst mitverfolgte, war diejenige des Jahres 1980. Damals war ich ein kleiner Bub. Damals standen elf stolze Deutsche auf dem Platz, und am Ende waren wir Europameister. Hoffen wir, dass heuer wenigstens mehr herausspringt als vor zwei Jahren mit der Regenbogentruppe.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Klaus Holetschek für die CSU-Fraktion.

**Klaus Holetschek (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den letzten Wortbeitrag könnte man lange reden. Die Frage ist allerdings, ob sich das lohnt, meine Damen und Herren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein!)

Ich glaube, es lohnt sich nicht.

(Ferdinand Mang (AfD): Doch!)

Herr Prof. Hahn hat genau die Dinge bedient, die man erwartet hatte. Er hat schwadroniert, er hat fabuliert. Räumen Sie in Ihrem eigenen Laden auf. Dort haben Sie genug zu tun! Dort sollten Sie anfangen! Sie sollten nicht hier am Pult erzählen, was sowieso nicht wirken wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Jeden Tag ein neuer Skandal; aber alles besser wissen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden nicht zurückstehen, die AfD dort zu bekämpfen, wo sie die Feinde der Demokratie sind!

(Beifall von der Regierungsbank – Ferdinand Mang (AfD): Hetze!)

Wir wollen einen Staat modernisieren, einen Staat voranbringen. Sie dagegen wollen die Demokratie abschaffen. Sie wollen die freiheitlich demokratische Grundordnung aushöhlen.

(Ferdinand Mang (AfD): Hetze!)

Das ist Ihr Ziel und nichts anderes!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ferdinand Mang (AfD): Hetze!)

Ich glaube, heute ist ein guter Tag für Bayern. Ich bin dem Ministerpräsidenten für seine wuchtige Rede und die klare Standortbestimmung dankbar. Es war aber nicht nur eine Standortbestimmung, sondern auch eine Zukunftsagenda für den Freistaat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will deutlich machen, wo die Unterschiede zwischen dem sind, was im Freistaat Bayern passiert, und dem, was in Berlin zum Beispiel passiert. Wir haben einen Plan und eine Idee für die Zukunft des Freistaats Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Genau das brauchen wir. Wissen Sie, was in Berlin im Moment der Plan ist? – "Wie kann ich mich über die Legislaturperiode retten?" – Das ist die Wahrheit.

(Thomas Huber (CSU): Richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat keine Substanz. Die Idee, die wir brauchen, muss fürs Land sein – und nicht: "Wie erhalte ich die Macht?".

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben einen Ministerpräsidenten, der führt, und eine starke Staatsregierung. Was passiert in Berlin? – Wir haben einen Kanzler, der die Dinge aussitzt, und eine Regierung, die sich permanent streitet. Das ist die Wahrheit.

Was wir tun: Wir lösen die Probleme der Menschen. In Berlin diskutieren wir darüber, was nicht geht. In Bayern zeigen wir, wie es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen; das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bevölkerung in Bayern hat das Anpack-Gen; man muss sie nur machen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hochwasser hat doch gezeigt: Die Menschen im Land sind bereit anzupacken, ohne zu fragen. Ich will noch mal allen, die dort jeden Tag gekämpft haben, den Ehrenamtlichen, aber auch ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern Dank sagen. Sie können das, sie wollen anpacken. Wir wollen, dass sie wieder mehr Freiräume haben, das auch zu tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen sind die Punkte, die heute auf dem Tisch des Hauses liegen, ganz zentral. Es geht darum, dass wir die Dinge tun müssen; nicht drüber reden, sondern machen. Das ist auch das Motto meiner Fraktion. Wir wollen das Leben der Menschen leichter und unkomplizierter machen. Das war das Versprechen, das wir – alle Kolleginnen und Kollegen, die draußen bei den Menschen sind – am Anfang dieser Legislaturperiode gegeben haben. Das setzen wir jetzt gemeinsam mit der Staatsregierung um. Wir tun es, und wir reden nicht nur drüber.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist ganz entscheidend, dass die Menschen sehen, dass der Staat handeln kann. Das beste Programm gegen den Vertrauensverlust, der in diesem Land – zum Beispiel ganz deutlich in der Ampel-Regierung – sichtbar wird, besteht darin, dass der Staat zeigt: Er kann handeln, er löst und kümmert sich um die Probleme der Menschen. Das ist die DNA dieser Regierungserklärung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kurze Wege, schnelle Entscheidungen, leicht zu verstehende Abläufe – das müssen tatsächlich die großen Themen sein, wenn wir über Bürokratieabbau reden. Bürokratieabbau ist doch eines der zentralen Themen. Wenn man heute bei der IHK ist, dann kriegt man eine Folie dazu gezeigt, wo die Unternehmerinnen und Unternehmer im Land die größten Probleme sehen. In der Mitte steht ganz klar "Bürokratie". Wenn man fragt, was diese denn bei den Unternehmen auslöst, dann kommen Wörter wie "Aggression", "Unverständnis". Deswegen müssen wir diese Dinge zurückdrängen.

Lieber Christian Bernreiter, fangen wir beim Wohnungsbau an; das sind genau die Themen, die zur sozialen Frage der Zukunft werden. Ich bin überzeugt, dass viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heute dankbar sind, wenn wir über das Vergaberecht reden. Das Vergaberecht beginnt in Europa und wird dann über den Bund kaskadenförmig auf den Freistaat runtergebrochen. Da werden klare und mutige Signale für die Zukunft gesetzt. Das sind die Botschaften von heute: Mut, Zuversicht; nicht zaudern und zögern, wie es andere machen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weiter geht es auch um die Frage, wie Gesetze vollzogen werden. Ich will im Freistaat mal den Beamtinnen und Beamten und allen, die in der Verwaltung arbeiten, danken, weil ich glaube, dass sie gute Arbeit machen. Sie brauchen aber auch Rückendeckung, meine Damen und Herren. Sie brauchen auch die Botschaft: Wir stehen hinter euch, wenn mal ein Fehler passiert; wir suchen nicht immer zuerst den Schuldigen. – Die, die dann den Schuldigen suchen, sagen meistens: Ich war es nicht, aber du. – So

wird es nicht funktionieren. Wir brauchen ein Umdenken, einen Mentalitätswechsel hin zu einer Vertrauensgesellschaft, nicht eine Gesellschaft, die von Misstrauen geprägt ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist zugegebenermaßen kein einfacher Weg, weil er schon erfordert, dass alle umdenken; dass nicht nur wir hier Strukturen ändern, sondern die Gesellschaft tatsächlich bereit ist, einen anderen Weg zu gehen; dass wir sagen, wir wollen nicht mehr alles bis ins letzte Detail regeln und sind auch mal bereit, Fehlerkultur neu zu denken, Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Wir brauchen auch die Menschen im Freistaat, die dann sagen, mehr Eigenverantwortung heißt auch, dass sich der Staat nicht mehr überall einmischt; das ist die entscheidende Botschaft. Die Eigenverantwortung muss man auch wollen und übernehmen.

Wenn uns das gemeinsam gelingt, dann bin ich überzeugt, dass wir mit den vielen Maßnahmen, die heute auf dem Tisch liegen, wirklich Entscheidendes voranbringen: Wir wollen eine Enquete-Kommission einrichten. Sie soll unter dem Motto "Der Staat ist für den Bürger da – einfacher, schneller, direkter" arbeiten. Ich will ausdrücklich auch die demokratischen Parteien bitten, hier mitzuarbeiten. Eine Enquete-Kommission ist nicht nur das Thema einer Partei. Sie betrifft ein großes gesellschaftliches Thema. Ich lade euch ein, daran mitzuarbeiten, wie wir den Staat neu denken, wie wir Strukturen verändern können. Dieses Update ist wirklich großartig, weil es ein echtes Update ist: Modernisierung, nach vorne gehen; wir werden aber auch mal auf die Reset-Taste drücken und neu anfangen müssen, damit wir das System tatsächlich besser aufstellen können. Auch dazu soll diese Enquete-Kommission einen Beitrag leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aus meiner Sicht ist dieses Thema die zentrale Frage, die entscheidet, wie es zukünftig in unserem Land weitergeht: ob Unternehmerinnen und Unternehmer hierbleiben,

ob sich Bürgerinnen und Bürger im Ehrenamt engagieren, ob die Menschen tatsächlich Vertrauen gewinnen. Das wird ein Thema sein, das nicht nur im Kernbereich des Mittelstands und der Wirtschaft, sondern darüber hinaus wirken muss.

Wir werden uns genau anschauen müssen, was wir im sozialen Bereich, im Gesundheitsbereich, bei der Dokumentationspflicht, bei den Fragen, die uns Pflegekräfte immer wieder gebetsmühlenartig stellen – sie wurden uns vor dreißig Jahren gestellt, sie werden jetzt wieder gestellt –, auflösen können. Das wären die Themen, die übrigens in Berlin von Karl Lauterbach angegangen werden müssten: eine Krankenhausreform, die bürokratiearm ist und die Pflege in den Mittelpunkt stellt. Diese Themen müsste man dort denken und nicht Politik durch den Nebel der Cannabispflanzen machen; das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Da hat ja der Herr Spahn sehr viel gemacht!)

Wer, wie die Kollegin Behr, Bernhard Seidenath und andere, gestern bei der Demonstration der Zahnärzte war, hat genau das gesehen. Auch da war das eines der zentralen Themen.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind immens wichtige Themen. Ich glaube, man muss auch bei der Frage, wie wir in Zukunft Personal einsetzen, immer überlegen, ob man das Thema durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz nicht anders lösen könnte, anstatt zusätzlich immer wieder Personal aufzubauen und den Apparat noch einmal ein Stück weiter aufzublähen.

Wir müssen diese Dinge konzentriert einsetzen. Wir brauchen verbindliche Regeln. Entscheidende Themen, die der Ministerpräsident angesprochen hat, sind Verbindlichkeit, Klarheit und Transparenz, damit nicht wieder jeder sein eigenes System hat und der Bürger dann zum Schluss sagt, er weiß gar nicht, wo es jetzt genau hingeht.

Schicksalsfrage ist vielleicht zu viel gesagt, aber das Thema Energie wird schon eine entscheidende Frage für die Wirtschaft in unserem Land sein. Der Freistaat hat dieses Thema in seiner Historie immer gut gelöst. Wir wären nie ein starkes Industrieland geworden, wenn es uns nicht gelungen wäre, die Wirtschaft mit bezahlbarer und stabiler Energie zu unterstützen. Damals ist der Transformationsprozess von der Landwirtschafts- hin zur Industrienation nur durch das Thema Energie gelungen.

Es ist deswegen richtig, dass wir jetzt auf diese Bereiche setzen und selber einen Beitrag leisten. Die richtigen Themen heißen: Heimatenergie, Beschleunigung, Modernisierung. Für die Kommunen ist auch ein Windkraftbonus ein wichtiges Thema.

Wenn ich mich als Bürger mit dem Thema vor Ort identifiziere und den Mehrwert erkenne, vielleicht auch einen steuerlichen Vorteil oder einen Vorteil beim Strompreis habe, dann ist, glaube ich, einfach die Bereitschaft größer, die Dinge zu akzeptieren und auch zu machen. Das sind genau die Wege, die wir gehen müssen. Die Botschaft lautet: Wir nehmen euch mit, wir binden euch ein, und ihr profitiert auch von dem, was wir tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Manchmal werden auch unangenehme Themen diskutiert werden müssen. Auch das gehört zur Wahrheit und Klarheit dazu. Wir können nicht immer nur sagen, wir lösen jedes Problem mit einem neuen Förderprogramm. Wir müssen – Herr Ministerpräsident, auch dafür bin ich sehr dankbar – auch mal die Strukturen ansprechen. Natürlich wird man auch mal über Leitungsbau reden müssen – dort, wo es eben nicht notwendig ist, zu sagen: überirdisch. Dann muss es schneller gehen. Wir müssen das halt aushalten und diese Diskussionen führen.

Wir müssen über die Bürgerbeteiligungsinstrumente reden. Ich war selbst zwölf Jahre Bürgermeister. Ich weiß, wie wichtig es ist, Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, einzubinden. Ich weiß aber auch, dass wir inzwischen Instrumente haben, die in anderen Bundesländern anders gesehen werden und dort Verfahren – gerade wenn es um Da-

seinsvorsorge oder andere Dinge geht – beschleunigen. Das führt dann auch dazu, dass das Allgemeinwohl manchmal schneller als die Individualinteressen verwirklicht werden kann. Deswegen muss man diese Diskussion führen.

Der Runde Tisch ist ein wichtiges Instrument. Wir werden dort nicht nur angenehme Fragen stellen können, sondern auch mal in die Fragen einsteigen müssen, wie wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Projekte umsetzen können, ohne dass jedes Mal Prozesse aufgesetzt werden, die Dinge am Ende des Tages verhindern. Das gilt auch für Verbandsklagerechte, das gilt für Umweltberichte und alle Verzögerungen, die im Raum stehen und die wir immer wieder beklagen. Wenn wir ehrlich sind, beklagen wir sie alle. Diese Verzögerungsfaktoren lösen wir ein Stück weit auf und lenken die Vorhaben in richtige Bahnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Thema Fachkräfte ist angesprochen worden. Dabei kann ich die Behebung der Verzögerungsfaktoren nur unterstreichen. Die platten Zurufe von der rechten Seite helfen hier gar nichts. Wir brauchen eine bestimmte Art der Zuwanderung, um unsere Wirtschaft zu unterstützen. Die Beschleunigung von Anerkennungsverfahren, verknüpft mit aufenthaltsrechtlichen Themen, ist der richtige Weg. Die Fast Lane bei der Pflege hat sich bewährt und kann auch eine Blaupause für andere Politikfelder sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen aber keine Zuwanderung in das Sozialversicherungssystem. Es war falsch, den ukrainischen Zuwanderern Bürgergeld zu gewähren. Das hätte man nicht tun sollen. Wir brauchen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, um der Wirtschaft zu helfen, aber nicht in das Sozialversicherungssystem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ganz wichtig ist auch das Thema der Finanzierung. Ich bin sehr dankbar, dass diese Weichenstellung hin zur Transformation mutig erfolgt ist. Dies betrifft die Frage, wie wir

Technologien unterstützen können, bevor China in bestimmten Wirtschaftsbereichen, in denen wir eine Technologieführerschaft hatten, einsteigt und die Unternehmen ohne Unterstützung abwandern. Wir brauchen moderne Finanzierungsinstrumente, die den verantwortlichen Minister unterstützen, um mutig die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das ist der entscheidende Weg.

Wir brauchen auch Unterstützung für die Start-ups. Bei diesem Thema müssen wir beachten, dass sich die Zeit ändert und die Anforderungen andere werden. Es geht dabei um die Standortqualität. Ich glaube, Bayern zeichnet sich durch Innovation aus. Innovation ist die Basis für die Wirtschaftskraft und die Zukunft. Ich denke hier an die Hightech-Offensive – ich war nämlich vor Kurzem selbst bei verschiedenen Unternehmen –, das war echt ein großer Wurf. Diese Offensive hat im Freistaat unglaublich viel bewegt.

Es gilt nun, den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft zu erleichtern; denn das Unternehmertum ist etwas ganz Wichtiges.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir dürfen nicht nachlassen. Deswegen ist es auch wichtig zu sagen, wo dieser Weg hingehen wird und was wir hier tun. Das Tun ist für mich das Entscheidende. Ministerpräsident Markus Söder hat von einem Prozess gesprochen. Genau das trifft zu. Es ist ein Prozess, der beginnt, aber mit vielen ganz konkreten Maßnahmen. Darauf haben viele gewartet. Es ist deswegen richtig, die Antwort auf die offenen Fragen jetzt zu geben. Wir merken gerade, dass sich politisch manche Gewichte verschieben. Wir merken, dass die Menschen darauf warten, dass sie Perspektive und Orientierung bekommen. Die haben wir zum Teil nicht mehr. Schauen Sie nach Berlin. Wer gibt denn dort Orientierung und Perspektive? Wer führt denn in dieser Krise? – Das sind doch die Botschaften. In schwierigen Zeiten brauchst du klare Aussagen und Führungsqualität. Führungsqualität hat Markus Söder, leider aber nicht unser Kanzler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das sehen wir ganz anders, Herr Holetschek! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Da zuckt der Herr von Brunn!)

– Das wundert mich jetzt nicht, dass Sie das anders sehen, Herr von Brunn. Das liegt in der Natur der Sache. Ich glaube, Sie werden viel Spaß haben, diese einzelnen Themen durcharbeiten und Ihre Vorschläge einzubringen. Ich finde das in Ordnung, dass Sie konstruktiv mitarbeiten. So schätze ich Sie ein.

(Florian von Brunn (SPD): Reden alleine reicht nicht!)

Berlin ist eine ganz andere Frage. Frau Schulze ist heute nicht da. Sie ist im Moment in Berlin. Ich hoffe, das ist noch nicht endgültig, sondern nur vorläufig, vorübergehend.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte noch mal zum Ausdruck bringen: Es liegt viel auf dem Tisch des Hauses, gute und wichtige Vorschläge. Wir haben einen Plan und wir haben eine Idee für die Zukunft des Freistaates. Die Menschen in Bayern können es. Sie warten darauf, es tun zu können. Wir setzen Leitplanken, wir geben mehr Freiräume. Wir entfesseln ein Stück weit auch diese mehltauartige Kulisse, die sich über dem Land breitgemacht hat. Es gilt, nicht zu jammern, sondern nach vorne zu gehen. Zuversicht und Mut sind gefragt.

Dieser heutige Startschuss ist unglaublich wichtig und ein riesiges Signal. Lasst es uns umsetzen. Lasst uns den Schwung aufnehmen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lasst uns in dieser Legislatur mit der Staatsregierung und mit dem Ministerpräsidenten am Ende sagen: Wir haben einen Beitrag geleistet, dass der Freistaat an der Spitze steht, dass Wirtschaft funktioniert, dass Wohlstand für die Menschen gesichert ist und zum Schluss auch der Sozialstaat funktioniert, weil wir es gemacht haben, weil wir

uns nicht endlos verstrickt haben, weil wir nicht auf jeden Bedenkenträger, der in diesem Land jeden Morgen aufwacht, gehört haben. Wir haben zuversichtlich, mutig und entschlossen gehandelt. Das ist unsere DNA.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Jurca von der AfD-Fraktion vor.

**Andreas Jurca (AfD):** Werter Herr Kollege Holetschek, Sie behaupteten zu Beginn Ihrer Rede, wir von der AfD würden die Abschaffung der Demokratie fordern. Wenn ich jetzt behaupten würde, dass die CSU ein korrupter Haufen ist, würde ich wenigstens einen Beleg bringen, wie beispielsweise die Maskenaffäre um Herrn Sauter. Sie bleiben uns noch einen Beleg schuldig, dass irgendeiner von uns die Abschaffung der Demokratie gefordert hat. Das sind einfach nur unanständige Behauptungen von Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

**Klaus Holetschek (CSU):** Angesichts Ihrer Taten und Reden in diesem Parlament kann niemand der Schlussfolgerung widerstehen, dass Sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht in der Art wollen, wie wir sie haben. Sie unterlaufen die Demokratie, und daran müssen Sie sich messen lassen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Das Wort hat nun der Kollege Johannes Becher.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass heute eine Regierungserklärung erfolgt, war nicht ganz unerwartet. Wir hätten uns aufgrund der Ereignisse der letzten zwei Wochen auch ein anderes Thema vorstellen können: Vier Tote

und ein Vermisster, teilweise nie dagewesene Pegelstände, Schäden in Milliardenhöhe. Vieles kommt jetzt beim Aufräumen erst noch zum Vorschein. Ein schnelles Hilfspaket ist gut und der aufrichtige Dank gegenüber den 80.000 Einsatzkräften angemessen. Jetzt müsste es eigentlich eine kritische Analyse der bayerischen Hochwasserstrategie geben.

Der Klimawandel schlägt in Bayern deutlich zu, nicht erst irgendwann in der Zukunft, sondern jetzt, immer häufiger und immer krasser. Wir brauchen viel mehr Tempo und Beschleunigung bei Hochwasserschutzprojekten. Das wäre ein konkretes Konzept, das wir dringend benötigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Verstehen Sie mich richtig: Wir können nicht jedes Hochwasser verhindern. Die Menschen in Bayern dürfen aber zu Recht erwarten, dass wir im Bayerischen Landtag und dass die Bayerische Staatsregierung alles in ihrer Macht Stehende tun, um Menschenleben und Eigentum zu schützen. Sie, Herr Ministerpräsident, haben dabei eine Verantwortung. Beim aufmerksamen Lauschen Ihrer Rede habe ich gehört, dass der Kohleausstieg verkehrt ist. Vor der Wahl gab es das Thema "Aus für den Verbrennungsmotor". Mehr Kohle und mehr Verbrennungsmotor bedeuten mehr Katastrophen. Das ist Naturwissenschaft. Wer Umwelt und Wirtschaft, Klima und Wirtschaft gegeneinander ausspielt, der baut auf Sand. Wir müssen Umwelt und Wirtschaft zusammendenken und Lösungen für die kommende Generation finden. Das ist der Weg in die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

"Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm 2030", das ist ein etwas sperriger Titel. Aber er klingt im Grunde gut. Wer will denn nicht moderner und digitaler werden? Wer will nicht bürokratisch abspecken? –Das sind ja alles gute Vorsätze. Sie hatten schon viele gute Vorsätze. Aber wie das mit den Vorsätzen zum Abspecken oft so ist: In der Ankündigung scheint der Geist willig, doch in der Umsetzung ist das Fleisch

schwach. Von Worten allein wird gar nichts besser; es kommt auf die Taten an. Ich bin auf diese Vorschläge im Detail gespannt. Uns sind sie vorher nicht zugegangen; das hätte man machen können im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Wir werden uns in jedem Fall konstruktiv daran beteiligen. Wir sind schließlich keine Fundamentalopposition wie andere in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den Gesprächen, die man führt, egal wo man ist, hört man seit Jahren, dass alle weniger Bürokratie wollen, mehr Fach- und Arbeitskräfte, Planungssicherheit, bezahlbare Energie. Das wird seit Jahren diskutiert. Mich hat gewundert, dass Sie in Ihrer Rede ausgeführt haben, wie lange die Verfahren zur Berufsanerkennung ausländischer Fachkräfte oft dauern. Das wird doch hier seit Jahren diskutiert. Mich wundert, dass das jetzt erst ankommt. Wir müssen darauf achten, Ergebnisse zu liefern. Über Entbürokratisierung wird so lange geredet. Wenn man aber die Leute fragt, ob die Bürokratie in den letzten Jahren weniger geworden ist, lautet die Antwort: Sicher nicht, ganz im Gegenteil. – Also, weg mit dem Bürokratiefrust und hin zu sinnvollen Regelungen! Das muss die Maxime sein. Wenn heute der Prozess gestartet wird, immerhin, stellt sich die Frage: Warum erst jetzt?

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Ist das billig!)

– Wie ist denn Ihre Reaktion, wenn Sie mit den Leuten über Bürokratie reden? Bei mir kommen Unverständnis an, Frust, Wut, Resignation; noch ein Formular, noch eine Regel, noch ein Detail, noch eine rechtswissenschaftlich ausgefeilte Schachtelsatzformulierung, noch eine Statistik, die Daten noch einmal eingeben, die erst letzte Woche in veränderter Version an anderer Stelle eingegeben wurden,

(Michael Hofmann (CSU): Dort, wo ihr seid, wird es komplizierter! Das ist die Wahrheit!)

noch ein gut gemeintes Förderprogramm. – Sie machen immer mehr Förderprogramme. Das bedeutet wieder Richtlinien, Antragsformulare, Anhänge zu Anträgen, Hinweisblätter zum Antragsformular, Bitten um vorzeitigen Maßnahmenbeginn, weil die Bescheidung in der Hauptsache auf sich warten lässt, noch ein Verwendungsnachweis, Prüfung des Verwendungsnachweises, gutachterliche Einschätzung.

Vieles ist gut gemeint und im Kern nachvollziehbar; aber es ist die Fülle, diese ganze Art und Weise, die ständige Angst auch vor der Haftung, weil es bei uns offensichtlich egal ist, was passiert, immer muss irgendwer schuld sein. Deswegen wird prophylaktisch versucht, sich gegen jedes nur denkbare Risiko im Voraus abzusichern. Damit erreicht man in der Praxis oft das Gegenteil von dem, was eigentlich gut gemeint als Ziel ausgerufen war. Das ist eines der Kernprobleme. Wir müssen wieder Freiheit geben, anstatt ständig Angst vor der Haftung haben zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie machen in Berlin genau das Gegenteil von dem, was Sie anmahnen!)

Der stellvertretende Ministerpräsident hat gesagt: Die auf der unteren Verwaltungsebene sollen einmal alle Fünfe gerade sein lassen; die sollen einfach mal entscheiden und nicht so genau hinschauen. – Meine Damen und Herren, das ist billig. Wenn nämlich ein Fehler passiert und jemand den Kopf dafür hinhalten muss, sind die Politiker alle weg, und dann trägt die untere Verwaltungsebene die Verantwortung. Das darf auch nicht sein. Wir müssen von oben Sicherheit und Entscheidungsfreiheit gewährleisten; dann wird auch wieder freier entschieden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann gibt es nicht nur die aus der Verwaltung entstehende Bürokratie, sondern auch die politisch motivierte Bürokratie; Sie von der CSU beherrschen dieses Spiel seit Jahren wie niemand anders, nahezu in Perfektion. Bei der Windkraft ging es nicht mehr nur um die Frage, ob ein Standort für Mensch und Natur konkret geeignet ist, sondern

man hat die zusätzliche Abstandsregel 10 H erfunden, eine bürokratische Hürde, und erfolgreich den Windkraftausbau in Bayern abgewürgt – Ziel erreicht!

Ganz ähnlich bei den HGÜ-Leitungen. Was man jetzt ankündigt, hätte man vor zehn Jahren machen müssen, nämlich so viele Freileitungen wie möglich und Erdverkabelung da, wo es zwingend erforderlich ist – vollkommen sinnvoll. Was hat man aber gemacht? – Man hat die Erdverkabelungspflicht beschlossen nach der Strategie: aus den Augen, aus dem Sinn. Das führt zu zigfachen Kosten, zigfachem Aufwand, alles dauert viel länger. Das klingt halt im ersten Moment gut. Was ist das Ergebnis – ich teile diese Sorge, dass Bayern abgehängt werden könnte –? Es fehlt an Windkraft, es fehlt an Netzen, es fehlt an billiger Energie aus Bayern für Bayern. Seien wir mal ehrlich: Das ist richtig schlechte Politik. Man kann wirklich nur hoffen, dass Sie aus den Fehlern gelernt haben. Und es war nicht die Ampel, sondern Sie sind es, die genau diese Entwicklung seit den letzten zehn Jahren zu verantworten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Vielleicht fragen Sie mal Ihre Basis vor Ort, wie sie zum Erdkabel steht!)

Entbürokratisierung ist gut; das will ich auch. Ich möchte daran mitarbeiten. Wir haben aktuell das Thema Cannabis.

(Lachen des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich respektiere Ihre Haltung; das ist überhaupt keine Frage.

(Michael Hofmann (CSU): Das glaube ich nicht!)

Es gibt ein Bundesgesetz; dann gibt es ein bayerisches Gesundheitsschutzgesetz. Bei nüchterner Betrachtung besteht überhaupt keine Notwendigkeit, zusätzlich ein neues Gesetz einzuführen. Als Experten für politisch motivierte Bürokratie haben Sie schon gesagt, Sie setzen alle Hebel in Bewegung. Es gibt mehr Kontrolle und mehr Bürokratie.

(Klaus Holetschek (CSU): Das ist notwendig aus Gründen des Gesundheitsschutzes! Ihr zwingt uns dazu!)

Hier sagen Sie lautstark, Sie wollen entbürokratisieren, führen gleichzeitig aber zusätzliche Bürokratie ein. Das ist leider völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, ich habe in Ihren Koalitionsvertrag geschaut. Dort heißt es: Ein Gesetz neu, zwei Gesetze raus, 10 % Verwaltungsvorschriften weg. – Die Frage ist: Was bringt uns das qualitativ? Das sind erst mal nur Zahlen. Wenn man zwei Gesetze zu einem zusammenlegt, was hat man dann gewonnen? – Nichts! Wenn es so einfach wäre, wenn es so billig wäre, dann würde man nicht seit zwanzig Jahren über Entbürokratisierung reden; dann wäre das Problem schon längst gelöst. So ist es halt nicht. Das Entscheidende ist, dass man dann ins Detail, in die Tiefe, ins Kleingedruckte geht. Bislang ist insbesondere der Ministerpräsident der Experte für Großbuchstaben, für Ausrufezeichen. Das Problem liegt im Detail.

(Martin Wagle (CSU): Ihr seid die Experten für heiße Luft!)

Es wird schwierig, wenn man selbst Probleme schafft und dann hofft, dass der bemühte Walter Nussel mit seinen paar Leuten das im Praxischeck wieder auslöffelt. Wir müssen schon vom Grundsatz her anders an die Sache herangehen und eine Verbesserung herbeiführen. Es ist gut, wenn dieser Prozess jetzt gestartet wird. Er kommt spät. Ich hoffe, die Ankündigung ist wenigstens ernst gemeint.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drei erste konkrete Einschätzungen zu Dingen, die gekommen sind: Dachgeschossausbau finde ich gut. Wenn ich richtig informiert bin, steht das schon in der Bund-Länder-Vereinbarung zur Beschleunigung der Entbürokratisierung vom November. Das kommt offenbar daher.

Das Zweite ist das Verbandsklagerecht. Das ist uns wichtig. Am liebsten wäre uns eine Planung, die so gut ist, dass es gar keine Klage braucht. Dafür muss man halt vorher auch Umweltschutzorganisationen in die Planung einbeziehen. Wenn man das Ehrenamt einerseits hochhält, dann aber mit dem Finger auf die Umweltschutzorganisationen zeigt, ist das ein zweiseitiges Schwert. Ich habe mich auch gewundert, als ich gelesen habe, dass der CSU-Bürgermeister von Ottobrunn gegen ein Windrad klagt, das aktuell im Bau ist. Ehrlich gesagt, das wundert mich. Vielleicht muss man auch da erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren, bevor man mit dem Finger auf andere zeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wir brauchen keine Klageindustrie von Verbänden, Herr Kollege!)

Runder Tisch und Bürgerentscheide: Ein Runder Tisch ist immer gut, reden kann man immer. Ich habe schon in der letzten Legislaturperiode, teilweise vom Städtetag, Ideen wahrgenommen, ob man bei Bürgerentscheiden die Kompetenzen etwas beschneiden kann: Müssen die Bürgerinnen und Bürger wirklich über alles entscheiden können bzw. dürfen? Diese Debatte wird geführt. Ich sage Ihnen eines: Wir sind beim Bürokratieabbau dabei. Beim Demokratieabbau sind wir nicht dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Dann wurde noch das Thema Verwaltung angesprochen. Keine Bürgerin und kein Bürger ist gegen Verwaltung, auch nicht die Wirtschaft. Die Verwaltung leidet selbst. Der Fachkräftemangel ist längst in unseren Verwaltungen angekommen. Wir bräuchten dringend die digitale Transformation. Die Realität ist aber, dass man oft schon die Stellen für das Tagesgeschäft nicht gleich besetzen kann, dass wir in einem Personalwettbewerb mit der freien Wirtschaft stehen. Durch den demografischen Wandel wird es eine geringere Anzahl von Arbeitskräften geben. Wenn man sich einerseits schwertut, Personal zu finden, und andererseits sagt, Homeoffice ist uns zu modern,

wir wollen wieder zurück, Teilzeit ist uns auch zu modern, auch da wollen wir wieder zurück, passt das nicht zusammen. Der Staat muss ein attraktiver Arbeitgeber sein, sonst können wir viel beschließen. Das wird dann nicht in die Umsetzung kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was sind die Vorschläge der GRÜNEN? – Seit einigen Monaten sind auch wir dabei, konkrete Entbürokratisierungsvorschläge auszuarbeiten. Wir werden sie in dieses Entlastungspaket, wenn es denn kommt, einbringen, auch mit Änderungsanträgen. Dabei werden wir wie immer vorgehen: Wenn Ihre Vorschläge gut sind, werden wir zustimmen, und wenn sie nicht gut sind, werden wir nicht zustimmen. Sie machen das ja anders: Wenn unsere Vorschläge gut sind, lehnen Sie sie ab und formulieren einen eigenen Antrag. Wir könnten es auch einmal so machen, dass Sie guten Vorschlägen von uns einfach zustimmen. Das wäre ein einfaches Beispiel für Demokratie. Das würde mich freuen. Vielleicht gelingt es uns ja auch einmal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Haushaltsausschuss ist beim ORH-Bericht das Thema Förderprogramme ganz aktuell. An die muss man dringend ran. Es muss eine einheitliche Förderplattform geben, die voll durchdigitalisiert ist. Das würde zur Automatisierung führen und dazu, dass es in der Verwaltung viel schneller gehen würde. Wir bauen immerzu auch eigene Bürokratie auf über solche Förderprogramme. Bevor man wieder ein neues Förderprogramm einführt, muss man sich überlegen – heute ist ja schon wieder eines angekündigt worden für die Kommunen –, ob es das alles immer zwingend braucht. Ich würde Ihnen einen Vorschlag machen, einen mutigen Vorschlag: Es gibt für die Kommunen eine ständig steigende Anzahl an Förderprogrammen. Die kleinen Kommunen können diese sowieso nicht bearbeiten, weil sie im Rathaus gar nicht so viele Leute haben. Mein Vorschlag wäre, die Förderprogramme zu reduzieren und dieses Geld in die Schlüsselzuweisungen zu stecken und den Kommunen zur freien Verwendung zu geben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, genau, da freut sich der Landkreis Freising! Das ist klar!)

Das spart immensen Verwaltungsaufwand und kostet nichts. Das ist ein konkreter Vorschlag, und den können wir umsetzen. Es liegt an uns, diesen umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Punkt. Statistik- und Berichtspflicht. Der Herr Ministerpräsident hat recht mit dem, was er angesprochen hat. Wir haben diese Gespräche ebenfalls geführt. Man stellt sich die Frage, ob es das alles wirklich braucht. Man kann ja alles auswerten, man kann sich bis ins Detail verkünsteln. Gewisse Statistiken werden wir brauchen, um Trends zu erkennen und Strategien zu entwickeln.

Aber die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat uns – ich nehme an, Ihnen auch – ganz klar gesagt und als oberste Forderung suggeriert, dass es einfach zu viel ist. Lassen Sie uns mutig sein und beispielsweise Statistikpflichten für zwei Jahre aussetzen und klar begründen, was es wirklich braucht und was zwingend notwendig ist. Das muss dann auch gemacht werden. Wenn man dem Staat dann einmal seine Daten zur Verfügung gestellt hat, dann muss das reichen. Wir müssen in der Lage sein, untereinander einen datenschutzkonformen Datentransfer zu gewährleisten. Es kann nicht Aufgabe von Unternehmen sein, zigfach dieselben Daten einzutragen. Kollege Mehring, Sie sind in der Pflicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Genau das machen wir ja!)

Dritter Punkt. Jetzt komme ich zum Thema Vergaberecht. Ich finde es ganz interessant, wenn man einmal aus der Katastrophe lernt. Ich denke an die Pandemie und die Allgemeinverfügung. Ich weiß, Sie wollen sich nur ungern damit beschäftigen, diese Pandemie zu analysieren.

(Michael Hofmann (CSU): Quatsch!)

Wenn man die Pandemie analysieren würde, würde man feststellen, dass manche Dinge einfacher waren, weil sie einfacher sein mussten. Man kann sich dann fragen, ob es damals so viel schlechter war. Viele Handwerksbetriebe, die ich in meiner Region kenne, sagen: Spinnst du? An einer öffentlichen Ausschreibung nehme ich nicht mehr teil, weil das Ganze ein Wahnsinnsaufwand ist. Das mache ich nicht mehr.

Viele Kommunen sagen, sie können die Ausschreibung überhaupt nicht mehr rechtssicher gestalten, weil sie immer ein externes Ingenieurbüro und einen spezialisierten Rechtsanwalt brauchen. – Das kann es alles nicht mehr sein. Wenn es hier zu Vereinfachungen und zu höheren Wertgrenzen kommt, kann ich von meiner Seite sagen: Das ist der richtige Weg! Wir müssen wieder zurück auf ein gesundes Maß!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Da sind Sie mit Ihrer Fraktion nicht allein!)

Vierter Punkt. Die Anerkennung ausländischer Fachkräfte. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. Die Menschen aus dem Ausland können etwas, und wir brauchen sie. Aber es dauert teilweise unwahrscheinlich lang, bis die Qualifikationen anerkannt sind – zu lang. Jetzt haben Sie angekündigt, dass bei der Regierung von Mittelfranken zentralisiert werden soll.

Ich kann Ihnen noch ein Beispiel aus dem Kitabereich nennen: Man prüft nicht nur die allgemeine Qualifikation, sondern einrichtungsbezogen prüft man konkret, ob die betreffende Person geeignet ist, im entsprechenden Team tätig zu sein. Dann ist eine Person bei uns im Kindergarten fünf Jahre lang tätig, macht das einwandfrei, bewirbt sich im Nachbarkindergarten, und es braucht eine neue Prüfung, ob das wirklich in Ordnung ist. Das ist doch Wahnsinn! So etwas gehört abgeschafft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme noch einmal kurz auf das Thema Teilzeit zu sprechen. Ich mag das nicht bewerten. Ich gehe nicht her und schreibe den Leuten vor, ob sie Teilzeit oder Vollzeit arbeiten sollen. Nur ein Argument darf es eigentlich nicht mehr geben, nämlich dass Eltern Teilzeit arbeiten müssen, weil kein Krippenplatz mit ausreichender Betreuungszeit zur Verfügung steht, weil kein Kindergartenplatz da ist, weil die Grundschule um 11:20 Uhr zumacht und wir keine Nachmittagsbetreuung haben. Es ist unsere Aufgabe als Staat, hier die sozialen Angebote zu machen. An der Kinderbetreuung darf der Vollzeitjob nicht scheitern, in der Realität scheitert er aber häufig daran. Kitapolitik betrifft die Kinder, betrifft die Eltern, betrifft die bayerische Wirtschaft. Kümmern wir uns endlich aktiver darum! Das wäre für alle Beteiligten dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zum letzten konkreten Punkt. Umgang mit integrierten und arbeitswilligen Asylbewerbern. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: "Wir werden auf Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber dann verzichten, wenn ein fester Arbeitsplatz oder ein Ausbildungsvertrag besteht und keine Straftaten oder Gefährdungslagen vorliegen." – Das ist gut.

27. Februar 2024, Bayerischer Rundfunk: "Drama um Pflege-Azubi: Abschiebung in letzter Minute gestoppt". 3. Juni 2024 – vor zehn Tagen –: "Koch des 'Haidhauser Augustiners' droht Abschiebung". Wann wird es endlich gelingen, dass wir Menschen arbeiten lassen, dass wir die, die sich integrieren, die fleißig sind, die es richtig machen, belohnen? Wann gelingt das endlich? Setzen Sie den Koalitionsvertrag um! Lassen Sie die Leute arbeiten!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Abschließend möchte ich sagen: Uns ist es bei dem Thema ernst. Uns ist das Thema Entbürokratisierung wichtig. Wir werden die Enquete-Kommission unterstützen. Ich möchte allerdings, dass die Enquete-Kommission agil ist, nicht irgendwie zwei Jahre lang einen geheimen Arbeitskreis macht. Wir müssen sofort – on the fly – Lösungen

entwickeln. Wir sind dabei. Ich werde selber teilnehmen, weil ich wissen will, wie es gemacht wird. Ich werde mir das Kleingedruckte anschauen.

(Klaus Holetschek (CSU): On the fly!)

– Herr Holetschek, ich möchte das vorwärtsbringen.

(Klaus Holetschek (CSU): Wir auch!)

Ich sehe es so, dass wir als Politik die Verantwortung haben, das Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen. Das Vertrauen gewinnt man mit guter Arbeit. Wenn wir jetzt zusammen damit beginnen, wäre das gut. Ich freue mich darauf.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Becher, das war eine fulminante Rede.

(Johannes Becher (GRÜNE): Danke! – Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den meisten Teilen im Grunde das wiedergegeben, was der Herr Ministerpräsident gerade in seinem Programm vorgestellt hat. Das meiste haben Sie auch gutgeheißen, von daher Respekt. Wenn Sie sagen, die GRÜNEN wollen einen Vorschlag zum Bürokratieabbau bringen, dann kann ich einen nennen: Beenden Sie die Ampel in Berlin. Das wäre Bürokratieabbau pur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johannes Becher (GRÜNE):

Das ist keine bayerische Zuständigkeit, Herr Kollege! – Zuruf von den GRÜNEN)

– Lassen Sie Gott lieber aus dem Spiel. – Meine Damen und Herren, wir leben in einer Welt

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

des Wandels. Gerade in den letzten Tagen und Wochen haben wir wieder einmal gesehen, dass nichts beständiger als das Unbeständige ist. Die Geschichte kennt kein Ende, sie geht immer weiter. Deswegen muss man sich immer weiter an die Geschichte anpassen. Man muss neue Wege gehen und neue Herausforderungen annehmen.

Wir, die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, sind berufen, um kluge Entscheidungen zum Wohle unserer Heimat zu treffen. Meine Damen und Herren, für die Regierungsfractionen ist klar, dass der Souverän im Land die Bürgerinnen und Bürger sind, auf die wir hören. Ihnen haben wir zu dienen. Die Menschen im Land sind keine Habeck'schen Versuchskaninchen, sondern sie haben ihre Würde, und wir müssen den Dienst an ihnen leisten und dürfen nicht irgendwelche Dinge ausprobieren und schauen, wie die Leute reagieren. Solche ideologiegetriebenen Entscheidungen lehnen wir ab. Die Ideologien rufen letztlich Bürokratie hervor.

Wir machen es uns nicht leicht. In der Regierungserklärung von heute wurde ein Bündel an Maßnahmen für alle Bereiche des Freistaates vorgestellt, ein Bündel an Maßnahmen, bei denen man sicher so oder so entscheiden könnte. Aber man muss den Mut haben, Entscheidungen zu treffen. Man darf Entscheidungen nicht hinauszögern. Diesen Mut hat die Bayerische Staatsregierung heute mit dieser Regierungserklärung bewiesen. Es handelt sich um ein Gesamtkonzept der Bayerischen Staatsregierung. Aus allen Fachbereichen und Ministerien sind Teile enthalten. Man sieht den großen Thinktank, der dahintersteht, und die vielen Ideen, die eingeflossen sind. An erster Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder für diese Regierungserklärung danken, aber auch allen Fachministern und Fachministerien, die sich eingebracht, mitgearbeitet und Ideen geliefert haben. Das zeigt: Diese Bayernkoalition lebt, hat Power und Kraft – dank unserer Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist mal Selbstmotivation!)

Es gibt auch andere Politiker und Parteien in diesem Haus, die lieber über TikTok ihre Versprechen abgeben. Sie machen vermeintlich immer alles richtig – auf TikTok. Sie kommen besserwisserisch daher, haben aber letztlich noch nie irgendwo Verantwortung getragen. Sie haben noch nie wirklich irgendwo etwas für unsere Heimat geleistet. Meine Damen und Herren, diese Utopisten brauchen wir in der Regierung und in der Politik auf keinen Fall. Das sind Menschenfänger und Blender, die in die Irre führen. Meine Damen und Herren, als Regierungsfractionen haben wir einen Schulterchluss, den wir beibehalten werden. Dieses Programm werden wir umsetzen. Das Programm enthält vieles aus dem Koalitionsvertrag. Das Thema Energie ist eine große Aufgabe und eine große Herausforderung. Herr Becher, fahren Sie Auto?

(Johannes Becher (GRÜNE): Gelegentlich!)

– Ja, man merkt, dass Sie nur gelegentlich Auto fahren. Wenn Sie einmal durch unsere bayerische Heimat fahren würden, würden Sie sehen, wie viel an erneuerbaren Energien in den letzten fünf Jahren entstanden ist. Sie würden sehen, wo die neuen Photovoltaikanlagen stehen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie werden abgeschaltet, weil zu wenig Netzkapazitäten vorhanden sind! Das ist das Problem!)

Sie würden erkennen, dass Sie eigentlich in einem Paradies leben, das Sie mit Ihren Ideen nur kaputt machen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin froh, dass wir bei der Windkraft einen Schritt vorausgegangen sind. Wir haben die 10-H-Regelung modifiziert. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter und erleichtern die Genehmigungsverfahren, um schneller und besser voranzukommen. Somit werden wir ein Land für erneuerbare Energien. Das heutige Bekenntnis zur heimischen Wasserkraft, Herr Ministerpräsident, ist ein starkes und notwendiges Bekenntnis, das wir

brauchen; denn Wasserkraft ist Heimatenergie, und Heimatenergie gehört in Heimat-hand, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Wasserstoffstrategie soll weiter fortgeführt und ausgebaut werden. Das geplante Leitungsnetz soll Wasserstoff für die Zukunft transportieren. Wir investieren auch in neue Kraftwerke, die mit Wasserstoffturbinen Strom und die Leistung für die Zukunft sicherstellen. An dieser Stelle möchte ich unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger danken, der sich zu einer Zeit für Wasserstoff eingesetzt hat, als noch keiner daran geglaubt hat. Gerade deswegen hat Bayern die Nase vorn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das sind mal brave Koalitionspartner!)

– Wir sind das, was Sie in Berlin eben nicht sind. Sie sind ein zerstrittener Haufen, bei dem die eine Hand nicht weiß, was die andere Hand macht. Dann kommt noch eine meistens gelbe dritte Hand dazwischen, die das ganze System noch einmal stört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Bis zur Selbstaufgabe!)

– Belehren Sie uns bitte nicht, wie Koalition geht. Sie sind in Berlin auch nur die Zaungäste, die aus Bayern ein wenig hinüberspitzen. Sie meinen zu wissen, wie Koalition geht. Das brauchen Sie uns nicht sagen. Lieber Klaus, wir wissen, wie es geht. Wir haben die letzten fünf Jahre gut geübt. Sie brauchen keine Angst zu haben.

Über Digitalisierung kann man viel reden, aber wir machen. Unser Digitalisierungsmi-nister Fabian Mehring schreitet kräftig voran. Wichtig ist, dass die Prozesse und die Standards vereinheitlicht werden. Die Vereinheitlichung ist wichtig, um mehr Schlagkraft zu entwickeln. An dieser Stelle ist es gut, dass wir diesen super Risikokapital-fonds haben. Das war eine langjährige Forderung unseres Digitalministers, der uns in

manchen Gesprächen in der Fraktion tierisch genervt hat. Das ist aber genau das, was wir brauchen, um die Start-ups nach vorne zu bringen. Wir sind das Start-up-Land Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland. München hat Berlin überholt, und das ist gut. In den Start-ups werden die Ideen von morgen entwickelt. Das sind die Firmen von morgen. Dort entstehen die Arbeitsplätze von morgen. Mit den Arbeitsplätzen entstehen die Unternehmen von morgen.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Wir brauchen eine gute Wirtschaft. Wir müssen in der Entwicklung immer etwas schneller sein als die anderen. Wenn wir schneller sind, haben wir in Bayern Unternehmen, die auch in Bayern erfolgreich sind. Sie produzieren Geld und Wohlstand für uns alle. Letztendlich brauchen wir Unternehmen, die erfolgreich sind.

Letzte Woche haben wir den Haushalt beschlossen. Welches Geld geben wir aus? – Das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das Geld, das in Betrieben und Unternehmen erarbeitet worden ist. Nur wenn wir erfolgreich sind, können wir uns einen guten Sozialstaat und einen guten Kulturstaat leisten. Dann können wir sehen, dass vieles funktioniert.

Herr Becher, vorhin haben Sie vom Hochwasserschutz geredet. Ja klar, aber auf der anderen Seite brauchen wir eine funktionierende Ökonomie, damit wir das Geld haben, um diesen Hochwasserschutz und viele andere Naturschutzmaßnahmen auch realisieren zu können. Wenn man die Wirtschaft kaputt macht, geht dieses Geld verloren.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie machen die Natur kaputt!)

Dann funktionieren am Ende auch der Naturschutz und der Klimaschutz nicht mehr. Man braucht halt Geld.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb wollen wir diejenigen unterstützen, die die Leistungsträger in unserem Land sind, nicht diejenigen, die nur die Hand aufhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Damit sind wir beim Fachkräftemangel. Wir brauchen die Fachkräfte. Wir sind uns alle einig, dass diejenigen, die arbeiten und arbeiten wollen, bei uns in Bayern eine Zukunft haben sollen und haben müssen. Wo sie herkommen, ist zweitrangig. Ist einer anständig und arbeitet, stehen ihm die Türen offen. Sie haben auf den Koalitionsvertrag verwiesen. Die Beispiele, die Sie genannt haben, befriedigen uns nicht. Wir arbeiten daran, dass der Koalitionsvertrag auch in die Verwaltungspraxis einsickert und dort gelebt wird. Das ist ganz wichtig. Wir wollen – gleich kommen wir zur Bürokratie –, dass die Entscheidungsträger in der Bürokratie, unsere Beamtinnen und Beamten und unsere Angestellten in den Behörden, mehr Entscheidungsfreiheit haben. Sie sollen nicht irgendwo gebunden sein, sondern freier entscheiden können. Wir sollten ihnen von der Politik aus den Rücken stärken. Der Ermessensspielraum, den wir als Gesetzgeber ins Gesetz hineinschreiben, soll letztlich auch gelebt werden.

Aber wenn wir von Bürokratieabbau reden oder von der Bürokratie als Geisel der modernen Zivilisation, müssen wir aufpassen, dass es nicht falsch verstanden wird. Was hier nicht falsch verstanden werden darf – und deswegen möchte ich es hier noch mal ganz deutlich klarstellen –, ist: Die Beamten und Beamtinnen des Freistaates Bayern, die Angestellten des Freistaates Bayern sind die Leistungsträger unserer Verwaltung. Eine gute Verwaltung braucht diese Menschen. Denen sei hier mal in erster Linie gedankt, dass sie da sind und diese Arbeit für das Gemeinwohl und für uns alle im Lande tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, gerade der öffentliche Dienst ist nicht das Problem, sondern er ist die Lösung des Problems. Wir müssen hier die Akteure stärken, und wir müssen auch die entsprechenden Vorgaben machen. Deswegen ist es gut, wenn wir

hier es uns zu eigen machen und die Staatsregierung es sich zu eigen macht, hier anzusetzen und Bürokratie abzubauen, mehr Eigenverantwortung zu wagen und mehr Vertrauen in die eigenen Behördenstrukturen, aber auch mehr Vertrauen in unsere Unternehmerinnen und Unternehmer sowie mehr Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger dieses Staates zu setzen und weniger Kontrolle auszuüben. Das heißt dann auch weniger Dokumentationspflichten, weniger Statistiken.

Das ist bei den GRÜNEN wiederum anders. Da ist ein grundsätzliches Misstrauen da gegen die Unternehmer, gegen die Bürgerinnen und Bürger. Man muss kontrollieren, dass ja keiner etwas falsch macht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist Ihre Wahrnehmung! Das muss ja nicht die Wahrheit sein!)

– Es ist die Wahrnehmung der meisten Menschen im Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn irgendwo ein Fehler gemacht wird, muss man wieder Hunderte Vorschriften machen, damit dieser Fehler nie wieder passiert. Aber das wird nicht funktionieren; denn Fehler passieren immer, weil Menschen fehlerhaft sind. Deswegen brauchen wir hier eben auch eine andere Fehlerkultur, die es erlaubt, mal einen Fehler zu machen, ohne dass es dann sofort die Karriere kostet oder man einen anderen Arbeitsplatz suchen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johannes Becher (GRÜNE): Das ist richtig! Aber die ständige Selbstbeweihräucherung müsste dann auch weniger werden! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wie viele machen ständig Fehler!)

– Wir haben vielleicht Weihrauch, ihr habt Cannabis. Weniger rauchen, mehr Weihrauch, das gehört nach Bayern, meine Damen und Herren!

(Johannes Becher (GRÜNE): War das ein Koalitionsangebot?)

– Nein, das sicher nicht.

(Heiterkeit – Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist die Zeit für kreative Ideen, es ist die Zeit, neu voranzuschreiten, und es ist die Zeit, dass wir Bayern ein Stück weiter nach vorne bringen; denn es geht uns hier gut, es läuft gut, aber man muss die Zeichen der Zeit erkennen und handeln. Die Bayerische Staatsregierung ist eine Regierung, die handelt, die macht, die tut – zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger, zum Wohle unseres Landes.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Was macht ihr konkret?)

– Habt ihr die letzte Stunde nicht zugehört? Es gibt eine Kurzfassung, darin könnt ihr es nachlesen, soweit ihr dessen mächtig seid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Also erst mal in Berlin besser machen. Aber das scheint nicht so zu funktionieren. Von daher schreiten wir hier voran.

(Zuruf von den GRÜNEN: Haben die FREIEN WÄHLER auch Vorschläge?)

Wie gesagt: Danke schön, Herr Ministerpräsident, danke schön an das ganze Kabinett, danke schön auch an beide Fraktionen. Wir haben jetzt hier einiges an Arbeit vor uns. Die Enquete-Kommission ist ein wichtiges Instrument, das aus dem Schoß der Fraktionen geboren worden ist – hier besonderer Dank an Klaus Holetschek –, mit dem wir die Hydra Bürokratie anpacken und versuchen, nicht nur einen Kopf zu entfernen, sondern auch den Rest.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Von daher hat mir das alles gut gefallen. Nur ein Satz am Schluss, Herr Ministerpräsident, hat mich etwas irritiert, als Sie vom weiß-blauen Imperium gesprochen haben. Wir sind ein Freistaat, und ein Freistaat ist eine Republik. Wir als Parlamentarier lieben diese Republik.

(Florian von Brunn (SPD): Danke, Herr Streibl! – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Es gibt eine bestimmte Anlehnung! – Heiterkeit)

– Ich kenne die Anlehnung, aber

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist zwar nicht in der Enzyklika drin, aber es gibt noch andere!)

wir sehen uns hier eher als die Jedi-Ritter

(Unruhe)

und von daher als Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern steht, die weiß-blaue Republik steht. Mit ihr und auf ihr steht die Koalition. Gott schütze unsere Heimat, Gott schütze unser Land. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Prof. Dr. Hahn vor.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN, die FREIEN WÄHLER bekämpfen ja nicht nur unsere blaue Opposition bis aufs Ärgste, sondern stellen sie hier auch immer wieder als demokratiefeindlich hin. Dabei fordert die AfD flächendeckende Volksentscheide. Man höre und staune!

Ihr FREIE-WÄHLER-Chef Aiwanger, der heute leider nicht da ist, hat gestern veröffentlicht, dass die Staatsregierung zum Bau von Windindustrieanlagen im Wald keine Bürgerentscheide mehr erlaubt. Man höre und staune! Ist nicht genau das ein weiterer Beweis Ihrer Demokratiefeindlichkeit?

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Michael Hofmann (CSU): Das ist schon wieder gelogen!)

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Herr Prof. Hahn von der AfD,

(Heiterkeit)

das muss man dazusagen, damit die Leute es auch wissen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Antworten Sie lieber!)

– Sie sind ja eigentlich nicht an Antworten interessiert,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Windkraftanlagen!)

weil das Ganze nur irgendwie in Ihr Sendeformat bei TikTok reinpassen muss, das Sie eigentlich immer nur missbrauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Bürgerentscheide!)

Genau das zeigt das ja: An einer richtigen Diskussion und am Austausch sind Sie ja gar nicht interessiert. Sie sind nur daran interessiert, Propaganda im Internet zu machen.

(Zurufe von der AfD: Antworten Sie doch!)

– Das gehört zur Antwort dazu, weil Sie nach der Demokratie gefragt haben. Wenn man solche Mittel wie Sie anwendet, dann hat man ein Problem mit der Demokratie,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Windkraftanlagen!)

weil man eben hier den Diskurs gar nicht haben möchte, sondern weil man hier nur Material sammelt, um das dann seinen geneigten Hörerinnen und Hörern anzubieten, um hier in seiner Blase Stimmung zu machen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Antworten Sie doch einfach!)

Wissen Sie was, das ist Demokratie pur! Sie sind – –

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Ja, okay. – Sie haben den Unterschied zwischen Gemeinwohl und Eigenwohl nicht verstanden. Sie sehen halt bloß Eigenwohl, –

(Zurufe von der AfD: Redezeit!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Streibl.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** – und wir denken an das Gemeinwohl.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Fraktionsvorsitzenden Herrn Florian von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben ja gestern angekündigt, dass es heute nicht um den Bund und nicht um die Ampel geht. Der Witz war gut!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das war kein Witz!)

Es geht also heute gar nicht um Ihre Kanzlerkandidatur. Oder ist Ihr Bürokratieplan vielleicht auch als Karriereturbo für Sie gedacht? Ich fände es schade, wenn es nicht um die Kanzlerkandidatur ginge, weil Sie da immer sehr aktiv waren. So wie 2020

während Corona: Da haben Sie alles knallhart durchgezogen. Armin Laschet kann sich noch gut daran erinnern. Insofern wäre die Kanzlerkandidatur natürlich die Maßnahme, die alles am meisten beschleunigt.

Wissen Sie, was ich mir während Ihrer Rede gedacht habe, als es zum Beispiel um Intel ging? Intel hat ja seine Standortentscheidung getroffen, auch weil hier die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien nicht gesichert ist.

(Widerspruch bei der CSU)

– Dann kam das Geld. Verdrehen Sie bitte nicht die Wahrheit. – Die Frage ist, ob jemand Kanzlerformat hat, der nur andere Bundesländer runtermacht, um sich selbst größer zu machen. Das stelle ich hier infrage.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sie müssen mal zuhören!)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie sich aufregen: Ich bin wirklich froh, dass heute kein Wahlkampf ist. Wir haben keinen Wahlkampf mehr. Woran ich das merke? Daran, dass der Herr Ministerpräsident sogar Vorschläge aus dem Deutschlandplan übernimmt, den der Kanzler initiiert hat,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

zum Beispiel den Dachgeschossausbau aus unserem Bau-Turbo. Copy-and-paste von Olaf Scholz. Wer hätte gedacht, dass es das jemals gibt?

(Zurufe)

Aber mit dem korrekten Zitieren hat man es bei Ihnen nicht immer so ganz genau genommen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Alles falsch!)

Wir haben auch vieles gehört, was in Bayern angepackt werden soll. Ja, das sehen wir als SPD genauso. Vieles muss endlich angepackt werden. Es reicht nicht, wenn man immer nur darüber redet, es reicht nicht, wenn man es nur ankündigt. Wir wollen, dass jetzt gemacht wird statt immer nur geredet. Bei Ihrem Amtsantritt 2018, Herr Söder, haben Sie schon vieles angekündigt.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Alles gemacht!)

Allerdings ist vieles bis heute nicht umgesetzt. Es gibt weder die 10.000 Wohnungen der BayernHeim noch einen garantierten Pflegeplatz für alle in Bayern. Da können Sie doch nicht sagen, es ist alles gemacht.

Übrigens haben Sie ein ganz wichtiges Beschleunigungsthema komplett ausgelassen. Das steht bei uns als SPD ganz oben auf der Prioritätenliste, das muss dringend massiv beschleunigt werden, nämlich der Hochwasserschutz in Bayern, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist ein schlimmes Beispiel für die unerträglich lange Dauer, bis Großprojekte in Bayern fertig sind. Hier geht es um Leib und Leben der Bevölkerung, um enorme wirtschaftliche Schäden für Private und für Unternehmen. Das Pfingsthochwasser in Deggendorf, die Sturzflut in Simbach und jetzt das Hochwasser haben Menschenleben gekostet und Schäden in Milliardenhöhe angerichtet. Da schockiert es mich umso mehr, dass zum Beispiel der Flutpolder Katzau an der Donau seit fast einem Vierteljahrhundert geplant wird. Aber er ist immer noch nicht fertig. Dabei soll er Regensburg schützen, das gerade ganz knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt ist. Das ist doch verrückt. Wir müssen Menschenleben und Milliardenwerte schützen, und Sie kommen einfach nicht vorwärts. Wo ist denn da die Beschleunigung, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes aktuelles Beispiel ist das Wasserrückhaltebecken bei Dinkelscherben: Seit 24 Jahren versprochen und bis heute nicht fertig! Der BR schreibt: "Die Planung begann, als der Bundeskanzler noch Gerhard Schröder hieß und Erich Ribbeck die Nationalmannschaft trainierte." – Das ist Wahnsinn. Beim jüngsten Hochwasser wurden die Orte Dinkelscherben, Zusmarshausen und Altenmünster so heftig überschwemmt wie noch nie. Die Bürgermeister sagen ganz offen: Daran ist der fehlende Hochwasserschutz schuld. – Dafür tragen Sie mit Ihrer Regierung die Verantwortung, Herr Söder, und nicht die Ampel. Aber dazu kein einziges Wort, kein Vorschlag von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Menschen sind durch das Hochwasser schlimm betroffen. Sie sind verzweifelt, sie sind wütend angesichts dieses Versagens. Das muss jetzt gelöst und angepackt werden. Der Ausbau von Flutpoldern und Hochwasserschutz muss jetzt nach fast 25 Jahren endlich beschleunigt werden. Wo sind da Ihre Vorschläge? Wo soll da beschleunigt werden? Daran werden wir Sie messen, Herr Söder, im Interesse der Menschen und auch der Wirtschaft in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die gefährlichen Verzögerungen beim Hochwasserschutz liegen auch an Zockerei und an Widerstand vor Ort. Auf Wutbürger und auf bestimmte Landwirte geht Hubert Aiwanger gerne ein. Ich sage Ihnen aber, es gibt zu viele Egoisten. Auf die darf man nicht eingehen, wie Sie das jahrelang gemacht haben. Die protestieren nicht nur gegen Windräder, sondern auch gegen Kitas und sogar gegen Hochwasserschutz. Sie legen Bayern und Deutschland lahm, und das können wir nicht akzeptieren, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Für uns als SPD ist klar, der Schutz der Bevölkerung und das Gemeinwohl gehen vor Egoismus. Das ist für uns die Lehre aus den letzten Tagen, verehrte Damen und Herren.

Städte und Gemeinden können Hochwasserschutz alleine oft nicht gegen Privatinteressen durchsetzen. Manchmal ist es so: Der Bürgermeisterkollege flussaufwärts will sich den ganzen Ärger nicht antun, und deswegen lässt das Wasserrückhaltebecken für die Nachbargemeinde weiter unten am Fluss auf sich warten. – Aber das müssen wir lösen. Es ist doch alternativlos, das zu bauen. Da muss man den Mut haben, das anzupacken. Deswegen sage ich: Übernehmen Sie mit dem Freistaat die Verantwortung dafür. Übernehmen Sie die Verantwortung für die Durchsetzung von Hochwasserschutz überall. Das ist eine Nagelprobe für Ihr Beschleunigungsprojekt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine Frage von Bevölkerungsschutz, von Schutz für Wirtschaft und Infrastruktur. Das ist Ihre Verantwortung in Bayern. Das ist die Voraussetzung für Kanzler. Wer in diesem Land kanzlertauglich sein will, der muss das Allgemeinwohl gegen Einzelinteressen durchsetzen können, Herr Söder. So schaut es nämlich aus.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Wie bei Cum-Ex, oder? – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Dann muss Scholz sofort zurücktreten!)

Die langsame Umsetzung von so wichtigen Projekten liegt natürlich auch an Bürokratie, das liegt an unsinnigen Regelungen. Eine dieser unsinnigen, ja schädlichen Regelungen ist Ihr fataler Windkraftstopp, die 10-H-Regelung. Sie ist schuld. Sie sind schuld, dass wir bei der Windkraft so weit hinten sind. Sie haben diese ganze Verhinderungsbürokratie immer noch nicht komplett abgeschafft.

Dazu kommen weitere Hemmnisse. Der Bayerische Rundfunk berichtet, dass es selbst in sogenannten Windvorranggebieten immer noch bürokratische Hürden gibt, zum Beispiel Höhenbeschränkungen für Windräder. Die Folgen können Sie nicht

schönreden. Nur magere 7 neue Windräder gab es im letzten Jahr. Auch in diesem Jahr geht es nicht richtig vorwärts. Sie haben vorhin NRW kritisiert. 135 Genehmigungen in Nordrhein-Westfalen; 9 in Bayern. Das ist die Wahrheit, Herr Söder, und nicht Ihre Verdrehungen und Unwahrheiten über die Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen die Windkraft. Das sagen alle Experten. Sie liefert bezahlbaren Strom für Menschen und Wirtschaft, besonders in der Nacht und im Winter, wenn die Sonne nicht liefert. Das Industrieland Bayern kann es sich nicht leisten, dass wir bei der Windkraft so schwach sind. Nebenbei bemerkt: Sie verhindern damit niedrigere Strompreise. Deswegen fordern wir: Weg mit den Resten von 10 H. Beseitigen Sie endlich die hausgemachten Hindernisse. Die anderen Probleme lösen wir.

Zum Thema "Uniper und Wasserkraftwerke" möchte ich schon mal eines sagen: Sie wollen jetzt Wasserkraftwerke für teures Geld zurückkaufen, die Herr Stoiber privatisiert hat, und die Zeche dafür zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das muss man an der Stelle auch mal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen das. Aber ich frage mich, nachdem diese Entscheidungen im Uniper-Management getroffen werden: Hat jemand von Ihnen schon mal da angerufen? Gab es da schon Gespräche? Dazu habe ich noch kein einziges Wort gehört.

Wir werden die Probleme jedenfalls angehen. Wir werden jetzt den Bau von Stromspeichern und auch von Umspannwerken im Baurecht privilegieren. Wir werden dafür sorgen – ein ganz aktuelles Thema –, dass man auf bestehende Stromleitungen neue zusätzliche Kabel aufziehen kann. Auf bestehende Strommasten! Das ist bitter notwendig, so absurd es klingt; denn vor Kurzem hat zum Beispiel die Regierung von Oberbayern in einem Fall der Stadtwerke München entschieden, dass es dafür ein

Planfeststellungsverfahren braucht. Das bedeutet eine Verfahrensverlängerung um zwei bis drei Jahre, nur um ein zusätzliches Kabel aufzuziehen. Ein Wahnsinn.

Hatten Sie nicht gerade angedeutet, Herr Ministerpräsident, die Bezirksregierungen könnten es besser? – Die Erfahrungen sind da teilweise anders. Wir kennen das zum Beispiel, wenn es um die jahrelang dauernde, quälende Zulassung von neuen Trambahnen geht.

Das Problem mit solchen Leitungen zum Beispiel werden wir auch in Berlin lösen. Aber Sie müssen in Bayern tatsächlich für eine neue Einstellung sorgen. Die muss lauten: "Möglich machen statt verhindern und verzögern". – Aber dazu gehört auch, und das ist gerade schon angesprochen worden, genügend Personal; denn ohne dieses Personal geht es nicht.

Wir warten schon lange auf diese Beschleunigung. Sie reden ja auch schon lange darüber, ohne dass da viel passiert ist. Ich nenne mal ein Beispiel: Herr Stoiber hat nach seiner Zeit als Ministerpräsident in Brüssel sieben Jahre lang, von 2007 bis 2014, die Arbeitsgruppe Bürokratieabbau geleitet. Schon 2010 hat Ihr CDU-Kollege Andreas Schwab aus dem Europäischen Parlament über Stoibers Bilanz gesagt – ich zitiere –: "Ich hatte nie allzu große Hoffnung, aber dass so wenig herauskommt, hat mich überrascht." – Hier in Bayern haben wir seit sechs Jahren einen Bürokratiebeauftragten der Staatsregierung.

(Klaus Holetschek (CSU): Der macht gute Arbeit!)

Sie sagen immer, er erreicht viel. Ich weiß nicht, was er erreicht, aber er kostet mit seinen Mitarbeitern und seinem Dienstwagen erst mal viel Geld.

(Klaus Holetschek (CSU): Er ist jeden Cent wert!)

Offenbar ist nicht so viel rausgekommen; denn sonst würden Sie nicht heute so groß über Beschleunigung und Bürokratieabbau reden müssen.

Herr Holetschek, offenbar haben auch die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN bisher keinen rechten Glauben daran. Warum sollten sie sonst eine Enquete-Kommission des Landtags dafür einsetzen? – Aber ich sage auch: Wir sind gerne dabei. Wir unterstützten das. Wir sind gerne dabei; denn Bürokratieabbau ist dringend notwendig. Die Bürokratie in Deutschland und Bayern belastet und überfordert die Menschen. Sie belastet und lähmt die Wirtschaft und verzögert einfach alles. Sie kostet Unsummen an Geld. Deswegen müssen wir die Bürokratie abbauen. Wir müssen nicht alles bis ins kleinste Detail festschreiben und regeln, sondern wir müssen der Eigenverantwortung und dem gesunden Menschenverstand mehr Raum geben, um die Welt wieder etwas einfacher zu machen. Das ist eine sehr wichtige Sache, die wir jetzt anpacken und im Interesse von Wirtschaftswachstum und Wohlstand voranbringen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Aber für Wirtschaftswachstum und Wohlstand brauchen wir nicht nur weniger Bürokratie, sondern vor allem auch mehr Arbeitskräfte; denn die schaffen die Werte. Das ist für uns ein ganz zentrales Thema. Dazu habe ich von Ihnen heute zum ersten Mal etwas gehört. Wir haben das in Berlin mit einer ganz wichtigen Maßnahme angepackt, dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Aber wir müssen noch mehr machen. Wir müssen auch Eltern ermöglichen, mehr zu arbeiten, wenn sie wollen. Deswegen haben wir den Rechtsanspruch auf den Ganztagskindergarten auf den Weg gebracht. Viel zu viele gut ausgebildete Frauen müssen zu Hause bleiben oder können nur Teilzeit arbeiten, weil sie nicht genug Kinderbetreuung haben. Sie fehlen als hoch qualifizierte Arbeitskräfte und haben später Minirenten. Das ist richtig schlecht für sie und für uns alle, verehrte Damen und Herren. Dazu hätte ich mir auch mal ein Wort von Ihnen gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir mehr Fachkräfte für die Wirtschaft und ordentliche Renten für die Frauen wollen, dann brauchen wir mehr guten Ganztage und mehr bezahlbare Kitas. So einfach ist das. Dafür ist schon Renate Schmidt als SPD-Bundesfamilienministerin eingetreten, eine tolle Frau, eine echte Anpackerin aus Nürnberg.

(Beifall bei der SPD)

Die hat nicht nur geredet, sondern die wusste das aus eigener Erfahrung. Sie hat das auf den Weg gebracht.

Also: Anstatt den Bedarf kleinzurechnen, sollten Sie jetzt lieber mehr Geld in die Kitas und in den Ganztage geben, damit unbürokratisch mehr Betreuung angeboten werden kann.

Natürlich geht es auch darum, bürokratische Hemmnisse abzubauen. Wir können in Bayern zum Beispiel – auch dazu habe ich nichts gehört – viele Schulen gar nicht für den Ganztage nutzen, obwohl viele Bürgermeister das wollen. Die Leidtragenden sind die Kinder und die Familien. Verpflichten Sie jetzt die Schulen zur Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden. Dann bekommen wir die notwendigen Räume für den Ganztage und müssen nicht für teures Geld neu bauen. Das hilft der Wirtschaft, schont die Nerven von verzweifelten Eltern und schont den Geldbeutel unserer Städte und Gemeinden. Deswegen wollten wir das machen.

Außerdem müssen wir in Bayern die Ifo-Studie zur fehlenden Chancengleichheit in der Schule ernst nehmen, nicht schlechtreden. Wir können es uns nämlich nicht erlauben, Talente zurückzulassen. Wir dürfen keine Kinder zurücklassen, die großes Potenzial haben, aber vom Elternhaus nicht gefördert werden. Das ist wirtschaftspolitisch dumm und ungerecht. Deswegen müssen wir das jetzt in Bayern ändern, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Als Vertreter der SPD sage ich Ihnen übrigens ganz klar: Wir machen nicht mit, wenn Sie Arbeitnehmer:innen-Rechte untergraben wollen. Stattdessen brauchen wir in Bayern – das werden wir immer wieder einbringen – ein Faire-Löhne-Gesetz für bessere Bezahlung und mehr Tarifverträge. Das haben hart arbeitende Menschen in Bayern verdient. Darauf warten sie schon viel zu lange, verehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Überstunden kostenfrei zu stellen wäre auch ein Ansatz!)

Zu den Stichworten Demokratie und Bürgerbegehren: Wir machen nicht mit, wenn Sie weniger Demokratie wollen! Wir von der SPD wollen immer schon mehr Demokratie. Davon werden wir auch nicht abrücken.

(Klaus Holetschek (CSU): Darum geht es doch gar nicht!)

Die Digitalisierung kann helfen, das Leben einfacher zu machen. Sie kann helfen, Planungen zu beschleunigen. Da sind wir voll dafür. Aber wenn wir über ein unbürokratisches und einfaches Leben reden, dann muss man das auch einfach machen. Der Onlinezugang und vieles bei der Digitalisierung ist an vielen Stellen sehr kompliziert. Da müssen wir ehrlich sein. Auch in Bayern. Das ist meine Erfahrung. Wir wollen, dass die Digitalisierung für alle Menschen gut und einfach zugänglich ist. Sie darf ältere Menschen, Menschen mit Handicap und andere nicht ausschließen. Das ist uns als SPD bei der Digitalisierung wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, sehr gut fanden wir Ihre Vorschläge für Vereine in Bezug auf Vereinsfeste. Da gehen wir voll mit. Das ist ein sehr guter Vorschlag. Kostenfreiheit und Erleichterungen kommen genau an der richtigen Stelle an. Das ist notwendig.

Aber eines will ich Ihnen noch sagen, wenn es um Zukunft und Fortschritt geht. Ich habe gerade im "Focus" das Interview mit Herbert Diess gelesen, dem ehemaligen VW-Chef. Der hat dort für erneuerbare Energien, E-Mobilität und Wärmepumpen eine

Lanze gebrochen. Für ihn ist das eine Riesenchance, gerade für die deutsche Industrie. – Genauso ist es, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir können uns doch jetzt keinen Rückschritt leisten, Rückschritt zu Kohlekraftwerken und Verbrennungsmotoren. Wir brauchen Mut zur Zukunft, also zu Windkraft, Wärmepumpen, Stromspeichern und Stromleitungen – und ja, auch zur E-Mobilität!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vorgestern, Herr Söder, waren wir gemeinsam beim 100. Geburtstag des Walchenseekraftwerks, das der bayerische Pionier Oskar von Miller bauen hat lassen und das Edmund Stoiber verkauft hat. Sie haben Oskar von Miller zu Recht gefeiert in Ihrer Rede, weil er Mut und Weitsicht bewiesen hat und bei der Energiewende klaren Kurs gehalten hat. Oskar von Miller hat an der Elektrifizierung der Eisenbahn gearbeitet. Er war sozusagen ein Pionier für die E-Mobilität. Wenn Sie ihn feiern, wäre es gut, seinem Beispiel zu folgen. Hören Sie also auf, Fortschritt und Klimaschutz populistisch infrage zu stellen. Wir als SPD, wir als Ampel gestalten lieber den notwendigen Wandel, sodass er für alle bezahlbar und sozial ist. Darüber lohnt es sich, politisch zu streiten: für sozialen Klimaschutz und Fortschritt ohne Populismus und Ideologie. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Kerstin Schreyer.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe übrigens gerade die Redezeit nicht. Es wäre fein, wenn man die anmachen würde. – Ah, danke schön.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie haben sehr viel!)

– Genau, Herr Becher. Herr Becher auf Sie wollte ich eh als Erstes zu sprechen kommen. Das passt jetzt ganz gut. Ich habe Sie sehr gut verstanden, als Sie gesagt

haben, Sie hätten die Rede vom Herrn Ministerpräsidenten gerne vorher gehabt. Mir geht es auch so. Ich muss jetzt nämlich bei meiner schrecklichen Schrift versuchen, mich da in irgendeiner Form durchzuhangeln. Aber der Vorteil an der Stelle ist: Wenn man gut zugehört hat, geht es auch. Ich glaube, Ihre Rede war ausgedruckt. Insofern hätte sich, wenn Sie die Rede des Herrn Ministerpräsidenten vorher gehabt hätten, an Ihrer Rede wahrscheinlich nichts geändert. Ich vermute, sie wäre gleich geblieben. Ich habe versucht, wirklich hinzuhören.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich bin in Etlichem abgewichen vom Redeskript!)

– Genau, aber Sie hatten ein Redeskript. Ich habe jetzt keines, weil ich zugehört habe und versucht habe, mich an der Rede zu orientieren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber ich teile Ihre Situation. Ich hätte die Rede auch gerne vorher gehabt. Das geht halt nicht, weil, wie ich vermute, der Herr Ministerpräsident noch bis spät in die Nacht überlegt hat, was wie machbar ist, und sich in Abstimmungsprozessen befunden hat. Ich erwarte auch von ihm, dass er bis zum Schluss mit aller Kraft versucht, für dieses wunderschöne Bayern alles zu geben. Das macht er auch. Daher bin ich sehr froh und auch sehr dankbar für diese Regierungserklärung. Das möchte ich an der Stelle auch formulieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr von Brunn, Sie haben ein paar Punkte angesprochen, auf die ich gerne kurz eingehen würde. Besonders verwundert war ich, dass Sie bis zu Renate Schmidt zurückgehen mussten, um überhaupt einen SPD-Politiker zu finden, den man in Bayern kennt. Ich war verwundert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genauso war ich verwundert, dass Sie über die Rente der Frauen gesprochen haben. Da ist die CSU schon weiter. Wir möchten gerne eine gute Rente für Männer und Frauen, und wir möchten, dass sich Männer und Frauen bei der Erziehung von Kindern einbringen, nicht nur die Frauen.

(Zuruf von der SPD)

Insofern ist das Entscheidende, wirklich beide Geschlechter zu berücksichtigen und beide in die Verantwortung zu nehmen. Wir schreiben niemandem vor, wer welchen Teil übernimmt. Die Damen und Herren dürfen das in ihrer Familie für sich so entscheiden, wie sie es möchten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vorhin hat der Ministerpräsident den aus meiner Sicht wirklich wichtigen Ansatz gebracht: Wenn eine neue Regelung kommt, sollten dafür zwei raus. – Herr von Brunn, nur zur Information: Das SPD-Programm heißt eher "Zwei Abgeordnete raus, ein neuer rein". Das haben Sie auch am Sonntag versucht. Hier geht es aber um den Staat. Ich teile Ihre Einschätzung: Wir haben viel zu viele Egoisten in diesem Land. Da haben Sie völlig recht. Das stimmt.

Der Herr Ministerpräsident hat aus meiner Sicht heute etwas ganz Besonderes geschafft. Er hat es zum einen geschafft, die große Linie aufzuzeigen, wohin wir in Bayern wollen. Er hat aber zum anderen auch die Sorgen und Nöte in Einzelpunkten aufgeführt, ganz konkret nicht nur die große breite Linie, sondern auch Einzelpunkte, zu denen er gesagt hat: Hier müssen wir besser werden. – Herr Ministerpräsident, ich erlaube mir, jetzt zu sagen: Für mich war das genau die Regierungserklärung, in der es auch darum geht, die Leistung der Fleißigen mal wieder in den Vordergrund zu stellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Genau das ist der Unterschied: die Agenda für die Fleißigen und die Frage, an wen ich welches Geld wann wie verteilen muss. Genau das ist schwer zu beantworten. Wir

haben einen Sozialstaat; wir brauchen aber auf der anderen Seite auch einen Staat, in dem sich die Menschen motiviert sehen weiterzuarbeiten. Das ist halt der Unterschied zum Bürgergeld in Berlin. Da wird nur überlegt, wer Geld bekommt. Die Ukrainerinnen werden sogar indirekt an der Arbeit gehindert, indem man ihnen sagt: Du kannst auch das Bürgergeld nehmen, statt arbeiten zu gehen. – Obwohl die arbeiten wollten! Die waren fleißig, die waren da, die wollten. Aber man hat eine Regelung geschaffen, mit der man sie daran hindert zu arbeiten.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was für ein Blödsinn!)

Die IHK hat eine Studie vorgestellt, in der steht: Von 1991 bis heute waren 17 % mehr Menschen erwerbstätig; die Anzahl der Arbeitsstunden ist aber nur um 2 % gestiegen. – Das ist eine Aufgabe, über die wir uns unterhalten müssen. Was bedeutet denn der Wunsch, weniger Stunden zu arbeiten? – Die Zahl der Arbeitsstunden ist im Übrigen in dem Zeitraum um 13 % gesunken. Genau deshalb ist es richtig, dass der Ministerpräsident die Fast Lane für ausländische Fachkräfte angekündigt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Ja, es ist wichtig, dass wir Möglichkeiten finden, damit das schneller und unbürokratischer geht. Ich höre immer, man hätte alles schon machen können. Ich glaube, dass vieles gemacht wurde. Natürlich muss es immer wieder das Bayern-Update geben. Wir können doch nicht einfach nur stehen bleiben. Wir müssen das immer weiterentwickeln.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Genau das tun wir an der Stelle auch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Besonders froh bin ich als Wirtschaftspolitikerin, natürlich auch mit Blick auf den Mittelstand und das Handwerk, dass wir hier moderne Finanzierungsinstrumente bekom-

men: Die Höchstbeträge bei der LfA steigen, und man kommt den Start-ups entgegen. Herr Ministerpräsident, ich glaube, wir sind gemeinsam stolz darauf, dass wir hier so viele Start-ups haben. Genau deswegen müssen wir schauen, dass sie das Geld auch bekommen, wenn sie in die zweite oder dritte Finanzierungsrunde müssen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir hier jetzt Möglichkeiten bekommen, diese Unternehmen wirklich auch zu unterstützen.

Ebenso sehe ich auch den Transformationsfonds und denke daran, wie viele Unternehmen sich heute aufgrund der Gegebenheiten verändern müssen. Wichtig ist, dass hier was passiert. Ich sage: Vielen Dank für den Aufschlag. Er wird für die bayerische Wirtschaft einen Riesenfortschritt bringen. Vielen Dank dafür, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich geht es weiter. Warum muss man denn die Regelungen, die angesprochen wurden und die sich bewährt haben, ständig wieder neu erfinden? – Genauso nenne ich das Vergaberecht und das Statistikmoratorium: Das ist doch das, was die Wirtschaft wirklich stresst. Sie hat ständig vor lauter Statistik keine Zeit mehr, ihre eigentliche Arbeit zu machen. Ständig geht es um irgendwelche Formulare, die ausgefüllt werden müssen. Das unterscheidet uns halt von manch anderer Fraktion hier: Uns ist wichtig, dass wir es unbürokratisch und schnell hinbekommen. Deswegen bin ich an der Stelle auch sehr froh über diese sehr konkreten Vorschläge. Das ist eben nicht nur ein Überschriften-Bilden. Herr von Brunn, glaube ich, war es, der gesagt hat: Er versteht nicht, dass man immer nur die großen Buchstaben schreibt. Ich weiß jetzt nicht mehr, wer von Ihnen das gesagt hat.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das war ich!)

– Das war der Herr Becher, Entschuldigung. Man könnte auch auf die Idee kommen –  
–

(Florian von Brunn (SPD): Gut zuhören ist wichtig!)

– Das ist völlig richtig, Herr von Brunn. Wenn es sich lohnt, höre ich gern zu.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Entschuldigung, Herr Becher, das war bei Ihnen. Ich glaube, dass es wirklich wichtig ist, auch die großen Überschriften und die großen Buchstaben zu bilden.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Das ist halt der Unterschied zu dem, was in Berlin passiert: Da werden immer nur die kleinen Buchstaben gebildet. Aus Klein-Klein wird halt nichts. Deswegen schreiben wir lieber groß,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die Überschrift reicht nicht! – Johannes Becher (GRÜNE): Die Überschrift allein langt noch nicht! Das wollte ich damit sagen!)

und die Wirtschaft ist uns dafür an der Stelle auch sehr dankbar.

Ganz wichtig sind die Themen Runder Tisch und Bürgerentscheide: Der CSU-Fraktion – ich darf es deutlich sagen – ist daran gelegen, immer im engen Austausch mit der Bevölkerung zu sein. Bürgerentscheide sind ein wichtiges Instrument.

Das Zweite ist: Wir haben gerade sehr große Aufgaben in der Energiewende. Genau deswegen wird es wichtig sein, dass wir die Instrumente miteinander besprechen. Wie können die ausschauen, damit sie nicht nachher die Energiewende behindern? – Genau deswegen ist es für mich eine große Freude, dass dieser Runde Tisch stattfinden wird.

Herr Hahn, heute werde ich mit Ihnen schließen. Sie bekommen jetzt ziemlich viel Aufmerksamkeit von mir; aber das ist mir in dem Fall wichtig.

(Thomas Huber (CSU): Muss das sein?)

– Das ist mir wirklich wichtig. – Ich habe das Zitat jetzt nicht wörtlich mitschreiben können. Insofern können Sie natürlich korrigieren. Aber ich habe mitgeschrieben, dass

Sie gesagt haben: Sie möchten gerne, dass wir wieder mehr auf die Menschen setzen, die schon länger hier sind. 1980 hätten elf starke Jungs auf dem Platz die EM gespielt, und am Ende seien sie Europameister geworden. Sie möchten, dass wir jetzt wieder ein anderes Ergebnis haben als vor zwei Jahren mit dieser Regenbogentruppe. – Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Genau diese Form, Menschen zu diskreditieren, kann ich nicht unterschreiben. Mir ist völlig egal, ob jemand blond und blauäugig ist oder nicht und woher er kommt. Wir haben Menschen bei uns, und ich persönlich freue mich immer darüber, wenn unsere Mannschaft startet, egal wie sie aussieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Herr Hahn, das ist jetzt nicht an Sie persönlich, sondern an den Grundduktus der AfD gerichtet, den ich jedes Mal wieder höre. Deswegen möchte ich es Ihnen formulieren – keine Sorge, ich kriege die Kurve: Schauen Sie mich an. Ich bin blond, blauäugig, hier geboren, heterosexuell und katholisch. Ich werde bis zum Ende meines Atems darum kämpfen, dass das in diesem Land keine Rolle spielt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):  
Was wollen Sie denn damit sagen?)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist der Kollege Johannes Meier.

**Johannes Meier (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren! Die deströse und ideologisch betriebene Wirtschaftspolitik aus Berlin hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Bundesrepublik, sondern auch auf den Freistaat Bayern. Umso mehr ist es natürlich zu begrüßen, dass dies heute auch Anlass der Regierungserklärung ist.

Herr Ministerpräsident Söder, vieles, was Sie geäußert haben, ist wahrlich vielversprechend; aber ebenso gehört zur Wahrheit dazu, dass die CSU selbst Anteil an dieser Schieflage hat.

(Beifall bei der AfD)

Beispiele wären die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, das Lieferkettengesetz auf Bundesebene oder auch der Ausstieg aus der Kernkraft. Das sind nur ein paar Punkte. Sie haben als Person und auch als Ministerpräsident schon in den vergangenen Jahren – das wurde erwähnt – nicht gerade damit geglänzt, eine eigene Überzeugung zu besitzen und diese auch kräftig nach außen zu vertreten.

Ich möchte hier anführen: Fukushima war vor der Katastrophe noch ein Beispiel dafür, dass Kernkraft eine Brückentechnologie ist. Danach wollten Sie bis 2022 den Ausstieg aus der Kernenergie. Im Jahr 2023 wollten Sie das Atomkraftwerk Isar 2 dann weiterbetreiben. Als CSU-Generalsekretär forderten Sie bereits 2007, dass bis 2020 der Verbrennermotor quasi nicht mehr zugelassen wird. Im Wahlkampf – das haben wir erst kürzlich wieder erlebt – vertraten Sie dann wieder eine ganz andere Position. Genauso verhielt es sich 2018: Da forderten Sie Grenzsicherung, Zurückweisung und ein Ende des Asyltourismus. Das sind alles Forderungen der Alternative für Deutschland. Wenn das die CSU äußert, dann ist das bürgerlich, konservativ und rechtschaffen;

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das stimmt doch gar nicht!)

aber wenn die AfD das äußert, dann ist es rechtsextrem. Den Unterschied müssen Sie mir auch noch mal erklären.

(Beifall bei der AfD)

Dann lief die Wahl 2018 nicht so gut. Daraufhin kam erneut als Reaktion von Ihnen – Sie sind da sehr sportlich – die Rolle rückwärts. Das Grundrecht auf Asyl war dann wieder unantastbar für Sie. Aus den im Wahlkampf 2018 versprochenen Sach- statt Geldleistungen wurde dann auch nichts.

Um abzuschließen: Ich habe noch ein schönes Bild im Kopf, wie Sie einen Baum umarmen. Sie wurden auch mal gefragt, für was die GRÜNEN stehen. Da meinten Sie: für Bevormundung, für unbegrenzte Zuwanderung, für höhere Steuern. Auch hier haben Sie Ihre Meinung dann wieder geändert und äußerten sich: Schwarz-Grün hätte einen großen Reiz. Das wäre die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

(Lachen bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, mit den eigenen Überzeugungen ist es eben so eine Sache. So meinte einst Friedrich Nietzsche: "Überzeugungen sind Gefängnisse." Herr Ministerpräsident, ich kann Sie an dieser Stelle wirklich nur beglückwünschen: Sie sind wahrlich ein freier Mann.

(Lachen und Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Wenn Sie auch andere Sachen von Nietzsche so vortragen könnten, wäre das nett!)

Bei den Haushaltsberatungen wurden bereits einige unserer Anträge angesprochen und erwähnt. Dazu gehörte auch der Bau neuer Kern-, Kleinwasser-, Gaskraftwerke und auch das Programm "Biogas ans Netz" sowie die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgaben. Herausstellen möchte ich hier auch unser "Kimm Hoam"– bzw. "Komm nach Hause"-Programm zur Rückgewinnung ausgewanderter Fachkräfte. Vorweg: Migration ist keine Lösung. Dazu ein paar Zahlen: 2023 fehlten in Bayern knapp 160.000 qualifizierte Fachkräfte. Der Wertschöpfungsverlust für bayerische Unternehmen lag bei knapp 18 Milliarden Euro. Allein im Jahr 2022 – wir haben es auch schon gehört – kamen 30.000 Asylbewerber aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, Iran und Irak sowie 150.000 Geflüchtete aus der Ukraine. Hier muss man schon einmal erklären, wie ein Fachkräftemangel entstehen kann, wenn so viele Menschen mit Arbeitswillen nach Deutschland und Bayern kommen.

Das könnte auch daran liegen, dass 60 bis 70 % der Ausländer, die aus Afrika und dem Nahen Osten kommen, gar keinen Berufsabschluss haben. Über 30 % haben nicht einmal einen Schulabschluss. Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt

ist somit sehr kostspielig und kann auch keine direkte und effektive Lösung für den Fachkräftemangel darstellen.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich ist es richtig, dass es auch hier Menschen gibt, die sich sehr wohl integrieren, gar keine Frage, die arbeiten gehen, sich weiterbilden und ihren Platz gefunden haben. Das möchte ich nicht in Abrede stellen. Diese Menschen leiden aber auch genau unter den Menschen, die das nicht möchten. Sieht man sich die Zahlen seit 2015 an, kann man feststellen, dass knapp 50 % der Menschen in Arbeit sind. Eine Seite möchte dies als großen Erfolg feiern. Ich finde, das ist definitiv kein Erfolg. Das ist eine sehr kleine und geringe Zahl. Das kann kein Maßstab für eine erfolgreiche Integration sein.

Die Probleme zu benennen, ist übrigens auch der erste Schritt zur Lösung. Das ist auch kein Rassismus, sondern schlichtweg Realismus!

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede erwähnt, dass der Prozess der Beschleunigung und Modernisierung ein Prozess für die Wirtschaft ist und sein soll, bei dem alle Fraktionen dazu eingeladen sind, diesen zu stimulieren. So haben Sie es gesagt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Die demokratischen Fraktionen!)

– Wir sind auch eine demokratische Partei und Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Alles gut. – Eine effektive Lösung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wäre auch, abgewanderte Fachkräfte wieder zurückzuholen. So haben wir von 2014 bis 2022 allein in Bayern 78.000 gut qualifizierte Fachkräfte verloren, 97 % davon mit

Schulabschluss und 85 % mit abgeschlossener Lehre, und 22 % entsprachen dem Expertenniveau.

Daher haben wir – jetzt versuche ich, es für die GRÜNEN noch einmal ein bisschen bairischer auszusprechen; ich hoffe, Sie sind jetzt ein bisschen zufriedener – den "Kimm Hoam"-Antrag eingebracht,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist kulturelle Aneignung!)

um attraktive Anreize schaffen zu können.

Eine weitere nachhaltige Lösung wäre es auch, in die eigene Jugend zu investieren. Hier werden wir als AfD-Fraktion in Zukunft einen Antrag einbringen, der zum Beispiel beinhaltet, die Schulen darauf vorzubereiten und Menschen in die Klassen einzuladen, die aus verschiedensten Berufsgruppen kommen, die ihre Arbeit vorstellen, so die Attraktivität steigern und für ihre Berufe werben können, sei es für die sozialen Berufe wie Altenpflege und Co., sei es für Berufe wie Florist oder Metzger, für das Handwerk, für das Finanzwesen oder für kaufmännische Berufe.

Ebenso gibt sehr viele junge Menschen, die ein Einser-Abitur haben, aber nicht studieren möchten. Diese Menschen wären auch sehr gut für unseren Arbeitsmarkt, wenn sie eine Ausbildung starten würden. Daher wäre unser Ansatz, hier auch einmal ein Stipendienprogramm für hochbegabte, ausbildungswillige Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Auch sollte man auf Bundesebene einmal den Ansatz in Erwägung ziehen, die Ausbildungsvergütung für Auszubildende in einer betrieblichen Ausbildung bis zu einer Höhe von 800 Euro sozialversicherungsfrei zu stellen. Dies würde nicht nur die Betriebe entlasten, sondern den Azubis auch mehr netto überlassen.

Zum Abschluss möchte ich sagen, in vielen Medien geistert herum, die AfD sei eine Bedrohung für die Wirtschaft und den Standort.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das sagt die Wirtschaft selber!)

Dr. Theodor Weimer hat sich neulich erst zur direkten Frage geäußert, ob der Anstieg des Rechtspopulismus und der rechten Parteien eine Gefahr die Wirtschaft wäre, und seine Antwort lautete ganz klar Nein. Wir arbeiten gerne konstruktiv, aber ideologiefrei mit. Die AfD war und ist nie ein Problem für die Wirtschaft gewesen. Die AfD ist die Lösung!

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich danke für die Regierungserklärung. Angesichts der bevorstehenden Europameisterschaft möchte ich es wie folgt formulieren: Das war eine starke Kabinensprache des Coaches. Jetzt gilt es, auf dem Platz zu liefern! Das ist jetzt unsere Aufgabe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Leider sind wir in Deutschland in den letzten Jahren europa- und weltweit dramatisch zurückgefallen, und auch wenn Bayern in Deutschland Spitze ist, ist das auch am Freistaat nicht spurlos vorübergegangen. Das müssen wir ändern! Das hat Ursachen. Das hat natürlich eine Hauptursache in der derzeitigen Ampel-Regierung in Berlin. Aber die Wahrheit lautet auch, dass sich das Problem schon vorher angedeutet hat, nach 16 Jahren Angela Merkel, die überwiegend positiv waren, mit einer Regierungschefin, die vieles moderiert und Krisen – mit Ausnahme der Flüchtlingskrise – gut bewältigt hat, die aber sehr stark auf Konsens gesetzt hat, anstatt das zu tun, was in der Politik auch manchmal notwendig ist, eine klare Kante zu zeigen und einmal Nein zu sagen. Sie hat vieles integriert und gesellschaftlich befriedet, aber auch dazu beigetragen, dass sich Speck angesetzt hat und viele Prozesse etwas träge geworden sind. Hier hätte es einen Regierungschefs nach Angela Merkel bedurft, der die Ärmel hochkrempelt und schärfere Kante zeigt.

Leider hatten die Wähler nur die Wahl zwischen Olaf Scholz und Armin Laschet. Beide sind nicht unbedingt diejenigen, die für Ärmel-Hochkrepeln und Aufbruch stehen. Nun ist Olaf Scholz an der Regierung und hat auch noch zwei Schwergewichte, die rechts und links an ihm hängen. Dabei kann eigentlich nichts Besseres herauskommen. Deswegen ist natürlich die Hoffnung, dass sich im nächsten Jahr etwas ändert. So lange können wir aber nicht warten. Wir müssen jetzt handeln, und das heißt auch, dass diejenigen, die hier in Verantwortung stehen, das Ihre dazu beitragen müssen, dass der Motor wieder kräftiger läuft und wir besser vorankommen.

Ich möchte drei Punkte herausgreifen: Der erste Punkt ist, dass wir wieder besser mit unseren Leistungsträgern umgehen müssen. Wir brauchen einen anderen Spirit als den, der derzeit im Bund herrscht, dass wir allen gerecht werden wollen, insbesondere denjenigen, die wenig bis gar nichts dazu beitragen, dass es uns besser geht. Das ist ein Irrweg! Das Bürgergeld ist dafür ein Symbol. Eine Erhöhung um 12 % hätten die Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmer und Unternehmer in diesem Land auch gerne, aber es kann nicht sein, dass wir konsumieren, wenn wir nicht kraftvoll investieren. Das machen wir in Bayern zwar anders als im Bund, aber wenn im Bund so kräftiger Gegenwind weht, können unsere Initiativen in Bayern auch nur bedingt wirken.

Deswegen lautet mein Appell: Wir müssen wieder stärker auf Leistungsträger setzen. Leistungsträger – jetzt komme ich wieder zum Fußball zurück – sind nicht nur diejenigen, die die Torschützenliste anführen, sind nicht nur Torhüter, die mit spektakulären Paraden Tore verhindern, sind, wenn ich es auf die Arbeitswelt ummünze, nicht nur die Gutverdiener, sondern alle, die mit ihrer Kraft, ihrer Arbeit und ihrem Steuergeld dazu beitragen, diesen Staat am Laufen zu halten. Diesen Spirit müssen wir wieder stärker betonen. Das ist die erste Forderung, die wir hier erheben müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr von Brunn hat die Egoisten gezeißelt. Das fand ich sehr spannend! Er hat aber auch gesagt, er will nicht an die Bürgerbeteiligung und die Demokratie herangehen. Na

ja, das heißt sich ein wenig, lieber Herr von Brunn. Warum? – Weil Sie – und da spreche ich Sie persönlich an, weil Sie dafür auch persönlich stehen – den Respekt vor und die Achtung von Minderheiten – auch da stecken Egoismen drin – dadurch ersetzen, dass Sie jede Minderheit der Mehrheit gleichstellen wollen. Dieses Unwort der Gleichstellung müssten wir mal kräftig hinterfragen. Ja, manches muss man gleichstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Frauen!)

Aber Gleichstellung ist das Gegenteil von Gleichheit, das Gegenteil von Chancengleichheit, lieber Herr von Brunn.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Johannes Becher (GRÜNE))

Chancengleichheit heißt, dass jeder an die Spitze kommen kann.

(Florian von Brunn (SPD): In welcher Welt leben Sie denn?)

Das, was Sie machen, nämlich Gleichstellung, heißt, dass derjenige, der an der Spitze ist, zurückgesetzt werden muss, und der, der hinten ist, nach vorne gesetzt werden muss. Das ist Sozialismus pur. Das ist von Brunn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE):  
So ein Blödsinn! – Florian von Brunn (SPD): Frauen sind Minderheiten? – Johannes Becher (GRÜNE): Sind Frauen jetzt Minderheiten, oder wie?)

– Lieber Kollege Becher, das ist jetzt aber ein sehr verqueres Menschenbild. Ich sprach von Minderheiten. Sie reden von Frauen. Schauen Sie mal in die Statistik. 51 % der Bevölkerung sind Frauen. Das sind keine Minderheiten. Da würde ein bisschen Empirie nicht schaden.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wissen leider nicht, was Gleichstellung ist!)

Jede Minderheit wollen Sie gleichstellen? – Damit nehmen Sie auch Freiheit weg. Das ist genau der Punkt. Wir brauchen mehr Freiheit. 1976 gab es mal den schönen Slogan: "Freiheit statt Sozialismus". Mehr Freiheit und weniger Gleichmacherei und Gleichstellung – das ist wichtig. Gleichheit und Chancengleichheit ja, Gleichmacherei und Gleichstellung nein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Jetzt kommen wir zum dritten Punkt: Bürokratieabbau.

(Florian von Brunn (SPD): Einfach mal die Fenster aufmachen und frische Luft reinlassen, Herr Pohl!)

Herr Kollege Becher, ich war tief beeindruckt vom ersten Teil Ihrer Rede. Das war fast so, als wollten Sie eine Bewerbungsrede für einen Übertritt in unsere Fraktion halten. Nur hat das mit grüner Politik nichts zu tun. Nicht einmal im Ansatz hat das mit grüner Politik zu tun. Wer steht denn für Bürokratie? – Die Bürokratiepartei in Deutschland sind die GRÜNEN, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Tim Pargent (GRÜNE): Grüne Bürokratie aus Bayern, und die bauen Sie jetzt wieder ab!)

Ich will Ihnen das auch belegen. Sie haben einen Punkt angesprochen. Da werden wir Sie an der Nase packen. Da werden wir mal schauen, ob Ihren Worten auch Taten folgen.

Ich war sehr beeindruckt, Herr Ministerpräsident, dass Sie das Thema der Verbandsklage angesprochen haben.

(Florian von Brunn (SPD): Das würde Ihnen gefallen, gell?)

Wir haben in Deutschland seit über hundert Jahren ein gutes Prinzip, dass jeder, der sich gegen Akte öffentlicher Gewalt zur Wehr setzen will, dies tun kann, wenn er persönlich betroffen ist. Er braucht eine Klagebefugnis. Er muss in eigenen Rechten verletzt sein. Die Gerichte sind nicht dazu da, die Gerechtigkeitsvorstellungen jedes Einzelnen zu realisieren oder eine allgemeine Fehlerkontrolle zu betreiben. Nein, sie sind dazu da, Menschen zu helfen, die in ihren eigenen Rechten betroffen sind.

Das haben wir sträflich aufgeweicht, indem wir Lobbyorganisationen die Möglichkeit geben, gegen Entscheidungen des Staates vorzugehen. Dabei sind wir übrigens sehr selektiv vorgegangen. Der BUND Naturschutz ist eine Lobbyorganisation, die klagebefugt ist; der Bayerische Brauerbund ist es selbstverständlich nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau dadurch eröffnen wir die Möglichkeit, sinnvolle und richtige Entscheidungen gewählter Vertreter und der darauf aufbauenden Verwaltung zu torpedieren. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Bürokratie ist in ihrem Grundsatz zunächst einmal wichtig, weil sie dazu dient, Entscheidungsprozesse zu standardisieren und damit sogar zu beschleunigen. Aber durch Bürokratie geben wir auch die Möglichkeit, Entscheidungen, die getroffen sind, in die Länge zu ziehen, sie zu torpedieren und trotz des Willens der Entscheidungsträger letztlich zu verhindern. Dafür gibt es ganz, ganz viele Beispiele. Deswegen ist der Wegfall eines Verbandsklagerechts ein elementarer Baustein dafür, dass Bürokratie abgebaut wird, Prozesse beschleunigt werden und Infrastruktur entsteht.

Klar ist, dass es in einer Zeit, in der Besitzstände zu wahren sind, natürlich Tendenzen gibt, vieles zu schützen. Der Schutz ist das Gegenstück zur Freiheit. Wenn man zu viel schützt, hat derjenige, der ins Risiko gehen und etwas voranbringen will, sehr hohe Hürden zu überwinden. Davon müssen wir wieder wegkommen; wenn wir uns zu Tode schützen, ist keiner mehr bereit, ins Risiko zu gehen. Das heißt aber auch – das ist ebenfalls ganz klar, und dessen müssen wir uns bewusst sein –: Wenn wir einen Schutzstatus senken, besteht natürlich die Gefahr, dass Schäden entstehen und auch

schlimme Dinge passieren. Klar, das müssen wir einpreisen; das müssen wir wissen. Dazu müssten wir auch bereit sein.

Die Frage ist aber tatsächlich: Können wir es uns leisten, für jede Eventualität hundert Regelungen zu haben, die in 95 % der Fälle gar nicht zur Anwendung kommen? – Ich sage Nein. Wenn wir uns zu Tode regulieren, werden wir nicht auf Platz 19 stehen, sondern auf den allerletzten Platz der Industrienationen zurückfallen, und das können und dürfen wir uns nicht leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Bürokratieabbau erfordert Mut, Herr Kollege Becher. Den Mut haben Sie heute zum Ausdruck gebracht. Ich freue mich schon auf die Debatten, wenn es darum geht, den Schutzstatus zu senken, wenn es darum geht, Verbandsklagerechte zu eliminieren, wenn es darum geht, die Interessen der Ihnen natürlich geneigten Lobbys – die Umweltverbände, die Naturschutzverbände und viele andere mehr – auch einmal zu reduzieren. Ich bin gespannt, wie wir dann die Debatten führen. Aber es war zumindest ein guter Auftakt. Deswegen spreche ich mein Kompliment aus. Gerade für einen Politiker von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war das nicht selbstverständlich.

Wir werden Sie aber, wie gesagt, beim Wort nehmen. Wir werden gemeinsam – die Regierungsfraktionen und die Opposition – die Ärmel hochkrempeln, um das umzusetzen, was uns der Ministerpräsident heute ins Stammbuch geschrieben hat. Wir müssen besser werden. Wir müssen uns von Ballast befreien und auf das Wesentliche konzentrieren. Dann werden wir Bayern gemeinsam voranbringen. Ich sage: Packen wir's an, krempeln wir die Ärmel hoch, gehen wir an die Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute in der Regierungserklärung haben wir viele Ankündigungen gehört. Herr Söder, es wäre doch sehr gut, wenn Sie Ihre Regierungserklärung wirklich vorher an uns geben könnten. Man hat es jetzt gesehen. Frau Schreyer hat gesagt, das sei über Nacht erstellt. Dann hätte man vielleicht in den Reden der Abgeordneten Ihrer Regierungskoalition auch etwas Inhalt, der sich auf die eigentliche Regierungserklärung bezieht. Das war jetzt bisher nicht der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN:  
Oh!)

Tatsächlich sind ein, zwei Punkte im Energiebereich dabei, bei denen wir sagen: Ja, das macht Sinn. Aber das Ganze reicht hinten und vorne nicht, Herr Ministerpräsident. Ich bin tatsächlich geschockt, ich bin wirklich geschockt, dass Sie heute, im Juni 2024, sagen: Jetzt sind wir auf Strom aus Leitungen angewiesen. – Herr Söder, wo waren Sie denn in den letzten zehn Jahren? Wie auf einen kranken Gaul haben wir die letzten zehn Jahre auf Sie hier eingeredet und gesagt, dass wir mehr Windkraft und mehr Leitungen brauchen. Und was haben Sie gemacht? – Sie haben 10 H rausgestampft. Sie haben massiv gegen die Leitungen gekämpft. Als Umweltminister haben Sie im April 2015 Sperrzonen bzw. Sperrgebiete für Leitungen beschlossen. Das war Ihre Politik. Sie haben die Leitungen als "Monstertrassen" bezeichnet. Diese Leitungen könnten heute fertig sein. Das ist alles Ihre Politik. Damals war die Ampel noch gar nicht an der Regierung. Sie haben blockiert; das müssen wir jetzt irgendwie auslöffeln.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Blödsinn!)

Sie übernehmen heute in Bayern die Politik, die wir GRÜNE seit Jahren fordern. Wir fordern seit Jahren den massiven Ausbau der Windkraft. Wir fordern seit Jahren den

Ausbau der Leitungen. Wir fordern seit Jahren die Zurückführung von Wasserkraftwerken von Uniper in die staatliche Hand. Endlich haben Sie es begriffen. Sie müssen es dann aber auch durchziehen. Bisher war die Halbwertszeit Ihrer Ankündigungen minimal. Wir hoffen darauf, dass sich das jetzt deutlich ändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben konstruktive Mitarbeit eingefordert. Es gibt einen Punkt, den wir unterstützen: Die neuen HGÜ-Leitungen sollen als Freileitungen gebaut werden. Damit sparen wir Zeit und auch enorm viel Geld. Wir stehen als Fraktion geschlossen dahinter. Herr Söder, Ihr Motto "Oberirdisch dort, wo möglich; unterirdisch dort, wo nötig" macht aber keinen Sinn. Wir können eine HGÜ-Leitung nicht gleich dem Weg eines Regenwurms bauen, der mal ab- und wieder auftaucht. Staatssekretär Kirchner ist in seiner Region genauso dagegen wie Dorothee Bär, Thorsten Schwab oder Alexander Hoffmann. Diese sind alle von Ihrer Fraktion und gegen Freileitungen. In einigen Regionen taucht die HGÜ-Leitung ab, woanders taucht sie wieder auf. Das ist keine Beschleunigung. Das ist keine Kosteneinsparung. Wir brauchen klare Ansagen. Das fordern wir von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Stümpfig, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kerstin Schreyer zu?

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Ich lasse die Zwischenbemerkung am Ende meiner Rede zu. – Die Probleme im Energiebereich sind von Ihnen hausgemacht. Wenn wir auf die Windkraft schauen, stellen wir fest: Deutschlandweit gingen bis heute 224 Windkraftanlagen in Betrieb. In Bayern stehen davon 4. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind über 50 Windkraftanlagen gebaut worden. Herr Pohl hat gerade die Fußball-europameisterschaft genannt. Ginge es um Windkraftanlagen, stünde es im Spiel Nordrhein-Westfalen gegen Bayern bei 50 : 4, im Spiel Niedersachsen gegen Bayern bei 50 : 4. Herr Söder, wenn Sie einen Betrieb fragen, wo er sich künftig ansiedeln

möchte – Windkraft ist die billigste Stromform –, kommt er dann auf die Idee zu sagen, dass er zum Verlierer geht? – Nein! Der wird zum Gewinner gehen. Der wird in andere Bundesländer gehen. Das ist Ihre Politik hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben heute gehört: Die Windkraft wird in Bayern gepusht. Ich gestehe zu: Es gibt minimale Ansätze. Ist das aber Ihr ganzer "Push"? Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist wirklich nur Pfusch, was Sie, Herr Söder, heute geliefert haben! Wir müssen endlich 10 H abschaffen. Die Regelung ist ein Bürokratiemonster gewesen und ist es heute immer noch. In Bayern weht Wind. Das müssen Sie jetzt endlich mal betonen. Sie haben jahrelang gesagt, in Bayern wehe kein Wind. Das können nur Sie berichtigen.

Wir müssen es endlich einmal schaffen, an Regeln des Bundes anzuknüpfen, und zwar dort, wo der Bund jetzt wirklich Bürokratie abbaut. So wird etwa das Brutvogelmonitoring geändert. Regelungen für Dichtezentren werden geändert. Das nehmen Sie und verkomplizieren das Ganze. Sie unterlaufen die Beschleunigungsmaßnahmen des Bundes und packen überall noch etwas drauf. Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Hören Sie endlich auf!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das stimmt nicht!)

– Doch, Herr Söder, das stimmt. Schauen Sie doch einmal rein, was in Dichtezentren und mit Brutvogelkartierungen geschieht. Das ist maximale Bürokratie. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Nur so funktioniert es. Die Regelungen zu den Staatsforsten sind für die Kommunen maximal unfreundlich. Man kann einen Runden Tisch machen. Das macht aber doch alles keinen Sinn. Wir brauchen endlich eine Energiepolitik aus einer Hand. Deswegen möchte ich Ihnen abschließend zurufen: Die Korrekturen Ihrer fehlerhaften Energiepolitik der letzten zehn Jahre be-

grüßen wir. Das Ganze kann nur gelingen, wenn es nicht wieder ein Strohfeuer ist, wie wir es in den letzten Jahren hatten, wenn Sie nicht ständig Ihre Meinung ändern, wenn Ihre Ankündigungen nicht eine minimale Halbwertszeit haben. Bayern als Wirtschaftsstandort ist in Gefahr. Daran haben Sie Schuld.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Sie gehen rein und raus mit Ihren Ankündigungen. Sorgen Sie endlich für verlässliche Rahmenbedingungen für Bayern.

(Michael Hofmann (CSU): Quatsch! Wer kommt denn auf so was? Unglaublich!)

Stopp der Rein-raus-Politik der Söder-Regierung! Packen Sie endlich tatkräftig an!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Oh Mann, kommen Sie raus aus Ihrem Tunnel!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich erteile der Kollegin Kerstin Schreyer von der CSU zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Herr Stümpfig, ich möchte zwei Punkte ansprechen. Ich finde es spannend, wie Sie mir das Wort im Mund umdrehen. Zu jeder der bis jetzt gehaltenen Regierungserklärungen hat irgendeiner aus Ihrer Fraktion gesagt, die Regierungsfaktionen würden bevorzugt, sie bekämen alle Unterlagen vorher. Ich sage Ihnen: Das ist diesmal anders. – Und dann bekomme ich von Ihnen auch noch das Wort im Mund umgedreht. Wissen Sie was? – Wir alle haben gewusst, dass es um Wirtschaft gehen wird. Wir alle haben gewusst, dass es um Energie geht. Zwar haben wir die Details nicht gekannt; aber durch aufmerksames Zuhören kann man diese erfahren. Dass Sie mir das Wort im Mund umdrehen, finde ich, ehrlich gesagt, ziemlich übel.

Ich würde gerne Folgendes wissen. Herr Abgeordneter Paul Knoblach, der bekanntlich Ihrer Fraktion angehört, hat sich kürzlich öffentlich gegen Leitungen positioniert.

Wie stehen Sie dazu? Es gibt einen "Runden Tisch SuedLink". Zum Dialog haben Sie den Vorsitzenden der Gegeninitiative zu dieser Trasse als Mitarbeiter mitgenommen. Ich wüsste gerne, wie das zusammenpasst mit der Beschleunigung des Ausbaus der Trassen. Ich wüsste gerne, wie Sie sich dazu positionieren und warum Sie Gegner der Trasse SuedLink als Mitarbeiter zu Gesprächen mitnehmen.

(Staatssekretär Sandro Kirchner: Hört, hört!)

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Frau Schreyer, Sie haben in Ihrer Rede ganz klar gesagt, Sie hätten die Rede nicht bekommen. Wir beide sind jetzt schon längere Zeit hier im Parlament. Es hat mal eine Vereinbarung gegeben, nach welcher man Regierungserklärungen vorab allen zukommen lässt; denn dann kann man sich auch vorbereiten. Das hat es zumindest während der ersten Zeit hier im Hohen Hause gegeben. Diese Praxis hat der Ministerpräsident Söder geändert. Von daher wäre es inhaltlich besser gewesen, Sie hätten die Rede vorher gehabt.

Zu der Position zu den HGÜ-Leitungen bzw. Freileitungen hat unsere Fraktion einen klaren Beschluss gefasst. Wir sagen, wir wollen pro Freileitungen gehen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das hier auch machen, und zwar nicht über Nacht, nicht so, dass der Ministerpräsident sagt: "Okay, das machen wir jetzt so", und Sie müssen dann hier alle zuhören, was beschlossen wird. So schafft man in der Region keine Akzeptanz. Die Probleme, die wir in den letzten Jahren hatten, lagen daran, dass Ihre Abgeordneten hier im Plenum anders gesprochen haben als draußen vor Ort. Das waren die Probleme der Akzeptanz. Das muss sich definitiv ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Kerstin Schreyer (CSU): Sie sind doch die Gegende-monstranten, keine anderen!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Stümpfig, vielen Dank.  
– Der nächste Redner ist Herr Kollege Holger Gießhammer für die SPD-Fraktion.

**Holger Griebhammer (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Heute sollte es um Bayern gehen. Dies ist nur teilweise geglückt. Vieles, was Sie, Herr Ministerpräsident, angekündigt haben und abschaffen möchten, hatten Sie und Ihre Vorgängerregierungen in den letzten Jahren eingeführt.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Wahlkampf in Bayern und einer Amtszeit von über einem halben Jahr in dieser neuen Legislaturperiode wollten Sie heute Landespolitik pur gestalten und haben angekündigt: ohne Ampel-Bashing. Das ist Ihnen leider nur zum Teil geglückt.

Ich freue mich aber, dass der Fokus dann doch auf Bayern gelegt wurde. Sie haben schon vor einigen Wochen angekündigt, die Wirtschaftspolitik in Bayern zur Chefsache zu machen, und haben heute in Abwesenheit Ihres Wirtschaftsministers und seines Staatssekretärs den neuen Takt vorgegeben. Das ist bezeichnend für Ihre Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört!)

Entschlacken, beschleunigen und modernisieren – Sie haben heute einige Akzente gesetzt. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir Sie in einigen Punkten unterstützen werden. Als Handwerksmeister kann ich vieles unterstreichen, was Sie heute gesagt haben. Jetzt müssen aber Taten folgen. Ich erinnere nur an den Schutzschirm für kommunale Krankenhäuser aus dem Jahr 2018.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es wirtschaftliche Herausforderungen gibt, liegt auf der Hand; allerdings wurde bei den Haushaltsberatungen und auch heute von vielen Rednern unser Land als "der kranke Mann Europas" dargestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Bild von Deutschland schadet. In den Haushaltsberatungen ist auch von Ihrer Seite angesprochen worden, dass Wirtschaftspolitik zu 50 % auch

Stimmungsmache ist. Dieses Bild schadet Deutschland, und es schadet unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Im März waren in Deutschland 3,2 % der Menschen arbeitslos. In der Eurozone waren es durchschnittlich 6,5 %. Spanien stand mit 11,7 % an der Spitze, während Deutschland im untersten Bereich rangierte. Ich erinnere an die Regierungszeit von CDU und CSU. 1998 hatten wir in Deutschland einen Rekordwert von 11,4 % Arbeitslosigkeit. Auf der globalen Rangliste der Volkswirtschaften hat Deutschland Japan überholt, und wir rangieren nach den USA und China auf Platz drei.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Hört, hört! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 16 Jahre Merkel; das muss man jetzt schon mal sagen!)

2023 hatten wir zudem rund 34,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land – so viele wie nie zuvor!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben es in der Hand. Wir in der Politik müssen die Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, hier nicht haltzumachen, sondern weiter auf den Aufschwung zu setzen. Die Transformation der Industrie, die Transformation der Wirtschaft stellt uns natürlich vor weitere Aufgaben. Wir brauchen Zukunftsvisionen für regionale Wertschätzung und regionale Transformation. Eine bayerische Transformationsagentur mit allen wichtigen Akteuren aus den Regionen kann hierbei zielführend sein. Wir sollten das Wort "Transformation" auch nicht negativ besetzen. Die Transformation bringt für unser Bayern riesige Chancen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was gibt es aus unserer Sicht beim Stichwort Fachkräftemangel noch zu tun? – Für die Umsetzung der Energiewende fehlen derzeit noch 216.000 Fachkräfte. Für den Ausbau von Solar- und Windenergie werden

190 Berufe gebraucht. Aber auch in allen anderen Branchen werden dringend Fachkräfte benötigt.

Um den Fachkräftemangel zu beheben, sollten wir unter anderem folgende Maßnahmen umsetzen: Etablierung einer frühzeitigen Berufsorientierung an allen Schulformen; Aufwertung der dualen Ausbildung vorantreiben; altersgerechte Arbeitsplätze schaffen, um ältere Mitarbeiter in den Betrieben zu halten; in die Qualifikation von Menschen mit Migrationshintergrund investieren; Schaffung gewerkeübergreifender Schulungsstätten, an denen die energetischen Handwerke gemeinsam für neue Aufgaben qualifiziert werden.

Meine Damen, meine Herren, wir benötigen auch wieder mehr öffentliche Investitionen. In vielen Bereichen herrscht Investitionsstau, und die Wirtschaft kann durch Investitionen des Staates gestützt werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Langfristig muss die Schuldenbremse reformiert werden; denn der Staat sollte hier antizyklisch agieren.

(Beifall bei der SPD)

Geben Sie den Kommunen mehr finanziellen Spielraum. Erhöhen Sie die Steuerverbundquote auf über 15 %; unsere Gemeinden stehen vor riesigen Aufgaben, nicht zuletzt beim Straßenbau, beim ÖPNV, bei der Kinderbetreuung und dem Ausbau und der Sanierung von Schulen. Die Kommunen sind die Wurzel und die Basis der Gemeinschaft, des Zusammenseins. Unsere Bürgermeister wissen mit den Geldern gut umzugehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist es auch wichtig, noch einmal die regionalen Unterschiede anzusprechen. Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern haben wir noch viel zu tun.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Grießhammer.

**Holger Grießhammer (SPD):** Lassen Sie uns anpacken und Bayern gemeinsam voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Schwartz, CSU-Fraktion, vor. Herr Kollege Grießhammer, kommen Sie bitte noch mal ans Mikrofon. – Herr Dr. Schwartz, bitte Ihre Zwischenbemerkung.

**Dr. Harald Schwartz (CSU):** Herr Grießhammer, wenn man, wie Sie es gerade unter Beweis gestellt haben, so gar keine Ahnung von Wirtschaft hat,

(Florian von Brunn (SPD): Schauen Sie bitte mal in den Spiegel, Herr Dr. Schwartz!)

dann kann man möglicherweise mit irgendwelchen Zahlenspielen dartun, dass es der deutschen Wirtschaft gut gehe. Ist Ihnen klar, wie die Stimmung nicht nur bei – –

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

– Genau. Expertus dixit.

(Weitere Zurufe)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Dr. Schwartz, bitte sehr.

(Unruhe)

Herr Dr. Schwartz hat das Wort. Bitte schön.

**Dr. Harald Schwartz (CSU):** Ich bitte daher um eine Aussage zu folgender Frage: Sind Sie der Ansicht, dass es der Wirtschaft in Bayern und in Deutschland im Augenblick gut geht; dass die, die die Wirtschaft betreiben, schlicht nicht wissen, was sie

sagen? Wenn das Ifo-Institut einen Klimareport abgibt, wenn man sich Befragungen anschaut: Sind Sie dann der Ansicht, es gehe der Wirtschaft in Bayern und in Deutschland gut und sie sei auf einem guten Weg?

**Holger Grießhammer (SPD):** Herr Kollege, Sie haben mich da falsch verstanden. Ich habe das auch in die Haushaltsberatungen eingebracht: Man kann sich die Zahlen suchen, wie man sie gerade braucht. Es gibt viele Indikatoren, die zeigen, dass es nach oben geht.

Wenn Sie meine wirtschaftliche Kompetenz infrage stellen: Ich bin seit elf, zwölf Jahren selbstständig und habe einen erfolgreichen Handwerksbetrieb, der sehr, sehr gut läuft; das kann ich Ihnen bestätigen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Von dem her haben Sie das jetzt einfach so in den Raum gestellt, ohne meine Vita gelesen zu haben; ich kann damit gut umgehen.

Ich sage auch heute wieder: Es ist nicht alles gut. Wir haben viel zu tun. Heute wurden auch Vorschläge eingebracht. Wir sollten aber nicht permanent ein jämmerliches Bild von unserem Land zeichnen.

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Bravo! – Holger Dremel (CSU):  
Das jämmerliche Bild macht die Bundesregierung ganz allein!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Grießhammer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Wagle für die CSU-Fraktion.

**Martin Wagle (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat heute eine Rede zum Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm 2030 gehalten. Darin steckt ein echter Booster für den Mittelstand, das Handwerk und für alle Bürgerinnen und Bürger. Es ist ein starkes Signal zum Aufbruch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man sich die Reden und die Zwischenrufe hier anhört, dann muss man sich schon wundern, was hier alles zum Aufruf kam.

(Florian von Brunn (SPD): Insbesondere die Reden der CSU-Kollegen!)

– Nein! – Teilweise wurde der Wassercrunch angesprochen, Abschiebungen, diverse Wasserschutzmaßnahmen; und dann natürlich auch immer die Zwischenrufe aus der Mottenkiste wie "Zu spät!", "Zu langsam!", "Warum erst jetzt?".

Haben Sie eigentlich hingehört, worum es hier geht? – Wenn man die Reden anhört, dann muss man feststellen, Sie haben gar nichts verstanden oder Sie wollten nichts verstehen. Beides ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei der Rede unseres Ministerpräsidenten muss doch dem Letzten klar geworden sein: Die Welt ändert sich schneller und gravierender, als man denkt. Kriege, wie wir einen in der Ukraine haben, entstehen. Die Herausforderungen werden komplett andere. Darauf braucht es Antworten, und zwar die richtigen Antworten! Wenn diese Antworten nicht erfolgen, dann ist unser gesamter Wohlstand in Gefahr.

Es ist vollkommen klar, dass es bundesweit am wirtschaftlichen Wachstum fehlt. Deutschland ist bei den Industrienationen Schlusslicht. Was noch schlimmer ist: Die Bedingungen am Standort Deutschland haben sich verschlechtert. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Einschätzung von mir persönlich, sondern auch die Einschätzung der Unternehmen. Fragen Sie bei den Verbänden nach, falls Sie es nicht ohnehin schon wissen.

Was ist die Konsequenz? – Industrie und Mittelstand investieren in anderen, in standortgünstigeren Ländern oder packen ihre Koffer ganz. Kapital und Arbeitsplätze verschwinden. Das ist die bittere Realität, vor der man die Augen nicht verschließen darf,

vor allem dann nicht, wenn man hier Verantwortung trägt. Bayern trifft das natürlich auch, weil wir die siebtgrößte Wirtschaftsmacht in Europa sind. Meine Damen und Herren, das kann uns alle hier nicht kaltlassen.

Ich will hier nicht über die Ursachen philosophieren, sondern lieber zitieren, und zwar die Printmedien. Laut "The Wall Street Journal" haben auch die Wähler gemerkt, dass die Realisierung des grünen Versprechens von bezahlbarer erneuerbarer Energie so weit entfernt ist wie eh und je. Wichtige deutsche Industrien, unter anderem die Auto- und Chemieindustrie, hätten mit himmelhohen Energiepreisen und Klimabürokratie zu kämpfen. Landwirte ächzten unter klimabedingten Steuererhöhungen. So lautet die Berichterstattung des "Wall Street Journal".

Jetzt können Sie wieder Ihre üblichen Tiraden loslassen und uns ein Ampel-Bashing vorwerfen. Sie können schimpfen und zetern, aber relevant ist die Wahrnehmung draußen in der Welt. Dort wird entschieden, ob in Bayern investiert wird oder nicht. Es gilt ganz klar festzuhalten, dass es die fatalen Entscheidungen der Ampel in Berlin sind, die uns hier in die Bredouille bringen. Bei der Ampel geht es mit Vollgas in die falsche Richtung. Das ruiniert unser Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Kollege Gießhammer, das lässt sich nicht schönreden. Es ist nicht Psychologie, sondern eine Tatsache, die in der Welt ankommt und Außenwirkung hat. Es wird wahrgenommen, und es ist kein interner Diskurs, den wir hier untereinander führen. Wichtig ist, dass in Bayern in Zukunft investiert wird. Darum gilt es, das bayerische Profil zu schärfen, die Attraktivität Bayerns zu stärken und in allen Bereichen attraktiver und schneller zu werden. Dafür müssen wir, wie vom Ministerpräsidenten glasklar beschrieben, einen Prozess in Gang setzen, der nicht auf die Streichung einiger Vorschriften beschränkt sein darf. Ein Bayern-Update ist gefordert: Bürokratieabbau, Digitalisierung, Fachkräfteversorgung für die Wirtschaft, moderne Finanzierung.

Ich möchte hier explizit noch das Thema der Bauwirtschaft ansprechen. Die Bauwirtschaft ist wirklich schwer getroffen von der Ampel-Politik: Die Förderprogramme wurden seitens Berlin eingestellt, Kostensteigerungen sind eingetreten usw. Es braucht einen Booster für die Bauwirtschaft. Wir in Bayern müssen dafür sorgen, dass an den Stellschrauben gedreht wird, die wir beeinflussen können. Das machen wir auch. Ministerpräsident Söder hat vorgestellt, an welchen Schrauben wir drehen: Der digitale Bauantrag und die Genehmigungsfiktion sind wichtige Bausteine.

Herr Kollege von Brunn, der gerade nicht anwesend ist, hat vorher behauptet, dass Bundeskanzler Scholz Weichenstellungen vorgenommen habe, die wir hier nachgeahmt hätten. Das ist vollkommen falsch! Wir in Bayern haben die Bayerische Bauordnung angepackt. Wir haben das auf den Weg gebracht, und von Berlin wurde es abgekupfert. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn es ein echtes Investitionsprogramm, eine Hilfe für die Wirtschaft, geben soll, dann gilt es, die Stellschrauben zu lösen, damit das Bauen einfacher wird, damit das Bauen schneller umgesetzt werden kann und Rechtssicherheit herrscht. Unsinnige Vorgaben müssen beseitigt werden: Stellplätze bei Wohnheimen von Studenten, die keine Autos haben, sind Unsinn. Ministerpräsident Söder hat die Fahrradabstellanlagen angesprochen. Abstandsflächen müssen verringert werden, um mehr Raum für Unterkunft zu schaffen. Wichtig sind auch die Vergabe- und Wertgrenzen, damit nicht alles vielfach ausgeschrieben werden muss und die Bauanträge verzögert werden. Vorgaben für die Gartengestaltung ärgern die Menschen, da sie daran gehindert werden, in ihrem Eigenheim das umzusetzen, was sie wollen. Das wollen wir lösen.

Es bedarf zudem beschleunigter Genehmigungsverfahren und bayernweit einheitlicher Standards im Umweltbereich. Dafür braucht das Rad nicht neu erfunden zu werden. Die Lösung wäre eine Standardisierung dieser Verfahren. Diese Lösung beträfe auch die Zauneidechse, den Kiebitz und Co. Wir brauchen kein Programm für zusätzliche

Gutachten und Gegengutachten, wir brauchen eine Standardisierung und Digitalisierung der Verwaltung. Hier kann uns die KI weiter nach vorne bringen.

Diese Maßnahmen bedeuten nicht nur Standortvorteile, sondern einen echten Booster für die Wirtschaft, eine Kostenersparnis für die Bürgerinnen und Bürger und daher eine echte Entlastung. Letztendlich braucht es mehr Vertrauen in die Verwaltung. Das wurde bereits angesprochen. Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger müssen immer im Mittelpunkt stehen. Wir müssen dem Bürger helfen, sein Projekt umzusetzen; denn Bürgerinnen und Bürger und der Mittelstand sind der Motor unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten wegkommen vom Gold-Plating: europarechtliche Regelungen übernehmen und dann noch etwas hinzufügen. Das ist kompletter Unsinn, davon müssen wir wegkommen. Früher wurde dies als Inländerdiskriminierung bezeichnet, dass wir uns schlechter stellen als die anderen. Das ist ein echter Wettbewerbsnachteil, den wir nicht hinnehmen können.

Zum Beitrag von Herrn von Brunn über den Hochwasserschutz hätte ich gerne noch etwas angemerkt, aber Herr von Brunn ist abwesend. Wir packen den Hochwasserschutz an.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das hören wir nach jedem Hochwasser!)

Sie haben es bei den Haushaltsberatungen gehört: Wir packen an. Die Deiche, die wir in Regensburg und Passau instand gesetzt haben, haben gehalten. An den Flutpolen arbeiten wir. Fragen Sie bei Umweltminister Glauber nach, der wird Ihnen gerne Auskunft geben. Das ist gar kein Problem.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ein Wort der Selbstkritik wäre gut!)

Die Windräder holen Sie immer wieder aus der Mottenkiste. Betreffend die Windräder gehen wir in Bayern voran. Wir sorgen dafür, dass auch in Bayern Windräder gebaut werden. Darauf können Sie sich verlassen.

Zu den Stromleitungen: Es ist entsetzlich, was hier alles erzählt wird. Wir bauen die Stromleitungen. Bei mir im Heimatlandkreis sind wir schon weit vorangekommen. Wir setzen den Bau um. Aber was passiert, wenn wir damit fertig sind und aus dem Norden kein Strom eingespeist wird? – Schauen Sie nach Norden, in die anderen Bundesländer, und erkundigen Sie sich, wie viel dort schon gebaut wurde. Da steht noch nichts, sage ich Ihnen. Orientieren Sie sich nach Norden, und schauen Sie genau hin.

Wir packen an. Entfesseln ist das Gebot der Stunde: sich von bremsenden Vorschriften zu entfesseln, hin zu mehr Freiheit und Selbstverantwortung. Wir lösen die Fesseln und stärken die Leistungsträger. Wir sorgen dafür, dass Bayern, das immer ein Topstandort für Industrie und Handwerk war, ein solcher auch in Zukunft bleibt. Wir stehen für ein erfolgreiches Bayern, und wir packen an.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herr Kollegen Toni Schuberl.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Herr Kollege Wagle, Sie haben gerade ausgeführt, an den Energiepreisen sei die Bundesregierung schuld. Es ist Fakt, dass die Strompreise günstiger sind als in der Endphase der Merkel-Regierung, in der die CSU mitregiert hat. Die Gaspreise sind günstiger als in der Endphase der Merkel-Regierung, in der die CSU mitregiert hat. Was war damals der Grund dafür, dass die Preise so hoch waren? War das auch die Regierung?

**Martin Wagle (CSU):** Herr Kollege Schuberl, wenn Sie genau zugehört hätten, wäre Ihnen klar, dass ich kein Ampel-Bashing betrieben habe. Ich habe nur Fakten und die öffentliche Wahrnehmung wiedergegeben, zum Beispiel vom "Wall Street Journal".

Dort sind die Gründe meiner Ausführungen genau benannt. Wenn Sie es nicht glauben, rufen Sie dort bitte an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Wagle von der CSU, wir kennen uns ja aus dem Umweltausschuss. Interessant ist doch, dass Bayern ein Klimaschutzgesetz hat, das besagt, Bayern wolle fünf Jahre früher CO<sub>2</sub>-neutral werden als der Bund und damit sogar fünf Jahre früher, als Herr Habeck von den GRÜNEN es möchte. Das bedeutet auch, dass wir dann in Bayern fünf Jahre früher das Verbot für die konventionellen Heizungen bekommen, relativ gesehen. Ist das nicht scheinheilig, wenn Sie einerseits die Ampel-Politik kritisieren und andererseits die Vorgaben noch übertreffen, fünf Jahre vorher? Erst übernehmen Sie den Klimaschutz in die Verfassung, und dann führen Sie ein noch viel schärferes Klimaschutzgesetz hier in Bayern ein. Wie soll damit die Wirtschaft in Schwung kommen?

**Martin Wagle (CSU):** Herr Kollege Hahn, ich verstehe jetzt die Verknüpfung nicht, die Sie hier vornehmen. Eines kann ich Ihnen aber garantieren: Wir sind die, die Umweltschutz wirklich leben und umsetzen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Florian Köhler (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Was wäre eine Landtagssitzung

ohne die Märchenstunde der Staatsregierung? Heute in der Hauptrolle: Markus Söder.  
Herzlich willkommen!

(Heiterkeit bei der AfD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Herr Söder, Sie sehen heute – zugegeben – ausgesprochen gut aus.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich hoffe, der Fotograf des Landtags konnte Sie genauso gut in Szene setzen und gut aussehen lassen wie die Fotografen,

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das unterscheidet uns beide!)

für die die Staatskanzlei jährlich 180.000 Euro ausgibt.

(Beifall bei der AfD)

Sie mögen den Wirtschaftsminister damit entschuldigen, dass er heute bei der Wirtschaftsministerkonferenz ist. Die FREIEN WÄHLER mögen das glauben. Aber ernsthaft: Eine Woche später eine solche Regierungserklärung zu halten, hätten Sie nicht geschafft. Die Wahrheit ist doch: Sie wildern in seinem Ressort.

(Beifall bei der AfD)

Die Märchenstunde heute begann mit dem Titel "Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030". Ich fand die Regierungserklärung, ehrlich gesagt, richtig super. Herr Söder hat uns heute erklärt, was die CSU und die FREIEN WÄHLER die letzten Jahrzehnte alles nicht gemacht haben. Sie sind in Wahrheit Schlafwagenschaffner.

(Beifall bei der AfD)

Warum geben Unternehmen in Deutschland mittlerweile so wenig Geld für den Standort Bayern und Deutschland aus? – Weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

und die Planungssicherheit nicht mehr das sind, was sie mal waren. Ihre Spitzenkandidatin, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, hat den Green Deal in der EU durchgesetzt, sie propagierte das Verbrenner-Aus; die CSU hier in Bayern sagt: Wir wollen den Verbrennungsmotor erhalten. Aber bei der alles entscheidenden Abstimmung im EU-Parlament, was haben die CSU-Abgeordneten da gemacht? – Sie haben sich enthalten. Das ist unehrlich und unzuverlässig.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben gesagt, dass Bayern das wirtschaftliche Leistungszentrum Deutschlands sei. Das ist es noch; Bayern hat noch die meisten Handwerksmeister; Bayern hat noch die meisten Industriearbeitsplätze; Bayern hat noch die niedrigste Arbeitslosenquote – noch!

Abgesehen von den Enthaltungen Ihrer CSU-Abgeordneten im EU-Parlament zum Verbrenner-Aus, was macht die Staatsregierung, um der Wirtschaft in Bayern wieder auf die Sprünge zu helfen oder um gegenzusteuern? – Allen Lippenbekenntnissen von Herrn Söder zum Trotz setzt die Staatsregierung in Wahrheit andere Prioritäten. An Unis in Bayern werden die Lebensrealitäten in Afrika erforscht oder Gender und Diversity gefördert; in einem Unternehmen des Freistaats Bayern, der FilmFernsehFonds Bayern GmbH, wird nicht nur bei der Vergabe von Computerspielen gegendert, sondern da gibt es sogar ein "Praktikant\*innen-Incentive", also ein Anreizsystem, um – Zitat – "mehr Praktikant\*innen in Filmproduktionen zu beschäftigen". – Ein Unternehmen, das zu 55 % dem Freistaat gehört! Eine bayerische Azubi-Prämie für kleine und mittlere Unternehmen können Sie nicht einführen, aber für "Praktikant\*innen" eine halbe Million Euro auf den Kopf hauen, das können Sie.

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen uns heute hier ernsthaft etwas von einem Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm erzählen? – Herr Holetschek hat gesagt, Sie hätten einen Plan.

Ganz ehrlich: Hören Sie doch erst einmal auf zu gendern, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht mal das bekommen Sie hin.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Mein Gott! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Mein Gott!)

Während Sie hier von Modernisierung und Beschleunigung reden, verschlafen wir in Wahrheit das große Rennen um Technologien und Rohstoffe in der Welt. Dabei wäre es so einfach: Schreiben Sie bei nächster Gelegenheit einfach bei der AfD ab!

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen einen starken, aber schlanken Freistaat. Der Verwaltungsapparat der Ministerien gehört deutlich verschlankt. Mit den frei werdenden Mitteln werden eine Infrastruktur- und Digitalisierungsoffensive in Angriff genommen. Obendrein wirft man mit den Mitteln den Innovationsmotor in Bayern wieder an. Die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie und Gewerbeimmobilien gehört abgeschafft. Damit greift man Handwerkern unter die Arme, und der Baubranche hilft man auch damit.

Bayern leidet unter den schlechten Standortbedingungen des gesamten Landes. Das stimmt. Das liegt zum Teil an der Politik der Ampel. Das ist auch so. Aber es liegt auch an Ihnen von der Staatsregierung und vor allem an Ihnen von der CSU. Sie haben sich 16 Jahre lang unter Merkel sozialdemokratisieren lassen, haben wichtige Reformen unseres Rentensystems oder eine Reform des Steuersystems nicht angepackt. Ihnen war die Koalition mit den Sozialdemokraten am Ende des Tages wichtiger, als die Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Abgeordneten im Bundestag haben das Lieferkettengesetz 2021 beschlossen und damit erst das größte Bürokratiemonster geschaffen. Die Wahrheit ist: Die CSU ist Teil des Problems und hat dieses Land verwaltet, aber nicht regiert.

(Beifall bei der AfD)

Laut Ifo-Institut kommen zwischen 500 Milliarden und mehr als 3.000 Milliarden Euro an systemischen Mehrkosten auf Deutschland zu. Der fränkische Ministerpräsident ist ein fränkischer Narr, wenn er meint, Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen, ohne den Bürger und die Wirtschaft dabei zu belasten. Ihre Klimaziele – da können Sie so viele Sonntagsreden schwingen, wie Sie wollen – werden auf dem Rücken der Bürger und der Wirtschaft ausgetragen. Das ist einer der Gründe, warum wir nicht mehr wettbewerbsfähig sein werden.

Das Institut für Wettbewerbsökonomie an der Uni Düsseldorf hat die Gesamtkosten der Energiewende berechnet. Das Ergebnis: Bis zum Jahr 2025 müssen geschätzt rund 520 Milliarden Euro aufgewendet werden; die Energiewende kostet eine vierköpfige Familie also über 25.000 Euro. Herr Söder tut sich leicht; Söder wird als Ministerpräsident nach B 11 besoldet; wenn ich mich nicht irre, sind das monatlich circa 14.700 Euro. Hinzukommen noch diverse Zuschläge; das sind dann noch mal etwa 3.900 Euro. Aber da er auch noch Abgeordneter ist,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Er ist sein Geld wert, im Gegensatz zu Ihnen!  
– Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

wird er auch für seine Abgeordnetentätigkeit noch zur Hälfte entschädigt, also mit 4.800 Euro. Wahrscheinlich bekommt er auch noch die Hälfte der steuerfreien Pauschale dazu. Das sind dann noch mal – –

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Abgeordneter Köhler, ich muss Sie unterbrechen. Bitte sprechen Sie zur Sache. Es geht um die Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Unterste Schublade ist das! Sie sollten sich schämen!)

**Florian Köhler (AfD):** Als Mitglied des Landtags bekommt er das Geld.

(Martin Wagle (CSU): Bodenlos, Ihre Rede!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich wiederhole mich: Sprechen Sie zur Sache!

**Florian Köhler (AfD):** Mache ich doch.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nein, Sie sprechen nicht zur Sache.

(Widerspruch bei der AfD)

Sprechen Sie zur Sache, bitte, Herr Abgeordneter.

**Florian Köhler (AfD):** Gerne. – Aber darum geht es mir gar nicht, was er bekommt. Nach den Regeln der Mathematik macht das 25.800 Euro monatlich,

(Zuruf von der CSU: Reicht!)

das heißt, Herr Söder bekommt im Monat sogar mehr als das,

(Martin Wagle (CSU): Immer noch bodenlos!)

was die Energiewende eine vierköpfige Familie kostet.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder behauptet, dass wir sehr hohe Stromkosten haben, in den Vereinigten Staaten wären die Stromkosten um ein Drittel günstiger.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Bei Ihnen kriegen Abgeordnete Geld, ohne etwas zu tun! – Florian von Brunn (SPD): Immerhin bekommt er kein Geld aus Russland!)

Warum ist das so? – Herr Söder, ich weiß nicht, was Sie meinen, die letzten Jahre gemacht zu haben. Ich helfe Ihnen bei Ihren Scholz'schen Gedächtnislücken mal auf die

Sprünge: Söder will Isar 1 abschalten, Umweltminister Markus Söder drohte mit Rücktritt, falls sich der Freistaat auf einen späteren Zeitpunkt für den Atomausstieg als 2022 festlegt. – Das sind Schlagzeilen. Auch noch zehn Jahre nach diesen Meldungen lehnte man die Rückkehr zur Kernenergie ab. – Sie haben mit Ihrem Rücktritt gedroht, und heute stellen Sie sich hier allen Ernstes hin, obwohl Sie für diese Zustände mitverantwortlich sind, und fordern unter anderem neue Kernkraftwerke. Sind Sie Ministerpräsident oder Satiriker?

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Eine Frechheit, diese Rede!)

Mit uns wird es nicht nur einen intelligenten, technologieoffenen Energiemix geben; Bayern braucht grundlastfähige, wirtschaftliche Energiequellen und keine leeren Versprechungen der CSU. Die AfD wird im Gegensatz zur Staatsregierung den Bau von Solaranlagen auf fruchtbaren Böden und Windparks in Staatsforsten sowie Naturschutzgebieten unterbinden.

Da muss ich Ihnen und Ihrem Wirtschaftsminister auch eine Absage erteilen: Sie wollen die kommunale Selbstverwaltung und die Mitbestimmung der Bürger abschaffen, weil es Bürger gewagt haben, sich gegen Ihre Windräder und Ihren Klimairrsinn zu stellen. Herr Aiwanger hat sich in Erding hingestellt und wollte die Demokratie zurückholen; jetzt will er sie abschaffen. Das muss mir mal einer erklären.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind die natürlichen Verbündeten derer, die ihre Heimat nicht auf Kosten eines Milliardengrabs, das am Ende des Tages null CO<sub>2</sub> gespart haben wird, verspargelt oder verschandelt sehen wollen. Gerade als Baumfreund sollte es einem ja wirklich wichtig sein, dass die Bayerischen Staatsforsten nicht für Windräder gerodet werden, sonst bleiben am Ende keine Bäume zum Umarmen übrig.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben im Plenum zig Initiativen gestartet, die Sie heute ansatzweise propagiert haben. Sie haben in der Vergangenheit alle unsere Initiativen abgelehnt. Das Ergebnis der Europawahl hat gezeigt – und die Wahlen in Ostdeutschland werden es zeigen –, "die Ampel hat fertig". Die Ampel hat keinen Rückhalt mehr. Es gibt eine konservativ-freiheitliche Mehrheit in diesem Land. Sie haben für Ihre Regierungserklärung zum Teil AfD-Programmatik abgeschrieben.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wenn Sie also wirklich eine wirtschaftspolitische Kehrtwende

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sonst noch was? AfD-Programmatik abgeschrieben?)

einleiten möchten, dann wäre das nur mit einer Regierungsbeteiligung der AfD durchsetzbar. Mit wem sonst? Mit den GRÜNEN? Mit der SPD? – Träumen Sie weiter.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Franc Dierl für die CSU-Fraktion vor.

**Franc Dierl (CSU):** Werter Herr Kollege Köhler von der AfD, Sie haben mir jetzt gerade eine Steilvorlage geliefert. Zum einen sitzen Sie ja auch im Bezirkstag von Oberfranken. Das heißt, Sie beziehen doppelte Diäten.

(Lachen des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Zum anderen habe ich folgende Frage: Können Sie mir bitte erklären – Sie werfen das dem Ministerpräsidenten ja vor –, was es bedeutet, dass bei Ihnen – dem Vernehmen nach – sogar zwei Abgeordnete vom Steuerzahler bezahlt werden, die Sie eigentlich nicht mehr haben möchten?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Florian Köhler (AfD):** Herr Dierl, jetzt erteile ich Ihnen eine Lektion.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe Ihnen nun das mit, was Sie eigentlich schon hätten wissen müssen, bevor Sie in den Bayerischen Landtag eingezogen sind.

Erstens. Der Bezirkstag von Oberfranken – – Ich bin Bezirksrat, das stimmt. Bezirksrat ist ein Ehrenamt. Ich bekomme eine Entschädigung in Höhe von 826 Euro.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): 1.000 Euro im Monat!)

Ist das eine doppelte Diät, wie Sie sagen? – Nein, setzen, sechs. Das war der erste Punkt.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens.

(Michael Hofmann (CSU): Sonst ist keiner Bezirksrat!)

– Das stimmt doch gar nicht. Alexander Hold ist auch Bezirksrat. Welchen Blödsinn erzählen Sie eigentlich? – Das muss man ganz ehrlich sagen. Ihre Doppelmoral ist so etwas von lächerlich.

(Beifall bei der AfD)

Man muss auch sagen, ich spende meine 830 Euro.

(Martin Wagle (CSU): An die AfD?)

Ich bin darauf nicht angewiesen, und ich zahle darauf Steuern.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Barbara Fuchs (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat leider doch nicht bis zum Schluss durchgehalten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Erstaunlich lange!)

Das ist sehr schade. Diese Regierungserklärung sollte ein Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm für Bayerns Wirtschaft aufzeigen. Dafür wird es allerhöchste Zeit. Vor allen Dingen geht es darum, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. Wir sehen hier eine große Diskrepanz. Er hat angekündigt, kein Ampel-Bashing zu machen, doch seit 2021 passiert eigentlich nichts anderes, so auch heute.

Der Ministerpräsident sprach von Wirtschaftsförderung. Diese ist trotz der Ankündigungen seit vielen Jahren kompliziert und undurchsichtig. Kleine und mittlere Unternehmen stehen vor erheblichen Hürden. Die Fördermittel fließen meist in die großen Unternehmen, im Mittelstand kommen sie nicht an. Es gibt einen Förderdschungel statt eines übersichtlichen Gesamtkonzepts. Heute wurde der Transformationsfonds mit 350 Millionen Euro vorgestellt. Ganz ehrlich: Mein erster Antrag, der genauso lautete, stammt aus dem Jahr 2019.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte sich viel sparen, wenn man einfach besser zusammenarbeiten würde. Gleiches gilt für die Frage nach dem Transfer von Forschungsergebnissen und der Entwicklung im Mittelstand.

Der Ministerpräsident spricht von Planungssicherheit, aber tatsächlich hören wir hauptsächlich wahlkampfaktische Parolen. Das jüngste Beispiel ist die Rückabwicklung des Green Deals, von der eigenen Spitzenkandidatin und Kommissionspräsidentin initiiert.

Es war ein großer Schaden für die Fahrzeugindustrie, auch in Bayern, den Ausstieg aus dem Ende des Verbrennungsmotors noch einmal aufzurufen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ein großer Nutzen für die deutsche Fahrzeugindustrie!)

Der Punkt ist einfach, dass schon lange Entscheidungen getroffen worden sind, die man nicht einfach zurückdrehen kann.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn sie falsch sind, schon!)

Sprechen Sie mit Audi und anderen Firmen. Sie sagen: Das größte Problem für die Kaufzurückhaltung der Kunden sind die Verunsicherung und die fehlende Ladeinfrastruktur. Ankündigungen wurden nicht eingehalten. In anderen Bundesländern steigt die Zulassung von E-Autos.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In Baden-Württemberg?)

Der Herr Ministerpräsident handelt mit plakativen und widersprüchlichen Aussagen bewusst gegen die bayerische und deutsche Automobilindustrie, anstatt Verlässlichkeit und stabile Rahmenbedingungen anzubieten.

Er spricht von Kosten und der Verfügbarkeit von Energie für die bayerische Wirtschaft. Stattdessen wurde der Ausbau von erneuerbaren Energien und des Netzes seit Jahren blockiert. Das passt doch nicht zusammen. Gleiches gilt für die Fachkräfte: Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und das Chancen-Aufenthaltsrecht stammen vom Bund. Sie sind eine gute Sache. Aber es gibt nicht ein gutes Wort darüber. Wir müssen auch hier in Bayern schauen, dass wir die Leute zum Arbeiten bringen.

Für das Landesvergabegesetz haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Vorschlag gemacht. Jetzt kommt die Staatsregierung und sagt ganz großartig: Wir machen ein Landesvergabegesetz. – Spät, wie alles! Über das Ladenschlussgesetz haben wir in der letzten Legislaturperiode – ich habe nachgeschaut – neun Mal im Plenum gesprochen. Jetzt kommt man plötzlich mit etwas ganz Neuem. Plötzlich hat man verstanden, dass man etwas tun muss.

In der Rede des Ministerpräsidenten hat mir das Thema Bildung – berufliche Bildung, Bildung insgesamt und die Qualität in der Kinderbetreuung – gefehlt. All das sind Wirtschaftsfaktoren, weil die Menschen irgendwann in der Wirtschaft ankommen sollen. Wir verlieren junge Leute, wir verlieren Jugendliche ohne Abschluss und ohne Ausbildung. Diese Themen wurden heute gar nicht angesprochen. Noch dazu sind diese Themen Ländersache.

Wir brauchen in Bayern eine zukunftsorientierte Politik, die unsere Wirtschaft und den Mittelstand in Industrie und Handwerk stärkt. Das sind die Eckpfeiler unserer Wirtschaft. Wir müssen uns auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten.

Zu den ganzen Wortbeiträgen der Rechtsradikalen möchte ich nur sagen: 80 % der deutschen Unternehmen halten die AfD für eines der größten Wirtschaftsrisiken in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Minus 8 %!)

Wir brauchen Strategien, die auf Innovation, Nachhaltigkeit, Stabilität, Planungssicherheit und Vertrauen setzen. Wir brauchen weniger Bürokratie, darüber ist bereits gesprochen worden. Wir brauchen klare Visionen für unsere Schlüsselbranchen. Nur so können wir sicherstellen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort auch im Jahr 2030 erfolgreich, nachhaltig und lebenswert sein wird. Wir sind bereit zusammenzuarbeiten. Bitte nicht immer nach rückwärts schauen, nachlesen, abschreiben, sondern mit der Opposition konstruktiv zusammenarbeiten. Das ist unsere Bitte für heute.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Ihr seid doch immer gegen alles!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Hofmann möchte eine persönliche Erklärung abgeben. – Bitte schön, Herr Kollege.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin einen Zwischenruf gemacht, der inhaltlich falsch war. Tatsächlich

ist neben dem Kollegen Köhler auch der Kollege Alexander Hold Bezirksrat. Ich entschuldige mich ausdrücklich für diesen Zwischenruf und dafür, dass ich einen Fehler gemacht habe. Für richtig halte ich es trotzdem nicht. Danke.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Wir gehen nun in die Mittagspause. Ich unterbreche die Sitzung bis 13:40 Uhr. Ich bitte insbesondere die Rednerinnen und Redner zur Aktuellen Stunde "Sport in Bayern" pünktlich um 13:40 Uhr wieder hier zu sein. Das sind die Abgeordneten Stock, Baumann, Heinisch, Deisenhofer, Taşdelen und andere. Vielen Dank für die Beratung und bis dahin.

(Unterbrechung von 13:09 bis 13:40 Uhr)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Wir haben 13:40 Uhr und setzen die Sitzung fort.